

Karl August Prinz von Sachsen Gessaphe (Hrsg.)

Kulturgüterschutz und politische Entwicklung in Mexiko im Jubiläumsjahr 2010

Jahreskongress 2010 der Deutsch-Mexikanischen
Juristenvereinigung e.V. in Zusammenarbeit mit dem
Ibero-Amerikanischen Institut Preußischer Kulturbesitz

Ibero-Online.de / Heft 11

This work is licensed under the Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland License. To view a copy of this license, visit <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>.

The online version of this work can be found at:
<<http://www.iai.spk-berlin.de/publikationen/ibero-online.html>>



IBERO-ONLINE.DE

El Instituto Ibero-Americano Fundación Patrimonio Cultural Prusiano es un centro interdisciplinario que se dedica al intercambio científico y cultural con América Latina, España y Portugal. Alberga la mayor biblioteca especializada en Europa en cuanto al ámbito cultural iberoamericano. Asimismo, es un lugar de investigación extrauniversitaria, y tiene como objetivo la intensificación del diálogo entre Alemania e Ibero-América.

En la serie IBERO-ONLINE.DE se publican textos provenientes de conferencias y simposios llevados a cabo en el Instituto Ibero-Americano. La serie se propone difundir los resultados de las actividades científicas del Instituto más allá del contexto local. Las publicaciones de la serie IBERO-ONLINE.DE se pueden bajar en formato PDF de la página web del Instituto: <<http://www.iberonline.de>>. A pedido especial, los textos de la serie también pueden ser publicados en versión impresa.

Das Ibero-Amerikanische Institut PK (IAI) ist ein Disziplinen übergreifend konzipiertes Zentrum der wissenschaftlichen Arbeit sowie des akademischen und kulturellen Austauschs mit Lateinamerika, Spanien und Portugal. Es beherbergt die größte europäische Spezialbibliothek für den ibero-amerikanischen Kulturraum, zugleich die drittgrößte auf diesen Bereich spezialisierte Bibliothek weltweit. Gleichzeitig erfüllt das IAI eine Funktion als Stätte der außeruniversitären wissenschaftlichen Forschung sowie als Forum des Dialogs zwischen Deutschland, Europa und Ibero-Amerika.

In der Reihe IBERO-ONLINE.DE werden in loser Folge Texte auf der Grundlage von Vorträgen und Symposien veröffentlicht, die am Ibero-Amerikanischen Institut PK stattgefunden haben. Die Reihe dient der Diffusion der Ergebnisse wissenschaftlicher Veranstaltungen des Ibero-Amerikanischen Institutes und soll zu deren Verbreitung über den regionalen Rahmen und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltungen hinaus beitragen.

Die Publikationen der Reihe IBERO-ONLINE.DE können über die Homepage des IAI im PDF-Format heruntergeladen werden: <<http://www.iberonline.de>>. Sie werden bei Bedarf auch als Druckversion aufgelegt.

Composición/Satz: Anneliese Seibt

1ª edición/1. Auflage 2011

ISBN: 978-3-935656-43-2

© Ibero-Amerikanisches Institut Preußischer Kulturbesitz, Potsdamer Str. 37,
10785 Berlin

Inhalt

<i>Karl August Prinz von Sachsen Gessaphe</i> Vorwort	4
<i>Matthias Weller</i> Brennpunkte des internationalen Kulturgüterschutzrechts: Kulturgutleihgaben ausländischer Staaten im Inland	5
<i>Robert A. Kugler</i> Die Praxis des Kulturgüterrückgabegesetzes. Vortrag zum Jahreskongress der Deutsch-Mexikanischen Juristenvereinigung e.V. am 14. September 2010 in Berlin	14
<i>Walther L. Bernecker</i> Entwicklungsprobleme Mexikos seit der Unabhängigkeit: zwischen Stagnation, Revolution und der Auflösung des postrevolutionären Systems	22
<i>Nikolaus Werz</i> Zum Diskurs über die Unabhängigkeit	41
Autoren	59

Vorwort

“Kulturgüterschutz und politische Entwicklung in Mexiko im Jubiläumsjahr 2010”. Unter diesem Motto stand die Jahrestagung der Deutsch-Mexikanischen Juristenvereinigung e.V. (DMJV), die am 14. September 2010 in Zusammenarbeit mit dem Ibero-Amerikanischen Institut Stiftung Preußischer Kulturbesitz in Berlin (IAI) stattfand. Die Veranstaltung hatte zwei Schwerpunkte: Der erste behandelte Brennpunkte des internationalen Schutzes ausländischer Kulturgüter und stellte damit einen sinnfälligen Bezug zur gleichzeitig im Martin-Gropius-Bau gezeigten Ausstellung über die geheimnisvolle Pyramidenstadt Teotihuacán her. Zu diesen Brennpunkten gehört die Beschlagnahme illegal aus lateinamerikanischen Staaten nach Deutschland verbrachter präkolumbianischer Kulturgüter in Deutschland ebenso wie der mögliche Schutz ausländischer Leihgaben in Deutschland vor einer Beschlagnahme durch Dritte. Mit diesem zweiten Aspekt befasst sich der Beitrag von PD Dr. Matthias **Weller**, der – ausgehend von § 20 des Gesetzes zum Schutz Deutschen Kulturgutes gegen Abwanderung – den Bogen bis zum Völkergewohnheitsrecht schlägt. Den ersten Aspekt beleuchtet dagegen der Beitrag von Rechtsanwalt Robert **Kugler** unter dem Blickwinkel der in der Praxis auftretenden Probleme. Der zweite Schwerpunkt der Tagung galt dem Doppeljubiläum Mexikos 2010: der Unabhängigkeitserklärung im Jahre 1810 und dem Ausbruch der Mexikanischen Revolution im Jahre 1910. Diese beiden Ereignisse haben das Land bis heute nachhaltig geprägt. Der Beitrag des Historikers Prof. Dr. Walther L. **Bernecker** zeigt synoptisch die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungsprobleme Mexikos seit der Unabhängigkeit über die Revolution bis hin zur Auflösung des postrevolutionären Systems auf. Der Politikwissenschaftler Prof. Dr. Nikolaus **Werz** schließlich richtet seinen Blick auf die je unterschiedliche politische und kulturelle Bedeutung der Jubiläumsfeiern zur 200-jährigen Unabhängigkeit in den lateinamerikanischen Staaten.

Für die gelungene Tagung möchte ich den Referenten für ihr großes Engagement sowie meinen Vorstandskollegen und den Verantwortlichen des IAI, vor allem Frau Wiebke **Kunstreich**, für die gute Zusammenarbeit bei der Organisation herzlich danken. Um die redaktionelle Vorbereitung dieses Tagungsbandes haben sich mein Vorstandskollege Prof. Dr. Peter **Winkler von Mohrenfels** sowie Dr. Peter **Birle** vom IAI verdient gemacht. Dank gebührt auch dem IAI für die Aufnahme des Bandes in die Reihe *Ibero-Online*.

München, im März 2011

Karl August Prinz von Sachsen Gessaphe
Präsident der Deutsch-Mexikanischen Juristenvereinigung
Univ.-Prof. an der Fern-Universität in Hagen

Brennpunkte des internationalen Kulturgüterschutzrechts: Kulturgutleihgaben ausländischer Staaten im Inland

1. Einleitung

Stellen Sie sich vor, ein Staat möchte im Ausland eine Ausstellung zur Kultur des Landes durchführen oder mit eigenen Kulturgütern zu einer Ausstellung im Gaststaat beitragen, zum Beispiel in Deutschland. Sobald die geliehenen Exponate auf fremdem – hier deutschem – Territorium sind, gelten für sie andere Rechtsregeln als vorher. Für Streitigkeiten vor Gericht gilt nun deutsches Verfahrensrecht, also etwa die Zivilprozessordnung. Kollisionsrechtler nennen dies den “Verweis auf die *lex fori*”, den wohl alle Rechtsordnungen aussprechen. Für die Frage danach, wer Eigentümer der Sache ist, gilt nun ebenfalls deutsches Recht. Kollisionsrechtler nennen dies den “Verweis auf die *lex rei sitae*”, das Recht am Ort der Belegenheit der Sache. Auch diesen Verweis kennen fast alle Rechtsordnungen. Es kommt also mit der Überführung der Exponate in den Gaststaat zu einem Wechsel des anwendbaren Rechts. Kollisionsrechtler nennen dies “Statutenwechsel”.

Dieser Statutenwechsel birgt Chancen und Risiken. Personen, die meinen, sie seien die wahrhaft berechtigten Eigentümer, können nun unter einer anderen Rechtsordnung und vor Gerichten eines anderen Staates ihr Glück versuchen. Personen, die meinen, der leihgebende Staat schulde ihnen Geld, werden versuchen, die geliehenen Kulturgüter im Wege des einstweiligen Rechtsschutzes arrestieren zu lassen, um ihre Ansprüche später nach gerichtlicher Titulierung erfolgreich vollstrecken zu lassen. Gläubiger, die gegen den leihgebenden Staat internationale Schiedssprüche erstritten haben, können ebenfalls die Gelegenheit wahrnehmen, unter der Rechtsordnung des Gaststaates in die Leihgaben als Vermögenswerte zu vollstrecken.

Diese Chancen für Dritte sind zugleich die Risiken für den leihgebenden Staat. Er kann in ein kostspieliges Gerichtsverfahren vor einem ausländischen Gericht gezogen werden. Denken Sie nur an Verfahren in den USA. Er kann im schlimmsten Fall den Besitz an seinen Leihgaben an den Kläger verlieren. Sämtliche der vorgenannten Konstellationen – Eigentumsherausgabeklage im Gaststaat, Arrestierung der Leihgabe im Gaststaat zur Sicherung der späteren Vollstreckung, Vollstreckung aus internationalen Schiedssprüchen im Gaststaat – hat es, wie ich im Folgenden genauer zeigen werde, im Zusammenhang mit Kulturgutleihgaben ausländischer Staaten schon gegeben. Das Risiko für leihgebende Staaten ist in den letzten Jahren deutlich gewachsen. Dies dämpft die Bereitschaft der Staaten zur internationalen Leihgabe spürbar. Zugleich wünscht sich aber die Öffentlichkeit einen regen internationalen Kulturaustausch.

Viele Gaststaaten haben deswegen auf die Risiken bei internationalen Kulturgutleihgaben reagiert. Grundsätzlich bestehen zwei Wege zum Schutz ausländischer Leihgaben im Inland. Diese zwei Wege möchte ich im Folgenden erläutern. Erstens kann ein Staat eine spezielle Gesetzgebung zum Schutz ausländischer Kulturgutleihgaben erlassen. Zweitens scheint das Völkerrecht Schutz zu bieten, und zwar zum einen möglicherweise bereits jetzt völkergewohnheitsrechtlich, zum anderen vielleicht in Zukunft völkervertragsrechtlich.

2. Schutz ausländischer Kulturgutleihgaben durch inländische Gesetzgebung

Im Kern besteht der Schutz ausländischer Kulturgutleihgaben durch inländische Gesetzgebung darin, dass so etwas wie ein “Freies Geleit” – so nannte das die Bundesregierung in ihrer Gesetzesbegründung – für die ausländische Kunstleihgabe ausgesprochen wird. Konkret bedeutet dies: Es wird die Klagbarkeit von Ansprüchen Dritter außerhalb des Leihverhältnisses und der hoheitliche Vollstreckungszugriff auf die Leihgaben für die Zeit der Leihe ausgesetzt. Dieses einfachgesetzliche “Freie Geleit” wird auch privaten ausländischen Leihgebern gewährt. Geschützt werden hier also nicht nur Staaten. Nehmen wir die deutsche Gesetzgebung als Beispiel. Die einschlägige Vorschrift findet sich – etwas versteckt und systematisch überraschend – im Kulturgüterschutzgesetz von 1950, ein Gesetz also, das grundsätzlich auf den Schutz national bedeutenden deutschen Kulturgutes vor Abwanderung ins Ausland zielt.

2.1 Normtext

§ 20 des Kulturgüterschutzgesetzes sieht vor: Soll ausländisches Kulturgut vorübergehend zu einer Ausstellung in Deutschland ausgeliehen werden, so kann die zuständige Behörde dem Verleiher die Rückgabe zum festgesetzten Zeitpunkt rechtsverbindlich zusagen. Das ist Absatz 1. Abs. 2 lautet: “Die Zusage ist vor der Einfuhr des Kulturgutes schriftlich und unter Gebrauch der Worte ‘Rechtsverbindliche Rückgabeusage’ zu erteilen. Sie kann nicht zurückgenommen oder widerrufen werden”. Abs. 3: “Die Zusage bewirkt, dass dem Rückgabeanspruch des Verleihers keine Rechte entgegengehalten werden können, die Dritte an dem Kulturgut geltend machen”. Diese materiellen Rechtspositionen werden also vorübergehend suspendiert. Und ganz entscheidend Abs. 4: “Bis zur Rückgabe an den Verleiher sind gerichtliche Klagen auf Herausgabe, Arrestverfügungen, Pfändungen und Beschlagnahmen unzulässig”. Das ist das Regelungsprogramm für das deutsche “Freie Geleit” für ausländische Kulturgutleihgaben.

2.2 Normgenese

Den konkreten Anlass zur Einführung dieser Vorschrift gab eine bevorstehende Ausstellung von Werken, für die der Leihgeber gesetzlichen Schutz vor Herausgabeansprüchen Dritter zur Bedingung der Leihe machte: die Ausstellung “Schätze der Himmelssöhne” in der Bundeskunsthalle in Bonn im Jahre 2003 aus dem Nationalen Palastmuseum Taipeh in Taiwan. In dieser Ausstellung sollten führende Exponate aus dem China der Kaiserzeit gezeigt werden, etwa das kaiserliche Siegel, also das wohl wichtigste Insignium der Macht, das die bei Ausbruch der Kulturrevolution amtierende chinesische Regierung bei ihrer Flucht nach Taiwan aus Peking mitnahm. Taiwan befürchtete deshalb, dass die Volksrepublik China Herausgabeansprüche in Deutschland geltend machen werde. Da überdies weder Deutschland noch die Staaten der Europäischen Union Taiwan als Staat anerkennen, kam eine unmittelbare Zusicherung Freien Geleits durch die Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem verleihenden Staat als *ad hoc*-Sicherungsinstrument nicht in Betracht. Zum anderen hätte die Frage entstehen können, an welchen Staat die Ausstellungsstücke als berechtigter Eigentümer im Prätendentenstreit hätten herausgegeben werden müssen, an die Volksrepublik China oder an Taiwan.

Ganz ähnlich ist die Normgenese der jüngst in Kraft getretenen englischen Gesetzgebung zum Schutz ausländischer Leihgeber: Die Royal Academy wollte in der

für Dezember 2007 geplanten Ausstellung "From Russia" Leihgaben aus dem Staatlichen Puschkin-Museum zeigen und zwar unter anderem Werke, die in der Oktoberrevolution enteignet worden waren, sodass mit Herausgabeansprüchen der Erben früherer Eigentümer zu rechnen war. Denn bereits 1994 war anlässlich einer Ausstellung im Centre George Pompidou in Paris eine Herausgabeklage vor französischen Gerichten erhoben worden, allerdings aus völkergewohnheitsrechtlichen Gründen ohne Erfolg. Hierauf komme ich im zweiten Teil zurück.

Im Übrigen muss Russland wohl jederzeit mit dem Zugriff verschiedener Gläubiger von Geldforderungen rechnen, wie der – gleichermaßen erfolglose – Vollstreckungsversuch aus einem internationalen Schiedsspruch gegen Russland anlässlich einer Ausstellung von Leihgaben aus dem Puschkin-Museum an ein Museum in der Schweiz im Jahre 2005 belegt. Dies zeigt, dass Kunstwerke natürlich nicht nur Kulturgüter, sondern auch eine oft höchst werthaltige Haftungsmasse sind. Der Marktwert der russischen Leihgaben wurde auf 1 Milliarde US-Dollar geschätzt. Mit guten Gründen also bestand Russland auf einem gesetzlich angeordneten "Freien Geleit" für seine Leihgaben. Das Vereinigte Königreich ermöglichte die Ausstellung schließlich, indem es eine entsprechende Regelung in *Part 6 des Tribunals, Courts and Enforcement Act 2007* einfügte und das Gesetz am 31.12. 2007 nach einem ungewöhnlich kurzen, zugleich rechtspolitisch äußerst umstrittenen Gesetzgebungsverfahren verabschiedete.

2.3 Interessen

Die ganz typischen Normgenesen machen den Interessenkonflikt deutlich: Auf der einen Seite steht das verfassungsrechtlich garantierte Recht des präsumtiven Eigentümers oder Gläubigers auf effektiven Rechtsschutz durch die Gerichte des Gaststaates. Auf der anderen Seite steht das kulturpolitische Anliegen des internationalen Kulturaustausches und das Interesse der Öffentlichkeit an Zugang zu bedeutenden Kulturgütern – Ziele, zu denen sich die Bundesrepublik Deutschland wie andere Staaten in zahlreichen bi- und multilateralen völkerrechtlichen Verträgen verpflichtet hat. Außerdem ist allen klar, dass sich die zwischenstaatlichen und sonstigen Konflikte, die dem internationalen Leihverkehr entgegenstehen, also etwa der Konflikt zwischen der Volksrepublik China und Taiwan, nicht kurzfristig lösen lassen. Dennoch sollen Kulturgüter auch aus diesen Staaten gezeigt werden können. Außerdem erhalten die in zahlreichen Staaten mittlerweile erlassenen Schutzgesetze im Kern lediglich den *status quo* vor der Leihgabe. Sie verschlechtern aber nicht die Rechtsposition des präsumtiven Anspruchstellers, geht man davon aus, dass ohne das gesetzliche "Freie Geleit" die Ausstellung im Gaststaat gar nicht stattgefunden hätte. Zu den Staaten, die sich für eine solche Gesetzgebung entschieden haben, gehören in Europa neben Deutschland und dem Vereinigten Königreich die Schweiz, Frankreich, Belgien und Österreich, in Nordamerika verschiedene Bundesstaaten der USA sowie die Bundesebene, ferner verschiedene Staaten von Kanada.

2.4 Regelungsgehalt

Lassen Sie mich zur deutschen Gesetzgebung zurückkehren und diese etwas genauer erläutern. Die rechtsverbindliche Rückgabezusage ist ein Verwaltungsakt. Zuständig sind die Kultusministerien der Länder, die "Freies Geleit" durch Erteilung einer rechtsverbindlichen Rückgabezusage nach pflichtgemäßem Ermessen aussprechen können. Hierbei müssen sie im Einvernehmen mit dem Bund ent-

scheiden. Auf Bundesebene ist der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien zuständig.

Rechtstechnisch wird die Sicherung der Rückgabe vor allem prozessual durch den vorübergehenden Ausschluss der Klagbarkeit von Herausgabeansprüchen und des Zugriffs der Vollstreckungsorgane auf den Leihgegenstand bewirkt. Hinzu tritt die materiellrechtliche Suspension jeglicher Rechte präsumtiver Anspruchsteller außerhalb des vertraglichen Leihverhältnisses, die dem Rückgabeanspruch entgegengesetzt werden können. Der auf den ersten Blick nicht deutliche und auch vom Gesetzgeber in seiner Entwurfsbegründung nicht erläuterte Mehrwert dieser materiellrechtlichen Suspension der Rechte Dritter für den Leihgeber könnte zunächst darin liegen, auch vor Feststellungsklagen und nicht nur vor Herausgabeklagen geschützt zu sein. Eine Klage auf Feststellung des Eigentums wäre dann bei erteilter Rückgabebezug nach § 20 Abs. 3 KultGSchG als derzeit unbegründet abzuweisen. Dies setzt freilich voraus, dass das Gegenrecht des Eigentums durch § 20 Abs. 3 KultGSchG nicht nur in Ansehung des Rückgabeanspruchs, sondern insgesamt suspendiert ist – ein Eingriff in die Rechtsstellung des Anspruchstellers, der dem Wortlaut der Norm nicht unmittelbar zu entnehmen ist, der über den Zweck der Sicherung der Rückführung der Leihgabe hinausgeht und daher nicht von der Teleologie der Norm getragen ist. Jedenfalls verhindert § 20 Abs. 3 KultGSchG, dass die vorübergehende Belegenheit des Leihgegenstands in Deutschland Anlass für Klagen im Ausland, insbesondere im Sitzstaat des Verleihers, gibt. Denn da die Kollisionsrechtsordnungen wohl fast aller Staaten für Sachenrechte auf die *lex rei sitae* verweisen, führt die internationale Leihgabe, wie eingangs angesprochen, zu einem Statutenwechsel, sobald der Leihgegenstand die Grenze zu Deutschland überschreitet. Die Änderung der auf die sachenrechtliche Rechtslage anwendbaren Vorschriften könnte es dem Kläger ermöglichen, im Sitzstaat des Verleihers nunmehr erfolgreich auf Herausgabe zu klagen und, nachdem die Leihgabe in den Sitzstaat zurückgekehrt ist, dort zu vollstrecken. Dem beugt § 20 Abs. 3 KultGSchG dadurch vor, indem diese Vorschrift auch materiellrechtlich das Recht des präsumtiven Eigentümers suspendiert. Voraussetzung für die Wirksamkeit dieses Schutzes ist natürlich, dass das ausländische Kollisionsrecht die Suspendierung als Wirkung der *lex rei sitae* anerkennt.

In Verfahren im Gaststaat Deutschland bleibt dies allerdings ohne Bedeutung. Denn hier schließt ja bereits § 20 Abs. 4 KultGSchG jeglichen Vollstreckungszugriff aus. Ohne Weiteres klagbar bleiben allerdings Schadensersatzansprüche des präsumtiven Eigentümers. Dann stellt sich die bisher ungeklärte Frage, inwieweit § 20 Abs. 3 KultGSchG nicht nur das “Gegenrecht” des Eigentums in Ansehung des Herausgabeanspruchs nach § 985 BGB, sondern dadurch insgesamt das Eigentümer-Besitzer-Verhältnis suspendiert. Die zivilrechtliche Seite des deutschen “Freien Geleits” ist also zum Teil ungeklärt. Gerichtlich ausgetestet wurde das “Freie Geleit” bisher nicht.

2.5 Anfechtung

Lassen Sie mich auch auf die Besonderheiten bei der Anfechtung des Verwaltungsaktes der rechtsverbindlichen Rückgabebezug erteilt, sind Rücknahme und Widerruf nach §§ 48, 49 VwVfG ausgeschlossen. Das ordnet § 20 Abs. 2 KultGSchG ausdrücklich an. Dies soll den Bestand des Verwaltungsaktes während der Leihzeit sichern. Allerdings ist ein Dritter dadurch keineswegs gehindert, gegen

den Verwaltungsakt nach § 42 Abs. 2 VwGO Anfechtungsklage zu erheben. Damit kommt es für den Bestand des Schutzes entscheidend darauf an, inwieweit aus der Anfechtungsklage nach § 80, 80a VwGO ein Suspensiveffekt erwächst oder sich im einstweiligen Rechtsschutz wiederherstellen lässt. Erlauben Sie mir, Ihnen – und vielleicht vor allem mir – die verwaltungsprozess-rechtlichen Einzelheiten zu ersparen, zumal ich für diese als Privatrechtler auch nicht zuständig bin.

Nur so viel: Die Wiederherstellung oder erstmalige Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Anfechtungsklage im einstweiligen Rechtsschutz hängt von den Erfolgsaussichten des Klägers im Hauptsachverfahren ab. Erfolg hat der Kläger, wenn der Verwaltungsakt der rechtsverbindlichen Rückgabezusage rechtswidrig ist. Rechtswidrig kann die rechtsverbindliche Rückgabezusage vor allem aus folgenden Gründen sein: Die Rückgabegarantie kann mit öffentlich-rechtlichen Rückführungsansprüchen kollidieren. Solche Ansprüche gewähren zum Beispiel die europäische Kulturgüterückgaberichtlinie und das seit kurzem in Deutschland umgesetzte UNESCO-Übereinkommen über Maßnahmen zum Verbot und zur Verhütung der rechtswidrigen Einfuhr, Ausfuhr und Übereignung von Kulturgut vom 14. November 1970. Da das Verhältnis dieser Instrumente zu einfachgesetzlichen Rückgabegarantien in den Mitgliedsstaaten bzw. in den Vertragsstaaten ungeklärt ist, dürften in diesem Fall die Erfolgsaussichten in der Hauptsache der Anfechtungsklage derzeit noch nicht überwiegen. Die Rückgabezusage bietet dem ausländischen Verleiher also insoweit derzeit noch verlässlichen Schutz. Dies wird sich aber dann ändern, wenn sich die Auffassung durchsetzt, dass eines oder beide dieser Instrumente Vorrang beanspruchen vor Rückgabezusagen. Dann nämlich ist die Erteilung einer Rückgabezusage rechtsfehlerhaft. Noch ist das aber nicht so weit.

Wie steht es aber mit den deutschen Grundrechten und den Menschenrechten nach der Europäischen Menschenrechtskonvention? Bodo Pieroth und Bernd Hartmann haben in einem aus einem Gutachtenauftrag hervorgegangenen Beitrag in der *NJW* 2000, 2129, zutreffend dargelegt, dass die rechtsverbindliche Rückgabezusage zwar den Zugang zu gerichtlichem Rechtsschutz beschränkt und damit in den Schutzbereich des grundrechtlich garantierten Anspruchs auf effektiven Rechtsschutz eingreift. Dieser Eingriff geschieht jedoch – wie für die Verfassungskonformität der Vorschrift erforderlich – aus einem legitimen Grund, nämlich um den internationalen Kulturgüteraustausch zu ermöglichen. Dieser Eingriff gilt überdies als verhältnismäßig, weil nur vorübergehend und nur den *status quo* sichernd, wenn man die Ausgangslage vor der Verbringung der Leihe in den Gaststaat betrachtet, denn die Rückgabezusage sorgt ja nur dafür, dass diese Ausgangslage nach Ende der Ausstellung wieder hergestellt wird. Diese Einordnung entspricht der herrschenden Meinung im Schrifttum. Andere Auffassungen sind aber vertretbar und werden auch vertreten. Ich persönlich halte die herrschende Auffassung von Pieroth und Hartmann grundsätzlich für richtig – allerdings unter einem Vorbehalt.

Es sind nämlich Fälle denkbar, in denen der Anspruchsteller nirgendwo sonst Zugang zu effektivem Rechtsschutz findet. Dann führt die rechtsverbindliche Rückgabezusage zu einer vollständigen Justizverweigerung. Naheliegend sind solche Konstellationen vor allem, wenn es um den Rechtsschutz gegen Enteignungsmaßnahmen und anderer Entziehungen des Eigentums durch Unrechtsregime geht, deren "Gerichte" dem Rechtsinhaber keinen effektiven Rechtsschutz gewähren. Wo kein Gericht zuständig ist, muss sich aber jedes Gericht für zuständig erklären,

so die berühmte und allseits anerkannte Regel von Paul Heinrich Neuhaus. Ebenso ausdrücklich Art. 3 des schweizerischen Bundesgesetzes über das Internationale Privatrecht (IPRG). Ich plädiere deswegen für eine verfassungskonforme Reduktion der Ermächtigungsgrundlage zur Erteilung der rechtsverbindlichen Rückgabe-zusage: Im Fall der Justizverweigerung darf die zuständige Behörde die rechtsverbindliche Rückgabe-zusage nicht erteilen. Tut sie es trotzdem, ist es nicht mehr von vornherein ausgeschlossen, dass die Abwägung unter § 80 Abs. 5 VwGO zugunsten der Aussetzungsinteressen des Anfechtungsklägers ausfällt. Dann entfällt die Schutzwirkung der rechtsverbindlichen Rückgabe-zusage noch während der Leihe und Dritte können rechtlich auf die Leihgabe zugreifen.

Für Art. 6 Abs. 1 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) – Anspruch auf effektiven Zugang zu Gericht – gilt, wie ich meine, ganz Ähnliches. Dass auch Art. 6 Abs. 1 EMRK keinen absoluten Anspruch auf effektiven Rechtsschutz gewährt, ist anerkannt. Es gilt vielmehr ebenso das Verhältnismäßigkeitsgebot, das seinerseits einen legitimen Zweck zur Beschränkung der aus Art. 6 Abs. 1 EMRK fließenden Garantie voraussetzt. Entscheidend ist also erneut, ob das Ziel des internationalen Kulturaustausches – nunmehr allerdings im Lichte der EMRK – als legitim erscheint und ob die konkrete Beschränkung der Rechtsschutzgarantie verhältnismäßig ist. Eine Entscheidung des EGMR unmittelbar zur rechtsverbindlichen Rückgabe-zusage liegt nicht vor. Allerdings lässt die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte im “Fall Prinz Hans Adam II. von Liechtenstein gegen Deutschland” aus dem Jahre 2001 den Rückschluss zu, dass das “Freie Geleit” für internationale Leihgaben auch menschenrechtlich Bestand haben wird. Damals hatte das tschechische Denkmalamt in Brno, vormals Brünn, das Gemälde “Römische Szene um einen Kalkofen” von Pieter van Laer an das Wallraf-Richartz-Museum in Köln für die Ausstellung “I bamboccianti” ausgeliehen. Prinz Hans-Adam II verlangte als Eigentümer die Herausgabe und machte geltend, das Gemälde sei nach dem Zweiten Weltkrieg rechtswidrig als deutsches Feindvermögen unter Benesch-Dekret Nr. 12 durch die damalige Tschechoslowakei enteignet worden. Die deutschen Gerichte beriefen sich für die Unzulässigkeit der Klage auf einen völkervertragsrechtlich vereinbarten Ausschluss der Klagbarkeit für alle Klagen im Zusammenhang mit deutschen Reparationszahlungen. Nun konnte das persönliche Eigentum des Staatsoberhauptes des Fürstentums Liechtensteins unter keinem denkbaren Gesichtspunkt als im Ausland belegenes Vermögen eines Deutschen gelten. Prinz Hans Adam II. klagte deswegen vor dem Europäischen Gerichtshof wegen Justizverweigerung. Der EGMR erklärte den Klagbarkeitsausschluss mit Art. 6 Abs. 1 EMRK für vereinbar. Das Gericht hielt dabei für abwägungsrelevant, dass sich die Möglichkeit zur Klage für Prinz Hans-Adam II vor deutschen Gerichten nur zufällig durch die Leihe ergeben habe und die Streitigkeit damit nur geringe Verbindung zu Deutschland aufweise. Diese *ratio* lässt sich unmittelbar auf ausländische Leihgaben insgesamt übertragen – soweit die Leihgabe nicht über die vorübergehende Belegenheit im Gaststaat hinaus weitere Verbindungen zum Gaststaat, wie dies für Deutschland etwa für jedes Kunstwerk der Fall ist, das durch nationalsozialistische Verfolgung entzogen wurde und nun als Leihgabe nach Deutschland zurückkommt. Gleiches gilt für Beutekunst aus Russland. In der Tat hat die Bundesregierung erklärt, dass die Bundesrepublik für Beutekunst kein “Freies Geleit” gewähren werde. Dasselbe dürfte für Raubkunst aus dem Holocaust gelten. Und so konnte beispielsweise das Fotoalbum eines SS-Offiziers Karl-Otto Koch und seiner Frau Ilse Koch, der sogenannten Hexe von

Buchenwald – mit Bildern über deren “Arbeit” und Leben im Konzentrationslager Buchenwald, das kürzlich aus den Beständen des russischen Geheimdienstes wieder auftauchte, in Deutschland nicht gezeigt werden. Bestehen solche zusätzlichen Verbindungen der Leihgabe zum Gaststaat nicht, kommt es nur noch darauf an, ob der mit dem Ausschluss der Klagbarkeit verfolgte Zweck des internationalen Kulturaustauschs auch unter der EMRK als legitimer Zweck anzuerkennen ist. Dies wird man erwarten dürfen.

Im Übrigen hat sich durchaus als segensreich erwiesen, dass den zuständigen Behörden Ermessen bei der Erteilung rechtsverbindlicher Rückgabezusagen eingeräumt ist. So wurde vor ein paar Jahren einmal eine Rückgabezusage für zwei Uniformjacken Hitlers und Stalins beantragt. Diese beiden Kleidungsstücke sollten nebeneinander ausgestellt werden. Dieses Ausstellungskonzept war den zuständigen Behörden wohl zu dubios, um dieses mit Rückgabezusagen zu unterstützen.

Insgesamt muss man aber sagen, dass die Museen in Deutschland für ausländische Leihgeber relativ selten rechtsverbindliche Rückgabezusagen beantragen, sei es, weil dieses Schutzinstrument zu wenig bekannt ist, sei es, weil man glaubt, mit dem Antrag zum Ausdruck zu bringen, man habe Zweifel an der Rechtsposition des Verleihers. In Frankreich ist dies ganz anders. Dort wird vom ausgestopften Eisbären für das Naturkundemuseum bis zum Spitzengemälde nahezu alles mit Freiem Geleit ausgestattet.

Ich fasse zusammen: Der Gedanke, ausländischen Leihgaben durch inländische Gesetzgebung jeglichem Zugriff zu entziehen, ist einfach und auf den ersten Blick bestechend, rechtstechnisch aber gar nicht so einfach zu verwirklichen. Außerdem müssen die berechtigten Interessen und zum Teil grund- und menschenrechtlich verbürgten Rechte Dritter an den Leihgaben angemessen berücksichtigt werden. Wo der Schutz durch staatliche Gesetzgebung versagt oder ein einfachgesetzliches “Freies Geleit” für die ausländische Kunstleihgabe gar nicht besteht, dort kommt das Völkerrecht ins Spiel.

3. Schutz ausländischer Kulturgutleihgaben durch inländische Gesetzgebung

Wie bereits angedeutet stellen sich zwei Fragen. Erstens: Inwieweit schützt das Völkergewohnheitsrecht die Kulturgutleihgabe des ausländischen Staates. Zweitens: Wie weit ist das Völkervertragsrecht in dieser Frage.

3.1 Völkergewohnheitsrecht

Die erste Frage wurde entscheidungserheblich in einer Entscheidung des Kammergerichts Berlin im März diesen Jahres. Folgender Sachverhalt lag dieser Entscheidung zugrunde:

Vom 17. Oktober 2009 bis zum 14. März 2010 fand im Landesmuseum Baden-Württemberg die große Landesausstellung “Schätze des alten Syrien – die Entdeckung des Königreichs Qatna” statt. Zu dieser Ausstellung hatte das Nationalmuseum Syriens in Damaskus zwei Objekte aus seinem Bestand ausgeliehen. Dies nahm ein Opfer des terroristischen Anschlags vom 27.08.1983 auf das damalige französische Kulturzentrum “Maison de France” in Berlin-Charlottenburg zum Anlass, die spätere Vollstreckung des geltend gemachten Teil-Anspruchs auf Schmerzensgeld in Höhe von € 10.000 gegen Syrien durch dinglichen Arrest der beiden Leihgaben sichern zu lassen. Das Landgericht Berlin wies den Antrag auf dinglichen Arrest zurück. Die sofortige Beschwerde des Antragstellers hatte keinen

Erfolg. Entscheidende Frage war, inwieweit Kunstleihgaben ausländischer Staaten für Ausstellungen im Inland Vollstreckungsimmunität genießen.

3.2 Vollstreckungsimmunität hoheitlich genutzter Gegenstände

Das Bundesverfassungsgericht hatte in früheren Normenverifikationsverfahren nach Art. 100 Abs. 2 GG zum Inhalt des Völkergewohnheitsrechts festgestellt, dass die Zwangsvollstreckung in Vermögensgegenstände eines ausländischen Staates ohne dessen Zustimmung unzulässig ist, soweit die betreffenden Vermögensgegenstände hoheitlichen Zwecken des ausländischen Staates dienen. Es kommt deswegen darauf an, ob der ausländische Staat den betreffenden Vermögensgegenstand zur Verwendung für den Vollzug seiner *acta iure imperii* vorgesehen hat. Hoheitliche Tätigkeit in diesem Sinne ist insbesondere die Vertretung des ausländischen Staates im Inland. Hierzu verwendete Vermögensgegenstände wie etwa das Botschaftsgebäude fallen deswegen bereits unter die diplomatische Immunität des ausländischen Staates. Solche Gegenstände sind dem Vollstreckungszugriff entzogen, sobald der Zugriff die Erfüllung der diplomatischen Tätigkeit auch nur abstrakt gefährden könnte. Allerdings unterfallen nicht nur zu diplomatischen Zwecken verwendete Gegenstände der Vollstreckungsimmunität, sondern auch solche, die einem "sonstigen hoheitlichen Handeln" des ausländischen Staates dienen.

3.3 Kulturförderung und -austausch als hoheitlicher Zweck

Zu den in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts anerkannten hoheitlichen Zwecken gehört der Betrieb von "Kultur- und Forschungseinrichtungen" des ausländischen Staates im Inland. Zu Recht hat deswegen der Bundesgerichtshof kürzlich bestätigt, dass der Betrieb des "Russischen Hauses der Wissenschaft und Kultur" in Berlin durch die Russische Föderation hoheitliches Handeln sein kann und die hierzu verwendeten Vermögensgegenstände hoheitlichen Zwecken dienen können. Zuvor hatte bereits das Kammergericht Berlin entschieden, dass Kunstleihgaben ausländischer Staaten zu Ausstellungen im Inland dem hoheitlichen Zweck des Kulturaustauschs dienen können. Diese Entscheidung des Kammergerichts damals ist mit der hier eingangs vorgestellten strukturell identisch. Ein Opfer des terroristischen Anschlags auf die Diskothek "La Belle" in Berlin am 05.04. 1986 hatte die Ausstellung "Libysches Erbe" in Ausstellungsräumen der Bundesrepublik Deutschland in Berlin im ehemaligen Gebäude des Staatsrats der DDR zum Anlass genommen, die Vollstreckung der geltend gemachten Schmerzensgeldansprüche gegen den Staat Libyen durch den dinglichen Arrest von Ausstellungsleihgaben zu sichern. Das Kammergericht entschied damals, dass die Leihgaben des Staates Syrien dem hoheitlichen Zweck der "kulturellen Repräsentation" dienten. Wenn aber kulturelle Repräsentation durch den Betrieb von Kulturhäusern und Leihgaben des ausländischen Staates für Ausstellungen im Gaststaat oder in sonstigen Formen ein hoheitlicher Zweck ist, dann muss den im Inland belegenden und zu diesem hoheitlichen Zweck eingesetzten Vermögensgegenständen Vollstreckungsimmunität gewährt werden. So entschied das Kammergericht damals und so entschied das Kammergericht auch in der vorliegenden Entscheidung.

3.4 Staatenpraxis

Können sich diese Entscheidungen nun auf eine hinreichende Staatenpraxis – getragen von einer entsprechenden Rechtsüberzeugung der Staatengemeinschaft – stützen, wie es für die Formulierung einer völkergewohnheitsrechtlichen Rechtsregel erforderlich ist? Ich meine: wohl ja. Jedenfalls mehren sich die Anzeichen dafür. Ich möchte Sie zunächst auf die *United Nations Convention on Jurisdictional Immunities of States and Their Property* vom 02. Dezember 2004 aufmerksam machen. Dieses Übereinkommen ist noch nicht in Kraft getreten. Deswegen führe ich es hier als einen möglichen Ausdruck von Staatenpraxis ein. Zugleich beantworte ich damit die Frage nach dem Stand des Völkervertragsrechts.

Art. 21 lit. d und e des Übereinkommens stellt ausdrücklich Gegenstände des kulturellen Erbes eines Staates oder seiner Archive sowie Leihgaben für Ausstellungen von wissenschaftlichem, kulturellem oder historischem Interesse unter den vollstreckungsrechtlichen Immunitätsschutz der Konvention. Dass die Konvention durch die UN-Generalversammlung im Konsensverfahren angenommen wurde, lässt auf Akzeptanz der Staatengemeinschaft zumindest in Ansehung des gesamten Instruments schließen, ohne dass dies freilich den unmittelbaren Schluss von der völkervertraglichen Vereinbarung der Vollstreckungsimmunität staatlicher Kunstleihgaben auf die Existenz einer entsprechenden völkergewohnheitsrechtlichen Regel allein tragen könnte.

Es lassen sich aber weitere Indizien für eine entsprechende Staatenpraxis nachweisen. Im ersten Teil hatte ich den erfolglosen Vollstreckungsversuch eines Gläubigers geschildert, aus einem internationalen Schiedsspruch in Leihgaben der Russischen Föderation aus dem staatlichen Puschkin-Museum an ein schweizerisches Museum im Wert von 1 Milliarde US-Dollar zu vollstrecken. Das Eidgenössische Departement für Auswärtige Angelegenheiten erklärte damals – und ich zitiere: “Staatliche Kulturgüter gelten als öffentliches Eigentum, das grundsätzlich nicht beschlagnahmt werden darf”.

Ich hatte auch bereits die Entscheidung des *Tribunal de Grande Instance Paris* im Jahre 1993 anlässlich einer Ausstellung von Werken aus dem Staatlichen Puschkin-Museum Moskau und der Staatlichen Eremitage St. Petersburg im Centre George Pompidou erwähnt. Das Gericht entschied damals, dass einstweiliger Rechtsschutz zur Sicherung der behaupteten Herausgabeansprüche von Erben enteigneter Alteigentümer den Verzicht der Russischen Föderation auf Vollstreckungsimmunität voraussetzt. Man kann außerdem anführen, dass staatliche Immunitäts-Gesetze wie das deutsche, das ich im ersten Teil beschrieben habe, zunehmend Verbreitung finden. Der belgische Gesetzgeber hat übrigens in der Begründung seines innerstaatlichen Gesetzes zum “Freien Geleit” staatlicher ausländischer Kunstleihgaben erklärt, dass sein Gesetz lediglich den Stand des Völkergewohnheitsrechts widerspiegelt.

Ich fasse erneut zusammen: Es scheint mir nicht mehr allzu gewagt, eine völkergewohnheitsrechtliche Regel der Vollstreckungsimmunität ausländischer Kunstleihgaben zu Anwendung zu bringen, wenn sich im konkreten Fall feststellen lässt, dass die Leihgabe dem hoheitlichen Zweck der kulturellen Repräsentation und der Kulturförderung dient. Denn das Neue dieser Regel besteht ja allenfalls darin, die Repräsentation und Präsentation der eigenen Kultur eines ausländischen Staates im Inland als hoheitlichen Zweck anzuerkennen und den Sachverhalt der staatlichen Kunstleihgabe für Ausstellungen im Gaststaat unter die anerkannte völkergewohnheitsrechtliche Regel zu subsumieren.

Die Praxis des Kulturgüterrückgabegesetzes*

I. Merkmale des Kulturgüterrückgabegesetzes

Nach über dreißig Jahren ratifizierte im Jahr 2007 die Bundesrepublik Deutschland das “UNESCO-Übereinkommen über Maßnahmen zum Verbot und zur Verhütung der rechtswidrigen Einfuhr, Ausfuhr und Übereignung von Kulturgut vom 14. November 1970” - kurz “UNESCO-Konvention von 1970”. Die entsprechende Umsetzung in nationales Recht erfolgte durch Ergänzung des Kulturgüterrückgabegesetzes – kurz “KultGüRückG”. Dieses Gesetz besteht seit 1998 und diente ursprünglich der Umsetzung der Richtlinie 93/7/EWG des Rates vom 15. März 1993 über die Rückgabe von unrechtmäßig aus einem Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates verbrachten Kulturgütern.

Auf Grundlage dieser Bestimmungen steht seit 2008 auch den Vertragsstaaten der UNESCO-Konvention von 1970 in der Bundesrepublik Deutschland ein Instrumentarium zur Verfügung, um die Rückgabe von rechtswidrig dorthin verbrachten Kulturgütern zu betreiben sowie deren Einfuhr bereits frühzeitig zu verhindern. Aus Vertragsstaatsensicht sieht das Gesetz im Wesentlichen folgende Instrumente vor:

- Öffentlich-rechtlicher Anspruch auf Rückgabe von unrechtmäßig nach Deutschland verbrachtem nationalem registriertem Kulturgut eines Vertragsstaates;
- Erstreckung des Rückgabeanpruchs auch auf bis zum Zeitpunkt der Verbringung nach Deutschland noch unbekannte Objekte aus Raubgrabungen;
- Möglichkeit der nachträglichen Eintragung der betreffenden Objekte ins nationale Register binnen eines Jahres nach Möglichkeit der Kenntnisnahme über die Existenz der Objekte;
- Möglichkeit der Anhaltung von Objekten zur Sicherung des Rückgabeanpruchs;
- Errichtung eines Verzeichnisses für wertvolles Kulturgut der Vertragsstaaten in Deutschland;
- Einführung eines strafbewehrten Genehmigungsvorbehalts für die Einfuhr von Kulturgütern, die im vorgenannten Verzeichnis geführt werden.

Weiterhin wurden Aufzeichnungspflichten für den Kunst- und Antiquitätenhandel sowie für Auktionshäuser eingeführt, die jedoch nicht Gegenstand der weiteren Betrachtungen sein sollen.

Die Ausführung des Gesetzes obliegt den Bundesländern. Hierzu wurden Zentralstellen - meist bei den jeweiligen Wissenschafts- oder Kunstministerien - eingerichtet. Die Zentralstelle des Bundes, der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, hat überwiegend koordinierende Aufgaben. Das Gesetz steht zur Evaluierung an.

* Der Text beruht auf dem Vortrag des Verfassers. Die Vortragsform ist beibehalten.

II. Rezeption

Das Gesetz erfuhr nach dessen Inkrafttreten eine gespaltene Aufnahme in der nationalen und internationalen Literatur. Einerseits wurde die Tatsache gewürdigt, dass Deutschland als wichtiger Handelsplatz für Antiken nach annähernd 40 Jahren die UNESCO-Konvention von 1970 endlich ratifiziert hatte. Insbesondere wurde die Intention des Gesetzgebers gewürdigt, dass Deutschland, über den Konventionsinhalt hinaus, auch einen Herausgabe- und Schutzmechanismus für Objekte eingeführt hat, die aus illegalen Raubgrabungen stammen und somit regelmäßig beim Auftauchen auf dem Antikenmarkt nicht wissenschaftlich erfasst sind geschweige denn in nationale Verzeichnisse aufgenommen sind. Andererseits war deutlich Kritik darüber zu vernehmen, dass – im Gegensatz zur begrüßenswerten Intention nach Durchlaufen des Gesetzgebungsverfahrens – ein Regelwerk in Kraft trat, das praktisch kaum einem Staat die Möglichkeit gewähren würde, einen Rückgabeanspruch auch tatsächlich erfolgreich durchzusetzen. Die Kritiker erkannten den Grund hierfür vor allem im Prinzip, das zur Determinierung eines konkreten Objekts als Kulturgut gewählt wurde.

Als Kulturgut im Sinne des Kulturgüterrückgabegesetzes und somit als Gegenstand eines Rückgabeanspruchs gilt ein Objekt nur, wenn es als “besonders bedeutsam bezeichnet” wurde, indem es “individuell identifizierbar von einem anderen Vertragsstaat in ein Verzeichnis des bedeutenden öffentlichen und privaten Kulturguts aufgenommen worden ist”; weiterhin wird gefordert, dass ein solches Verzeichnis ohne unzumutbare Hindernisse im Bundesgebiet öffentlich zugänglich sein muss (vgl. § 6 Absatz 2 KultGüRückG). Dieses strenge Listenprinzip, dass an den eigenen deutschen Mechanismus zur Verhinderung der Abwanderung von deutschem Kulturgut ins Ausland angelehnt ist, stehe im Widerspruch zu einem in zahlreichen Ländern vorhandenen extensiven Schutzverständnis für nationales Kulturgut, das gesamte Objektgruppen oder Zeugnisse ganzer Epochen kraft Gesetzes umfassend unter Schutz stellt, wie dies hinsichtlich präkolumbischer Artefakte etwa in zahlreichen lateinamerikanischen Staaten geschieht. Kritisiert wurde schließlich auch, dass Deutschland in seiner Umsetzung der UNESCO-Konvention von 1970 weit hinter dem Umfang des Schutzes zurückblieb, den beispielsweise die Schweiz mit dem Kulturgütertransfergesetz eingeführt hat.

III. Entscheidungen der bayerischen Verwaltungsgerichtsbarkeit im Jahre 2010

Die bayerische Verwaltungsgerichtsbarkeit hatte im Jahr 2010 erstmals in Deutschland die Bestimmungen des Kulturgüterrückgabegesetzes in Bezug auf Vertragsstaaten der UNESCO-Konvention von 1970 im Rahmen von streitigen Auseinandersetzungen anzuwenden, bei denen die Rückgabe von nach Bayern verbrachten Kulturgütern von mehreren Vertragsstaaten verlangt wurde. In diesem Zusammenhang erging eine Reihe von Entscheidungen im Wege des einstweiligen Rechtsschutzes, unter anderem der nachfolgend näher analysierte Beschluss des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 16. Juli 2010 zu Aktenzeichen 7 CE 10.1097. Hierbei konnten erstmals in der Praxis, Effektivität und Grenzen der deutschen Umsetzung der UNESCO-Konvention von 1970 analysiert werden.

1. Beschluss des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 16. Juli 2010 zu Aktenzeichen 7 CE 10.1097

Dieser Entscheidung lag folgender Sachverhalt zugrunde, der vorliegend nur in seinen wesentlichen, für die nachfolgend beleuchteten Entscheidungsgründe maßgeblichen Einzelheiten zusammenfassend wiedergegeben wird:

Im Jahre 2007 wurde in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union ein Konvolut von weit über 1.000 präkolumbischen Artefakten ausfindig gemacht. Die Behörden des entsprechenden Landes beschlagnahmten einen Teil der Objekte und belegten den Rest mit einem richterlichen Verbringungsverbot, um mittlerweile geltend gemachte Rückgabeansprüche zahlreicher lateinamerikanischer Staaten zu sichern. Im Jahre 2008 wurde das Konvolut wohl unter Verstoß gegen Ausfuhrbestimmungen des Mitgliedsstaates nach München verbracht. Die bayerischen Ermittlungsbehörden beschlagnahmten die Objekte vorläufig.

Im Jahre 2009 beantragte der Antrag stellende Vertragsstaat, die Vereinigten Mexikanischen Staaten, im Wege des einstweiligen Rechtsschutzes vor dem Verwaltungsgericht München den Freistaat Bayern zu verpflichten, die Anhaltung der Objekte nach § 8 Absatz 2 KultGüRückG anzuordnen. Zur Begründung wurde angegeben, dass es Kulturgüter des Vertragsstaates seien, da es sich um präkolumbische, archäologische Objekte handele, die dem heutigen Staatsgebiet des Vertragsstaats entstammen. Diese seien unter Verstoß gegen nationale Schutzvorschriften (gesetzliches Staatseigentum an sämtlichen archäologischen Objekten im Boden, Handelsverbote sowie absoluter Genehmigungsvorbehalt für Ausfuhren solcher Objekte) und ohne Ausfuhrgenehmigung außer Landes geschafft worden. Die Gegenstände seien vom Vertragsstaat in sein nationales Register für bewegliche und unbewegliche archäologische Denkmäler aufgenommen worden und zwar vor Verbringung der Objekte in die Bundesrepublik Deutschland. Objekte aus dem Konvolut, die erst mit ihrer Verbringung nach Deutschland bekannt wurden, seien fristgerecht eingetragen worden. Das Register sei für jedermann auch vom Ausland aus zugänglich, in dem ein Gesuch auf Einsichtnahme gestellt werden kann.

Mit Beschluss vom 16. April 2010 wurde der Antrag des Vertragsstaats abgelehnt. Zwar könne aus dem Vortrag des Vertragsstaates geschlossen werden, dass die Objekte unrechtmäßig im Sinne des § 6 Absatz 4 KultGüRückG aus dem Staatsgebiet ausgeführt worden seien, weiterhin ließ das Gericht den Einwand nicht gelten, wonach die Einfuhr über ein Drittland die Geltendmachung des Anspruchs nach Kulturgüterrückgabegesetz in Deutschland verhindere. Das Gesetz stelle auf die Einfuhr nach Deutschland ab, nicht auf den Zeitpunkt der Ausfuhr aus dem Ursprungsland.

Nach Auffassung des Gerichts seien die Objekte jedoch nicht als “besonders bedeutsam” im Sinne von § 6 Absatz 2 KultGüRückG bezeichnet worden, da es an einer Eintragung in einem im Bundesgebiet ohne unzumutbare Hindernisse öffentlich zugänglichen Register fehle. Das vorgelegte nationale Register entspreche jedenfalls nicht den Anforderungen des KultGüRückG, da es nur Einsichtnahme über ein fremdes verwaltungsrechtliches Verfahren ermögliche. “Öffentlich zugänglich” sei am einfachsten über die Zugänglichmachung des Verzeichnisses im Internet zu gewährleisten, wie dies in der Gesetzesbegründung zum Kulturgüterrückgabegesetz ausgeführt sei. Es sei jedoch auch denkbar, einen aktuellen Abdruck des nationalen Verzeichnisses bei öffentlichen Stellen in der Bundesrepublik Deutschland zu hinterlegen, um dort Einsicht nehmen zu können. Im Übrigen sei das Erfordernis der Gesetzesbegründung zu berücksichtigen, wonach das Register

in einer international geläufigen Sprache, vorzugsweise Englisch oder Französisch, zugänglich zu machen sei.

Gegen den Beschluss legte der Vertragsstaat Beschwerde zum Bayerischen Verwaltungsgerichtshof im Wesentlichen mit der Begründung ein, der unbestimmte Rechtsbegriff "öffentlich zugänglich" sei fehlerhaft ausgelegt worden. Eine Veröffentlichung des Registers in Deutschland im presse- oder verlagsrechtlichen Sinne sei weder dem Normwortlaut noch der Gesetzesbegründung zu entnehmen. Es könnten durchaus zumutbare Hindernisse bei der Einsichtnahme in das Register in Kauf genommen werden. Die Möglichkeit einer Veröffentlichung im Internet, die regelmäßig durch Hinterlegung von Daten auf ausländischen, unter der Kontrolle des jeweiligen Vertragsstaats stehenden Servern erfolgen dürfte, zeige, dass es nicht darauf ankommen könne, wo Daten verkörpert, also gespeichert, hinterlegt oder veröffentlicht seien. Es käme vielmehr darauf an, dass sie von Deutschland aus zugänglich seien. Ein schriftlicher Antrag auf Erteilung eines Registerauszugs oder einer Negativmeldung komme dem jedenfalls nach. Es habe eine einzelfallbezogene Abwägung zu erfolgen, bei der die unterschiedliche Ausgestaltung des jeweiligen nationalen Regimes zum Kulturgüterschutz zu berücksichtigen sei. Dabei müsse berücksichtigt werden, ob ein Staat, wie etwa der Vertragsstaat, ein umfassendes Kulturschutzverständnis habe, indem er sein gesamtes archäologisches Erbe aus präkolumbischer Zeit per Gesetz unter Schutz stelle oder wie die Bundesrepublik eher restriktives Konzept des nationalen Erbes habe, in dem nur ausgewählte Objekte im Rahmen eines Verwaltungsverfahrens unter Schutz gestellt würden. Bei einem Staat wie dem Antragsteller mit umfassendem Kulturgüterschutz sei es praktisch schon unmöglich, wie vom Gericht gefordert einen Abdruck des nationalen Verzeichnisses in Deutschland zu hinterlegen. Im Übrigen sei es unzulässig, die untechnische Formulierung der Gesetzesbegründung hinsichtlich der Sprache des Registers als Auslegungsmittel heranzuziehen. Die Landessprache des Vertragsstaats (Spanisch) sei als eine der VN-Amtssprachen und aufgrund der Vielzahl der Länder, in der sie als Amtssprache geführt wird, in jedem Fall als international geläufig zu betrachten, zumal die Bundesregierung selbst im Internetauftritt der UNESCO Texte mit deutscher Gesetzgebung auch in spanischer Sprache zum Download bereitstellt.

Die Beschwerde wurde durch Beschluss vom 16. Juli 2010 mit der Begründung zurückgewiesen, dass in den Ausführungen des erstinstanzlichen Beschlusses hinsichtlich der öffentlichen Zugänglichkeit keine Fehler zu erkennen seien. "Öffentlich zugänglich" im Sinne des § 6 Absatz 2 KultGüRückG könne demnach nur ein Verzeichnis sein, dessen gesamter Inhalt fortlaufend selbstständig eingesehen werden könne, sodass jederzeit Kenntnis von Änderungen genommen werden könne sowie wann diese vorgenommen wurden. Registerauszüge könnten diesem Transparenzerfordernis nicht nachkommen, da sie im Einzelfall durch die Staaten manipulierbar wären. Hierzu wird wörtlich ausgeführt:

Würde man auf diese Transparenzanforderung verzichten und den Interessenten lediglich zu speziell angefragten Objekten einzelne Auskünfte etwa in Gestalt von Registerauszügen erteilen, so könnten die registerführenden ausländischen Stellen anlässlich solcher Anfragen ihre Verzeichnisse um die betreffenden Gegenstände ergänzen und die Aufnahmezeitpunkte rückdatieren, ohne dass dies für Außenstehende nachweisbar wäre. Eine Verfahrensregelung, die derartige Missbrauchsmöglichkeiten zulässt, würde dem grundrechtlichen Schutz des Eigentums sowie den Interessen des Kunsthandels, die der Gesetzgeber bei der Regelung ebenfalls zu berücksichtigen hatte (vgl. BT-Drs. 16/1371, S.12.), schwerlich gerecht werden.

Mit der Einstellung ins Internet sei der gesetzlichen Publizitätspflicht nachgekommen. Die Hinterlegung einer physischen Kopie sei nicht notwendig oder könne im Übrigen auch auszugsweise erfolgen.

2. Anmerkungen zur Entscheidung

Die Entscheidung zeigt die Grenzen der in Deutschland gewählten Umsetzung auf. Durch das in Deutschland geltende "strenge Listenprinzip" können derzeit nur Staaten mit ausreichender Wahrscheinlichkeit auf Erfolg auf Grundlage des Kulturgüterückgabegesetzes Ansprüche in Deutschland verfolgen, die über ein nationales Register verfügen, das entweder im Internet zugänglich ist oder in Deutschland in stets aktueller Form physisch hinterlegt wird.

Die Ausführungen des Gerichts hinsichtlich der Manipulierbarkeit von nationalen Registern können nicht unkommentiert bleiben. Es würde sicherlich nicht den Ansprüchen an ein rechtsstaatliches Verfahren genügen, wenn die Möglichkeit der Manipulation außer Acht gelassen würde und man jedes Dokument eines ausländischen Staates unkommentiert hinsichtlich seiner Authentizität annehmen würde. Allerdings argumentiert das Gericht insoweit inkonsequent, als völlig außer Acht gelassen wird, dass auch ein im Internet veröffentlichtes Register manipuliert werden kann. Gerade ein auf einem ausländischen Server eingerichtetes Datenbanksystem könnte leicht und für den allgemeinen Nutzer kaum nachvollziehbar manipuliert werden. Dies gilt insbesondere dann, wenn ein Staat – anders als die Bundesrepublik Deutschland – eine große Anzahl von Objekten unter Schutz stellt und ein Register schafft, das für deutsche Behörden oder Justiz kaum zu überschauen ist. Objekte könnten jederzeit nach Bedarf in die Datenbank eingegeben oder entsprechend rückdatiert werden. Dieses Beispiel zeigt, dass ein ausschließliches Rekurren auf die eher fragmentarischen Ausführungen der Gesetzesbegründung nicht ausreichend ist.

Die Reduzierung auf das Internet oder eine hinterlegte physische Kopie kollidiert mit der Wirklichkeit im internationalen Kulturgüterschutzrecht. So gibt es zahlreiche Staaten – insbesondere in der sich entwickelnden Welt –, die wie der Antragsteller ihr gesamtes archäologisches Erbe kraft Gesetzes beispielsweise über ein Schatzregal zu Staatseigentum erklären und dieses durch darauf abgestimmte Verwaltungs- und Strafvorschriften unter besonderen Schutz stellen. Der kulturelle Reichtum dieser Staaten sowie die oftmals mangelnden wirtschaftlichen Ressourcen erschweren es diesen Staaten jedoch, die hohen deutschen Anforderungen an ein Register zu erfüllen.

Zwar ist nachvollziehbar, dass im Interesse der Rechtssicherheit ein dem deutschen System entsprechendes Mindestmaß hinsichtlich der Anforderungen an die Vertragsstaaten im Rahmen der Geltendmachung von Ansprüchen abzuverlangen sind, zumal die Konvention selbst ihren Mitgliedstaaten zahlreiche Obliegenheiten in Bezug auf den Schutz ihres nationalen kulturellen Erbes auferlegt. Im Interesse der Gewährung eines effektiven Rechtsschutzes für betroffene Staaten in Deutschland kann aber die Realität der weltweit unterschiedlich ausgestalteten Kulturschutzmechanismen nicht außer Acht gelassen werden, wenn man nicht Gefahr laufen möchte, mit dem Kulturgüterschutzgesetz ein dauerhaft stumpfes Werkzeug vorzuhalten. Zu sachgerechteren Lösungen bei der Überwindung des Konflikts zwischen den Erfordernissen des deutschen Rechtsstaates und der zersplitterten Realität im internationalen Kulturgüterschutz dient sicherlich die Anwendung der

gesetzlichen Vorgaben in einer auf den Einzelfall bezogenen, die vielschichtigen Umstände des jeweiligen Falles betrachtenden Weise.

Auf den vorliegenden Fall bezogen wären demnach zwei Aspekte besonders zu berücksichtigen:

1. Der Vertragsstaat verfügt seit über 150 Jahren über Gesetzgebung, die archäologische Objekte aus präkolumbischer Zeit zu unveräußerlichem Staatseigentum erklären und sie zivilrechtlich als *res extra commercium* qualifizieren. Der Finder eines solchen Objekts ist gesetzlich verpflichtet, den Fund unverzüglich anzuzeigen und das Objekt an die entsprechende staatliche Stelle zu übergeben. Dem Finder kann die Erlaubnis erteilt werden, den Fund zu verwahren, wenn dies geboten erscheint. Handel und Ausfuhr solcher Objekte sind nur mit ausdrücklicher staatlicher Genehmigung möglich. Der Vertragsstaat gibt der Gesamtheit seines archäologischen Erbes den Status von schützenswertem Kulturgut. Die Entscheidung, was zu Kulturgut erklärt wird, bleibt jedem Staat selbst überlassen und ist unstreitig von anderen Staaten zu respektieren. Die Berücksichtigung der zivilrechtlichen Besonderheiten dieses Falles würde nun dazu führen, dass bei Nichtvorliegen von Dokumenten, die eine ausnahmsweise Ausfuhr- oder Handelsgenehmigung nachweisen, als Kulturgüter zu betrachten wären, die einem Rückgabeanpruch unterliegen könnten. Eine Ausnahme läge vor, wenn nachgewiesen werden kann, dass es sich um Objekte handelt, die bereits vor Einführung des Staatseigentums frei handelbar waren.

2. Sämtliche in dem vorliegenden Fall involvierten Personen haben Sonderwissen, da es sich um erfahrene Sammler und Händler handelt, die bestens über die rechtlichen und wirtschaftlichen Bedingungen in den Herkunftsländern der von ihnen inne gehaltenen Objekte informiert sind.

IV. Schlussfolgerungen und Ausblick

Wie kann jedoch die Realität divergierender Schutzmechanismen in den verschiedenen Vertragsstaaten derart berücksichtigt werden, dass einerseits eine effektive Umsetzung der eingegangenen völkerrechtlichen Verpflichtungen, andererseits eine den nationalen Anforderungen an Rechtssicherheit entsprechende Umsetzung gewährleistet werden?

Folgende Bereiche bedürfen hierzu der Überarbeitung:

1. Mechanismus zur Identifizierung eines Gegenstands als Kulturgut

Das dem nationalen Mechanismus zur Verhinderung der Abwanderung deutschen Kulturguts ins Ausland angelehnte Listenprinzip greift bei Vertragsstaaten, die ein umfassendes Schutzverständnis für Kulturgut haben, zu kurz. Die Führung und Zugänglichmachung im Bundesgebiet eines Verzeichnisses, das in seinem Umfang weit über das deutsche Verzeichnis hinausgeht, stellt ein nahezu unüberwindbares Hindernis dar. Die Veröffentlichung im Internet ist zwar erstrebenswert, gestaltet sich aber gerade bei Ländern mit reichem kulturellem Erbe in der Umsetzung als ein langjähriger Prozess. Daher sollte ein mehrstufiger Mechanismus eingeführt werden, der sich nicht im bloßen Listenprinzip erschöpft.

Stufe 1 - "Nationales Verzeichnis"

Hierbei sollte zunächst ermittelt werden, ob im Herkunftsstaat selbst ein Register oder Verzeichnis geführt wird, das vor Ort einen effektiven Schutz der Kulturgüter gewährleistet. Liegt dies vor, ist der Herkunftsstaat seinen Obliegenheiten aus der "UNESCO-Konvention von 1970" nachgekommen. Dabei kann durchaus geprüft werden, ob das System und dessen praktische Umsetzung hiesigen rechtsstaatlichen Ansprüchen genügen. Bestehen diesbezüglich Zweifel, ist dies von den deutschen Behörden bekannt zu machen. Ähnliches geschieht übrigens im Rahmen der Legalisation ausländischer Urkunden. Werden die Umstände in einem Land als unzureichend bewertet, erfolgt keine Anerkennung von Urkunden aus diesem Land. Dieser Umstand wird öffentlich bekannt gemacht.

Das Führen eines nationalen Verzeichnisses stellt jedoch nur eines von zahlreichen möglichen Schutzmechanismen dar. Wenn sich – wie im vorliegenden Fall – das Führen eines nationalen Verzeichnisses nach den deutschen Vorstellungen als faktisch unmöglich erweist, sollten ergänzend andere Schutzmechanismen berücksichtigt werden.

Stufe 2 - "Berücksichtigung weiterer Schutzmechanismen"

Hierbei ist an die Erfüllung weiterer Obliegenheiten aus Artikel 5 der UNESCO-Konvention von 1970 zu denken. Darüber hinaus sind aber auch andere Schutzmechanismen wie Besonderheiten in der nationalen Gesetzgebung – etwa ein umfassendes Schatzregal wie die gesamte Unterschutzstellung von Objekten aus abgegrenzten geschichtlichen Epochen sowie Ausfuhr- und Handelsverbote – zu berücksichtigen. Derartige Schutzmechanismen werden oft von Ländern mit reichem kulturellem Erbe eingeführt. Im Falle des vorliegenden Vertragsstaates wird vermutet, dass sich ca. 250.000 archäologische Stätten aus präkolumbischer Zeit auf seinem Staatsgebiet befinden, von denen nur ein Bruchteil bekannt oder wissenschaftlich erforscht ist.

Stufe 3 - "Sonderwissen der beteiligten Personen"

Die Berücksichtigung des Sonderwissens der beteiligten Personen sollte deshalb in Betracht gezogen werden, da meist Akteure in derartige Fälle verwickelt sind, die fundierte Kenntnisse über die Gesetzgebung in den Herkunftsländern des Kulturgutes haben und daher nicht schutzbedürftig sind.

Dieses flexible Stufenmodell verwirklicht die Grundkonzeption der UNESCO-Konvention von 1970. Die Mitgliedsstaaten sollen - sofern sie einen in der Konvention niedergelegten Mindeststandard im Bereich des Kulturgüterschutzes implementiert haben - dann auf den Beistand der anderen Vertragsstaaten vertrauen dürfen und diesen beanspruchen, wenn Kulturgüter unter Umgehung dieses Schutzmechanismus außer Landes gebracht wurden. Entscheidendes Kriterium dabei ist, dass die Konvention selbst keinen starren Maßstab festlegt, dem alle Länder uniform zu folgen hätten. Die Konvention sieht vielmehr vor, dass länderspezifische Besonderheiten zu berücksichtigen sind. In Artikel 5 der Konvention wird die Einführung von Institutionen zur Durchsetzung der Schutzmaßnahmen wie einem nationalen Verzeichnis zwar gefordert, diese sollen jedoch "as appropriate for each country" ausgestaltet werden, also soweit angemessen für jedes Land. Diese Formulierung zeigt, dass jedes Land individuell zu beurteilen ist.

Die Implementierung des strengen Listenverzeichnisses zum Nachweis der Kulturguteigenschaft eines Objekts und insbesondere das alleinige Abstellen auf dieses Erfordernis läuft diesem Gedanken zuwider, da ein Vertragsstaat damit allen anderen Vertragsstaaten Bedingungen zumindest mittelbar auferlegt, die über ihre Obliegenheiten aus der Konvention hinausgehen beziehungsweise deren Rechte daraus in völkerrechtlich unzulässiger Weise beschneiden.

Dies führt im konkreten Fall dazu, dass gerade ein Vertragsstaat, der über ein besonders hoch entwickeltes nationales Verzeichnis verfügt, eine fortschrittliche und effektive Antikenverwaltung unterhält und darüber hinaus ein differenziertes System von Schutzbestimmungen auf den verschiedenen Ebenen des Rechts aufweist - also all seinen Obliegenheiten aus der UNESCO-Konvention von 1970 nachkommt -, faktisch so gestellt wird wie ein Land, das diesen Standards nicht oder nur unzureichend nachkommt. Mittlerweile wurde sogar ein webbasiertes Onlineverzeichnis eingerichtet. Die vollständige Überführung des Datenbestands des bisherigen Registers wird jedoch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Daher kann nur eine differenzierte Betrachtung der jeweiligen Konstellation des Einzelfalls zu einem ausgewogenen, die Interessen der Bundesrepublik Deutschland und des individuellen Vertragsstaats berücksichtigenden Ergebnis führen.

2. Besonderheiten in Bezug auf Objekte aus Raubgrabungen sowie auf das Verwaltungsverfahren

Im Rahmen des der Entscheidung vorangegangenen Verwaltungsverfahrens hat sich im Übrigen gezeigt, dass Bedarf besteht, die Rechte und Pflichten des Vertragsstaats sowie der deutschen Behörden detaillierter auszugestalten. Dies gilt hinsichtlich der – für einen fremden Staat nicht leicht zu durchschauenden – Kompetenzverteilungen auf Bundes- und Landesebene. Darüber hinaus insbesondere hinsichtlich der Einführung eines Rechtsanspruchs auf die Begutachtung von beschlagnahmten oder angehaltenen Objekten, um zu vermeiden, dass möglicherweise eine Auseinandersetzung um Fälschungen geführt wird. Gerade im Hinblick auf die positiv zu bewertende Möglichkeit, Objekte aus Raubgrabungen zu erfassen, ist eine unverzügliche Inaugenscheinnahme der Objekte durch Experten des Vertragsstaates zwingend notwendig. Einerseits um festzustellen, ob die Objekte tatsächlich aus dem Vertragsstaat stammen, andererseits um nicht Gefahr zu laufen, die Jahresfrist zur Einleitung des Eintragungsverfahrens ins nationale Register verstreichen zu lassen. Gerade vor dem Eindruck dieser Frist kam es in der Vergangenheit dazu, dass zweifelhafte Objekte in nationale Verzeichnisse aufgenommen wurden, um nicht die Möglichkeit zu verlieren, anschließend einen Rückgabeanspruch geltend zu machen.

Die Aufdeckung der Verbringung von Kulturgütern nach Deutschland sowie die anschließende Geltendmachung von Ansprüchen der Vertragsstaaten werden dann erschwert, wenn Objekte durch Handeln der Zollbehörden erfasst werden. Das dann wirksam werdende Steuergeheimnis verhindert die Meldung der Fälle an die Zentralstellen der Länder und damit die Kenntnisnahmemöglichkeit für die Vertragsstaaten.

Die vorgestellte Entscheidung bietet somit Diskussionsstoff für die Beratungen im Rahmen der bald bevorstehenden Evaluierung des Kulturgüterrückgabegesetzes.

Entwicklungsprobleme Mexikos seit der Unabhängigkeit: zwischen Stagnation, Revolution und der Auflösung des postrevolutionären Systems

Das Thema des folgenden Beitrags umfasst die gesamte Zeitspanne von der Unabhängigkeit Mexikos bis in die Gegenwart. Der Aufsatz ist in vier chronologisch-systematische Blöcke untergliedert:

1. von der Unabhängigkeit bis zum Porfiriat;
2. das Porfiriat, somit das letzte Viertel des 19. Jahrhunderts, bis zur Revolution;
3. die lange Phase der "Institutionalisierung" der Revolution bis in die 1970er Jahre;
4. die Auflösung des postrevolutionären Systems bis in die Gegenwart.

1. Das 19. Jahrhundert: Entwicklung der Unterentwicklung

Das 19. Jahrhundert lässt sich für Lateinamerika als eine Periode zwischen "altem" und "neuem" Imperialismus bezeichnen. Denn: Zu Beginn des Jahrhunderts konnte Lateinamerika zwar die spanisch-portugiesische Kolonialherrschaft abschütteln und politisch unabhängig werden; gegen Ende des 19. Jahrhunderts aber war der Subkontinent in eine neue, diesmal primär wirtschaftliche Abhängigkeit geraten (Dos Santos 1972: 243).

Diese Aussage gilt auch und ganz besonders für Mexiko. Wirtschaftshistoriker haben nämlich nachgewiesen, dass der ökonomische Entwicklungsstand Mexikos (Neu-Spaniens) im 18. Jahrhundert dem europäischen näher war als zu jeder anderen Phase seiner Geschichte. Zu Beginn des 18. Jahrhunderts dürfte die Produktivität Neu-Spaniens sogar in etwa der Nordwest-Europas und der britischen Kolonien Nordamerikas vergleichbar gewesen sein. In den 1860er Jahren betrug demgegenüber das Pro-Kopf-Einkommen in Mexiko nurmehr ein Achtel dessen in den USA und Großbritannien. Seit damals ist bis zur Verschuldungskrise der 1980er Jahre die Distanz zwischen Mexiko und den nordatlantischen Wirtschaften im Wesentlichen gleich geblieben. Die wirtschaftliche Rückständigkeit Mexikos ist somit auf die Zeit zwischen den bourbonischen Reformen gegen Ende des 18. Jahrhunderts und dem Ende der liberalen Reformära im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts zurückzuführen. Während die Wirtschaften der entwickelten Länder eine industrielle Revolution erlebten, durchlief die mexikanische eine Phase tiefer Depression (Coatsworth 1978: 80-100).

Wie erklärt sich dieser Rückfall der mexikanischen Wirtschaft? Zu unterscheiden ist zwischen internen und externen Faktoren. Was die *endogenen* Aspekte betrifft, sind sich alle Interpreten darin einig, dass es in der Geschichte Mexikos keine turbulentere Phase als die Jahre gibt, die zwischen dem Ende des Unabhängigkeitskrieges (1821) und der Wiederherstellung der Republik (1867) liegen. Die politische Instabilität jener Jahrzehnte war Ausdruck des Fehlens einer "dominanten Schicht", die sich in der Machtausübung gegen gesellschaftliche Konkurrenten hätte durchsetzen können. Für eine kontinuierliche und konsequent verfolgte Politik war in diesem – von prekärer innerer Instabilität und extremer Fragilität der äußeren Sicherheit bestimmten – System kein Platz. Putsche, Rebellionen, Staats-

streiche, Aufstände, Bürger- und Interventionskriege ließen das Land politisch-militärisch über 50 Jahre lang nicht zur Ruhe kommen.

In den Jahrzehnten nach 1821 verfügte das Land über keine starke Zentralgewalt und keine Führung, die imstande gewesen wäre, die wirtschaftlichen Folgen des Unabhängigkeitskrieges zu überwinden, die Verschuldung bei in- und ausländischen Bankiers zu beenden, einen ausgeglichenen Staatshaushalt durch Einführung eines praktikablen Steuersystems zu erstellen, die regional isolierten Ökonomien durch Verbesserung der Verbindungswege und Kommunikationsmittel zu einem national integrierten Wirtschaftsraum zu verbinden. Die Auseinandersetzungen zwischen (nationalen) *caudillos* und (regionalen) *caciques* blieben bis zur Herrschaft von Porfirio Díaz (1876-1910) ein Charakteristikum der politischen Kultur Mexikos.

Im Hinblick auf *exogene* Aspekte ist zuerst auf die Rückeroberungsabsichten Spaniens zu verweisen, die Mexiko bis in die 1830er Jahre in Atem hielten; sodann darauf, dass Franzosen zweimal mexikanische Häfen blockierten und Teile des Territoriums besetzten, US-Amerikaner einen Eroberungskrieg führten und über die Hälfte des Staatsgebiets annektierten, eine gemeinsame spanisch-britisch-französische Expedition das Land finanziell in die Knie zwingen wollte und schließlich einen unerwünschten Kaiser (Maximilian) hinterließ, dessen Absetzung abermals einen nahezu dreijährigen Krieg kostete. Während des Porfirians schließlich entwickelte sich Mexiko zu einem Land, das in geradezu exemplarischer Weise von ausländischem Kapital abhängig wurde.

Bei der Frage nach den Ursachen der Rückständigkeit Mexikos heben alle Interpreten die Problemlage der mexikanischen Wirtschaft nach 1821 und den deutlichen Kontrast zum wirtschaftlichen Blühen Neu-Spaniens zur Zeit der bourbonischen Reformen hervor. Auf diesen Unterschieden aufbauend hat Jaime E. Rodríguez O. eine Art dichotomisches Strukturmodell entworfen, demzufolge sich die Entwicklung des Landes von der Kolonial- zur Unabhängigkeitszeit als ein "Niedergang von kolonialem Wohlergehen zu republikanischem Desaster" darstellt (Rodríguez O. 1980). Die frappierenden Unterschiede zwischen 1800 und 1850/70 erklärt Rodríguez einerseits mit dem Hinweis auf "natürliche" Hindernisse (Klimazonen, Topographie), andererseits auf die zerstörerischen Konsequenzen der Unabhängigkeitskriege, die das Land in Chaos und die Wirtschaft in Ruinen hinterließen. Die Mexikaner verloren das Vertrauen in die Institutionen ihres Landes und exportierten ihr Kapital, was zu einer massiven Investitionsbaisse führte. Der wohl wichtigste Einzelfaktor zur Erklärung von Mexikos Wirtschaftsdepression war die Zerstörung der Silberbergwerke; auch Gewerbe und Landwirtschaft litten unter Krieg und Unordnung.

Im Gegensatz zu dieser Sicht einer nahezu perfekt funktionierenden Kolonialadministration und -wirtschaft hat John H. Coatsworth die "Grenzen des kolonialen Absolutismus" aufgezeigt (Coatsworth 1982: 25-51). Ihm zufolge waren es nicht primär die Aufständischen nach 1810, die durch Zerstörung der Bergwerke den Niedergang der Edelmetallproduktion herbeiführten; diese steckte vielmehr bereits vor Beginn der Unabhängigkeitsbewegung in einer tiefen Krise. Zwar betont auch Coatsworth die Bedeutung topographischer Verhältnisse als natürliche Hindernisse für wirtschaftliches Wachstum; sein Hauptaugenmerk aber liegt auf jenen (von Rodríguez geleugneten) "vorkapitalistischen" Verhältnissen in der Kolonialzeit, welche die ökonomischen und politischen Übel der Unabhängigkeitsära – als "koloniales Erbe" – wesentlich mitbedingten.

Auch viele andere Autoren haben sich mit der Frage des Rückfalls der mexikanischen Wirtschaft im 19. Jahrhundert beschäftigt; in der Literatur sind im Wesentlichen drei Erklärungsansätze zu finden: Zum einen die politische Instabilität des Landes, zum anderen die archaische Agrarstruktur, schließlich die negative Rolle der Kirche als Wirtschaftsinstitution. Alle drei Faktoren lassen sich allerdings unter Rückgriff auf neuere Forschungen relativieren:

Die politische Instabilität hatte zwar verheerende Auswirkungen, wichtiger aber waren die direkten ökonomischen Folgen des Unabhängigkeitskrieges, vor allem die anhaltende Depression im Bergbausektor. Neuere Studien über die *hacienda* haben deutlich gemacht, dass es sich bei dieser Form des Großgrundbesitzes nicht generell um schlecht organisierte und ineffiziente Unternehmen handelte. Die Konzentration des Landeigentums führte nicht stets, wie lange behauptet, zu Verschwendung und schlechter Ressourcenverteilung, wie die Geschwindigkeit und Flexibilität deutlich machen, mit der sie sich der Wirtschaftsexpansion im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts – nach der Einführung der Eisenbahnen – anpasste. Die Kirche schließlich war als ökonomische Institution kein ernsthaftes Wachstums Hindernis. Weder der Zehnte noch das System der Hypothekendarlehen oder der korporative Besitz wirkten sich besonders belastend oder ineffizient aus. Im Kreditbereich agierte die Kirche vielmehr wie eine moderne Entwicklungsbank.

Die eigentlichen Entwicklungshindernisse dürften in der Wirtschaftsorganisation und den Transportschwierigkeiten gelegen haben. Die Politik der Kolonialregierung behinderte die Entwicklung des Handelsbereichs; zu Beginn des 19. Jahrhunderts erschwerten zahlreiche Strukturen und Institutionen die wirtschaftliche Modernisierung. Die Unabhängigkeit erfolgte quasi als konservativer Staatsstreich, hinter dem die kreolische Elite und die Kirche standen; beide widersetzten sich hartnäckig den erforderlichen institutionellen Veränderungen. Die wirtschaftlichen Kosten der Unabhängigkeitskriege, der Widerstand der Oligarchie und ausländische Investitionen verzögerten in ihrem Zusammenwirken den erforderlichen Wandel während der ersten zwei Drittel des 19. Jahrhunderts. Die naturräumlichen Hindernisse (Transportprobleme wegen ungünstiger Topographie, Fehlen großer schiffbarer Flüsse) verhinderten außerdem die Errichtung eines einheitlichen Binnenmarktes.¹

Von den wichtigsten novohispanischen Produktionszweigen – Landwirtschaft, Viehzucht, Bergbau, Industrie – hatten durch die Unabhängigkeitskriege die beiden Letzteren am meisten gelitten. Die Bergwerke befanden sich 1821 in einem katastrophalen Zustand: Die Arbeitskräfte waren verschwunden, das (spanische) Kapital großteils abgezogen worden, die meisten Bergwerke waren überschwemmt. Ihre Wiederinbetriebnahme erforderte außerordentlich hohe Investitionen, deren Risiken unkalkulierbar waren (Hamnett 1980: 1-27).

Zur Re-Aktivierung des Bergbaus versuchte die mexikanische Regierung, ausländische Investitionen zu erlangen. Vor allem britische Investoren und Händler sollten den enormen Finanzbedarf decken. Londoner Banken gewährten 1824 der mexikanischen Regierung einen Kredit über 32 Mio. Pesos, Briten investierten 1823-1827 zur Ankurbelung der Silberproduktion etwa 12 Mio. Pesos in Bergbaubetriebe. 1827 geriet die mexikanische Regierung, die zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit eine Staatsschuld von 70 Mio. Pesos übernommen hatte, bereits in Rückzahlungsschwierigkeiten und das britische Engagement im Minensektor er-

1 Vgl. hierzu die einzelnen Aufsätze in Bernecker/Tobler (1993).

brachte nicht einmal mittelfristig die erhofften Gewinne. Mexikanische Regierungsanleihen waren in der Folge in Europa kaum unterzubringen und neue Direktinvestitionen von Auslandskapital blieben bis 1850 selten. Der damit zusammenhängende Kapitalmangel behinderte einerseits die Wirtschaftsentwicklung, verlangsamte andererseits aber auch die Integration in die Weltwirtschaft.

Die Öffnung zum Weltmarkt gehörte allerdings zu den wichtigsten Bestrebungen der liberalen Politiker, wurde Handelsfreiheit doch mit dem Sieg aufklärerischer Ideen und politischer Freiheit gleichgesetzt. In voller Übereinstimmung mit dem optimistischen Hochgefühl der soeben errungenen Unabhängigkeit – und das bedeutete auch: der Überwindung lange bekämpfter Hemmnisse auf wirtschaftspolitischem Sektor – sprach sich 1821 die Mehrheit der mexikanischen „Wirtschaftstheoretiker“ gegen ein protektionistisches Handelssystem aus. Die Ideologie des Unabhängigkeitskampfes forderte Handelsfreiheit und Freihandel. Die Liberalen plädierten für das freie Spiel der Marktkräfte und der Wirtschaftskonkurrenz, die nicht durch restriktive Wirtschaftsgesetze behindert werden dürfe. Die Funktion des Staates sollte sich auf Außenverteidigung, Bildungsförderung und Garantierung der inneren Sicherheit beschränken. Sehr schnell jedoch stellte sich heraus, dass Mexiko schon aus fiskalischen Gründen nicht auf Zölle verzichten konnte, denn Außenhandelszölle entwickelten sich zur wichtigsten Einnahmequelle für den mexikanischen Fiskus. Außerdem wurde der mexikanische Markt mit billigen europäischen Waren überschwemmt; die drastische Verschlechterung eigener Produktions- und Absatzmöglichkeiten deuteten viele Mexikaner als einen kalkulierten Versuch, ihr Land von der entwickelteren Industrie der Nordatlantikstaaten abhängig zu machen und auf die Rolle eines Rohstofflieferanten zu reduzieren. Ab den 1830er Jahren kamen noch industrieprotektionistische Überlegungen hinzu. Schließlich musste der Staat schon deshalb Zölle erheben, weil die Staatseinnahmen aus Außenhandelszöllen die einzige Sicherheit waren, die bei Auslandsanleihen geboten werden konnte. Auf der Seite der Protektionisten standen schließlich die Fabrikanten, die Handwerker, die Baumwollanbauer, auf der freihändlerischen Seite die Zwischenhändler, Kaufleute und liberale Intellektuelle (Bernecker 1988a).

Hinsichtlich der unmittelbaren Konsequenzen der Überflutung des mexikanischen Marktes mit europäischen Textilien hat vor Jahren schon eine Kontroverse zwischen Anhängern und Gegnern der Dependenztheorien stattgefunden. Die meisten *dependentistas* behaupten, dass billige europäische Importe die nicht konkurrenzfähigen lokalen Manufaktur- und Handwerksbetriebe Mexikos zerstörten und Handwerker der Arbeitslosigkeit preisgaben. Demgegenüber haben andere Autoren die Faktoren hervorgehoben, die einer Expansion des Importhandels entgegenstanden, etwa die Enge des Marktes, die geringe Kaufkraft der Bevölkerung und die ungünstigen Transportbedingungen. In den ersten Jahren der Unabhängigkeit kam auch – sicherlich mit beeinflusst durch die massiven Importe – die Krise des Handwerkerstandes voll zum Tragen. Das Zusammenfallen von Krisensymptomen und nationaler Unabhängigkeit führte zu der in Handwerkerkreisen weit verbreiteten Überzeugung, die Wirtschafts- und Zollpolitik der Republik sei an ihrer Misere schuld.

Zu den bedeutendsten Maßnahmen, das Land von ausländischen Importen unabhängig zu machen, gehören die 1829 begonnenen Industrialisierungsversuche. Da Unternehmer nicht risikofreudig genug waren und sich mit Investitionen zurückhielten, gründete der konservative Politiker Lucas Alamán 1830 eine Industrie-

förderungsbank (Banco de Avío), deren Grundkapital aus den Importzöllen gespeist werden sollte. In den zwölf Jahren ihres Bestehens gewährte die Bank über eine Million Pesos an Darlehen, die zur Schaffung einer modernen Baumwolltextilindustrie verwendet wurden. Zwischen 1830 und 1850 expandierte die mexikanische Textilindustrie, die zur Führungsindustrie Mexikos wurde, weit über die Bemühungen der Entwicklungsbank hinaus. Mitte der 1850er Jahre scheint jedoch der Höhepunkt der Industrie-Expansion schon erreicht worden zu sein, von da an verlor für den Rest des Jahrhunderts der "moderne" Sektor an relativer Bedeutung; Investitionen in den Bereichen Bergbau und kommerzielle Landwirtschaft wurden zusehends wichtiger (Colón Reyes 1982; Potash 1959).

Die neuere Forschung hat darauf verwiesen, dass bis zum Porfiriat Außenhandelswachstum und industrielle Entwicklung umgekehrt proportional waren. Zwischen 1800 und 1845 nahm die Industrieproduktion von rund 54 auf 41 Millionen Pesos ab (Baumwolltextilien bildeten eine Ausnahme), in den 1820er und 1830er Jahren aber wuchs der Außenhandel. Zwischen 1845 und 1860 fiel der Außenhandel, während die Industrieproduktion in diesem Zeitraum von 41 auf 70 Millionen Pesos anstieg. Die Jahre zwischen 1860 und 1877 erlebten erneut eine auf 49 Millionen Pesos rückläufige Industrieproduktion; in diesem Zeitraum stieg das Importvolumen, vor allem infolge der Auslandsdarlehen, wieder an. Für den Zusammenhang zwischen Außenwirtschaft und Entwicklungsprozess des Landes lässt sich somit formulieren: Förderte eine Regierung den Außenwirtschaftsbereich, dann trug sie zugleich zu einer Verlangsamung des Entwicklungsprozesses der einheimischen Industrie bei; förderte sie hingegen die Industrieproduktion, dann bestand – wegen ihrer strukturellen Abhängigkeit von den Außenhandelszöllen – die Gefahr, dass sie aufgrund sofort auftauchender finanzieller Probleme gestürzt wurde.²

Trotz der erbitterten Auseinandersetzungen zwischen Liberalen und Konservativen um den richtigen Kurs der Wirtschaftspolitik war jahrzehntelang keines der miteinander konkurrierenden Programme in der Lage, wirtschaftliches Wachstum zu generieren. Beide Lager können insofern als "nationalistisch" bezeichnet werden, als es ihnen übereinstimmend um das Ziel ging, ein ökonomisches Fundament für den unabhängigen Staat zu legen. Allerdings überschätzten beide Seiten die ihren Konzepten innewohnenden Kapazitäten; die Fehleinschätzungen gingen auf eine Unterschätzung von längerfristig-strukturellen Wirtschaftstrends zurück, die die ökonomische Entwicklung der Unabhängigkeitsära wesentlich mitbedingen: Der wichtigste dieser Trends war die Wirtschaftsdepression der postkolonialen Epoche, die sowohl die Durchsetzung eines handelsliberalen Systems als auch die Industrialisierung des Landes verhinderte, da beide ökonomische Optionen einen großen und expandierenden Markt, steigende Kaufkraft und zunehmende Käufer-schichten voraussetzten – Bedingungen, die in Mexiko nicht gegeben waren. Das zweite Strukturproblem waren die chronischen Bürgerkriege, soziale Unruhen und politische Aufstandsbewegungen, die häufig direkt oder indirekt mit dem Außen-sektor zusammenhingen.

Das vor allem von Dependenztheoretikern vorgebrachte Ausbeutungsargument, demzufolge die "Metropole" sich von ihren "Satelliten" den Mehrwert angeeignet und ihn für die eigene Entwicklung genutzt habe, ist von vielen Ökonomen zu-

2 Zu den Außenhandelsproblemen und der Debatte über die Rolle des Außenhandels bei der (Unter-)Entwicklung Mexikos vgl. O'Brien (1977: 41), Cockcroft/Gunder Frank/Johnson (1972: 7) sowie Stein/Stein (1970: 135).

rückgewiesen worden, die betonen, dass sich in den ersten Jahrzehnten nach der Unabhängigkeit die *terms of trade* stark zugunsten der Länder Lateinamerikas verbesserten. Hierzu muss allerdings einschränkend bemerkt werden, dass sich für die mexikanischen Hauptausfuhrprodukte Cochenille, Farbholz und Vanille – sieht man von Silber ab – die Austauschrelationen nicht verbesserten, da in den drei Jahrzehnten zwischen 1826 und 1856 die Preise für diese Produkte stark zurückgingen und Mexiko 40% weniger erlöste. Der wichtigste positive Effekt, der vom internationalen Handel auf Mexiko ausging, lag in der Förderung der Silberproduktion als Hauptbestandteil des mexikanischen Exports.³

Während Dependenztheoretiker einseitig darauf verweisen, dass der industrielle Vorsprung der Nordatlantika und der "Freihandelsimperialismus" des 19. Jahrhunderts den wirtschaftlich rückständigen lateinamerikanischen Staaten keine binnenorientierte Entwicklungschance einräumten, zeitigt die Diskussion der mexikanischen Frühindustrialisierungsproblematik zumindest ein Ergebnis, das die popularisierte Vorstellung von der exogen induzierten "Entwicklung der Unterentwicklung" revidiert: So dürfte deutlich geworden sein, dass neben den (zweifelloso vorhandenen) exogenen Faktoren, die über die Alternative Handel oder Industrie bzw. Außen- oder Binnenmarktorientierung entschieden, nicht minder wichtige endogene Faktoren zu berücksichtigen sind. Erst die Kombination dieser exogenen und endogenen Faktoren vermag in einem komplexen Kausalmodell eine Erklärung für die anhaltende Außenorientierung des Landes zu liefern. Zum anderen muss darauf hingewiesen werden, dass die ausschließliche, dichotomisch bestimmte Betrachtung von Metropole und Peripherie in den Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen lateinamerikanischen und nordatlantischen Ländern eine erhebliche Verkürzung des Problemzusammenhangs darstellt. Sie unterschlägt die Rolle der ansässigen Händler, berücksichtigt das komplexe Industrialisierungsphänomen zu wenig und geht kaum auf die Rolle der lokalen Bourgeoisien ein. Erst die Einbeziehung all dieser Faktoren vermag eine differenzierte Antwort auf die Frage zu ermöglichen, weshalb es im Mexiko des 19. Jahrhunderts zu keiner durchgreifenden Industrialisierung kam (Bernecker 1988b: 61-102).

2. Das Porfiriat: zu den Voraussetzungen der Revolution

Auf das erste halbe Jahrhundert politischer Instabilität und ökonomischer Turbulenzen folgten seit 1876 mit dem Porfiriat 35 Jahre politischer Stabilität und makroökonomischen Wachstums. Welchen Stellenwert nimmt das Porfiriat in der neueren Geschichte Mexikos ein? Zuerst einige Grundcharakteristika dieses Regimes:

Ein bestimmendes Charakteristikum des Porfiriats war zweifellos die rasch zunehmende Zentralisierung der politischen Macht, die nach den Wirren der Jahrzehnte nach der *Independencia* erstmals zur Bildung einer starken nationalen Exekutive und eines Staatsapparates führte, der zunehmend auch die peripheren Gebiete des Landes durchdrang. Obwohl auch der porfiristische Staat formal der liberalen Verfassung von 1857 verpflichtet blieb, verlor er in der Praxis rasch seinen repräsentativ-föderalistischen Charakter. Legislative und Judikative wurden zunehmend der Gewalt der Exekutive unterworfen, der bundesstaatliche Charakter wurde immer mehr durch zentralistische Tendenzen unterlaufen, das nationale

3 Vgl. Louis (1976); dieser Band enthält sowohl wichtige Schriften von Robinson und Gallagher selbst als auch eine große Anzahl kritischer Reaktionen auf die Theorie des Freihandelsimperialismus (bis Mitte der 1970er Jahre). Vgl. auch Gallagher/Robinson (1970: 183-200).

Regierungssystem autokratisch auf die Person von Porfirio Díaz ausgerichtet. Dieser politische Zentralisierungsprozess führte zugleich zu einer ausgeprägt oligarchischen Machtverteilung.

Die Zentralisierung der politischen Macht äußerte sich auch in einer immer stärkeren Einschränkung der Gemeindeautonomie; zuvor gewählte Lokalbehörden wurden zunehmend durch die *jefes políticos* ernannt. Dieser Vorgang hatte für viele selbstständige Klein- und Mittelbauern fatale Folgen, da die neuen Gemeindebehörden nun kaum mehr Widerstand gegen die Enteignungspolitik der Oligarchie leisteten.

Das porfiristische Herrschaftssystem nahm immer mehr autokratische Züge an; *de facto* verfügte Díaz über diktatorische Vollmachten. Abgestützt wurde seine Autorität auch von einem zunehmenden Personenkult, der Díaz zur unverzichtbaren Figur für die Aufrechterhaltung des politischen Friedens in einem System machte, das ein halbes Jahrhundert durch Instabilität gekennzeichnet gewesen war. Letztlich erkannten alle politischen Gruppierungen die oberste Schiedsrichterrolle des Präsidenten an. Díaz' persönliche Machtstellung beruhte also nicht zuletzt auf seiner geschickten Politik des "divide et impera". Andererseits war der personalistische Charakter der porfiristischen Herrschaft vor allem auf das Fehlen von politischen Institutionen – wie etwa eigenständiger Parteien und Verbänden – zurückzuführen, nachdem politische Parteien im modernen Sinne bis nach der Jahrhundertwende keine Rolle spielten. Ohnehin hatten die von der Exekutive manipulierten Wahlen nur mehr akklamatorischen Charakter (Tobler 1992).

Ein wichtiger Grund für die ausgebliebene politische Institutionalisierung lag in der besonderen politischen Stellung der wirtschaftlich mächtigsten Gruppe, nämlich der ausländischen Investoren. Die Tatsache, dass die führende Fraktion der Machtelite ausländischer Herkunft war und dass sie deshalb ihre Entscheidungszentren außerhalb des Landes hatte, machte die Existenz politischer Parteien und eines funktionierenden Kongresses überflüssig. Deshalb wirkte sich ihr Druck auch nicht zugunsten eines parlamentarischen Regimes, sondern vielmehr in Richtung auf die Diktatur der Exekutive aus.

Seit den späten 1880er Jahren machte sich auf allen Ebenen des politischen Lebens das Phänomen der Machtperpetuierung bemerkbar. Der Grad der Versteinierung des politischen Systems am Vorabend der Revolution wird deutlich, wenn man die Perioden ununterbrochener Regierungstätigkeit betrachtet. 1910 hatte Porfirio Díaz eine ununterbrochene Regierungszeit von 26 Jahren hinter sich, ebenso Außenminister Mariscal, Kriegsminister González Cosío von 19 Jahren, Finanzminister Limantour von 17 Jahren. In Chihuahua hatte der Terrazas-Clan die Macht seit Jahrzehnten monopolisiert, in Querétaro Francisco Cosío seit 26 Jahren. Hinzu kam die zunehmende Vergreisung der meisten führenden Persönlichkeiten. Francisco Bulnes, selbst ein prominentes Mitglied der *científicos*, meinte sarkastisch:

In der Deputiertenkammer gab es Achtzig- und Neunzigjährige, und die Mehrheit war über sechzig. Der Senat war eine Gesellschaft von Mumien in permanent komatösem Zustand. In der Armee waren die Befehlshaber unfähige Greise.

Diese Oligarchisierung des porfiristischen Regierungssystems, von ihren Kritikern auch als Politik des *carro completo* attackiert, erzeugte gegen Ende des Porfiriats eine zunehmende politische Konfliktrichtigkeit, deren Brisanz vor allem von den verbauten gesellschaftlich-wirtschaftlichen Aufstiegsmöglichkeiten für Angehörige der mexikanischen Mittelschicht herrührte.

Vor dem Hintergrund des stagnierenden Mexiko im ersten halben Jahrhundert nach Erlangen der Unabhängigkeit war das charakteristische Merkmal der porfiristischen Wirtschaft ihr stetiges, verhältnismäßig starkes Wachstum. Es betrug während des gesamten Porfiriats durchschnittlich 2,7% pro Jahr bei einem Bevölkerungswachstum von durchschnittlich 1,4%. Diese Aggregatzahlen sagen allerdings wenig über das besonders rasche Wachstum der zentralen Sektoren der Rohstoffproduktion und -ausfuhr. Während nämlich im Porfiriat das durchschnittliche Jahreswachstum des Sozialproduktes bei 2,1% lag, belief sich das Wachstum des Bergwerksektors auf 7,3% und das der landwirtschaftlichen Exporte auf 6,1% pro Jahr. Die verschiedenen Wirtschaftssektoren entwickelten sich somit sehr ungleichmäßig. Während ein großer Teil der für den Binnenmarkt produzierenden Getreidelandwirtschaft stagnierte oder in der Produktion sogar zurückfiel, wiesen die modernen – d.h. auf Export ausgerichteten – Sektoren ein überaus dynamisches Wachstum auf.

Dieses Wachstumsmuster hing aufs Engste mit den ausländischen Kapitalinvestitionen zusammen. Der wichtigste Investitionssektor für das Auslandskapital war der Eisenbahnbau. Bei der Machtübernahme durch Porfirio Díaz hatte Mexiko über ein Eisenbahnnetz von knapp 700 km Länge verfügt, im Jahr 1910 war das Eisenbahnnetz auf beinahe 20.000 km angewachsen. Obwohl Mexiko eines der wenigen lateinamerikanischen Länder war, in dem der Eisenbahnbau schließlich die wichtigsten Landesregionen miteinander verband, war das Eisenbahnnetz vorwiegend auf den Exportsektor und nur am Rande auf den Inlandsmarkt ausgerichtet. Der nach außen gerichtete Charakter der mexikanischen Eisenbahnen äußerte sich in der kapitalmäßigen Beherrschung durch ausländische Eisenbahngesellschaften, im massiven Abfluss von Zinsen und Dividenden ins Ausland sowie im fehlenden Impuls für eine eigenständige Industrialisierung des Landes.

Mit dem nach Mexiko einströmenden Auslandskapital und dem parallel dazu verlaufenden Eisenbahnbau waren die Grundlagen für ein wirtschaftliches "Wachstum nach außen" geschaffen worden. Im Porfiriat stiegen die mexikanischen Exporte um das Sechsfache an, während sich die Importe um mehr als das Dreifache erhöhten. Auch die Zusammensetzung der ein- und ausgeführten Güter änderte sich. Allmählich stieg der Anteil von Kapitalgütern, Rohstoffen und Halbfabrikaten an den mexikanischen Importen stark an, während sich die Exporte deutlich diversifizierten und schließlich neben dem Edelmetall auch Kupfer, Blei, Erdöl sowie landwirtschaftliche Rohstoffe wie Sisal und Gummi umfassten. Diese Veränderungen waren Ausfluss des starken Aufschwungs der modernen mexikanischen Bergwerkswirtschaft, die fast ausschließlich von ausländischen Unternehmen kontrolliert wurde.

Während des Porfiriats erhielt die mexikanische Wirtschaft somit unbestreitbar starke Wachstumsimpulse, aber gleichzeitig war diese fast ganz auf den Export ausgerichtete wirtschaftliche Entwicklung in höchstem Maße ungleichgewichtig und extern kontrolliert. Ausländisches Kapital übte in sämtlichen strategischen Sektoren wie den Eisenbahnen, dem Bergwerkssektor, der Erdölförderung, dem Bankwesen, der Elektrizitätswirtschaft und der verarbeitenden Industrie eine beherrschende Rolle aus.

Der ungleichgewichtige Charakter des mexikanischen Wirtschaftswachstums prägte auch die landwirtschaftliche Entwicklung während des Porfiriats und führte zu einem ausgesprochenen Dualismus zwischen dynamisch marktorientierten und weitgehend stagnierenden landwirtschaftlichen Sektoren. Während nämlich agrari-

sche Exportprodukte wie Sisal, Gummi, Kaffee oder Vieh sowie die vornehmlich auf den Binnenmarkt ausgerichtete Zucker- und Baumwollproduktion einen starken Auftrieb erlebten, blieb vor allem die traditionelle Getreidelandwirtschaft zurück und vermochte es immer weniger, den durch die Bevölkerungszunahme gestiegenen Bedarf an Grundnahrungsmitteln zu decken. Die Stagnation der Getreideproduktion hing zum einen mit der wenig dynamischen Nachfrageentwicklung des Binnenmarktes zusammen, war andererseits das Ergebnis einer außerordentlich niedrigen Produktivität. Eine Modernisierung sprich Mechanisierung der Getreidehaciendas erschien den Getreideproduzenten aus Kostengründen wenig attraktiv. Die Hektarerträge der mexikanischen Landwirtschaft gehörten zu den niedrigsten der Welt.

Charakteristisch für die sozialen Veränderungen im Agrarbereich war die zunehmende Konzentration des Grundeigentums durch die territoriale Ausdehnung der Haciendas in das Land unabhängiger Dorfgemeinschaften und Kleinbesitzer und die dadurch bewirkte zwangsweise Degradierung der enteigneten Kleinbauern zu *peones* – also zu Landarbeitern – auf den Haciendas bzw. ihre Marginalisierung zu Halbpächtern, Tagelöhnern oder Wanderarbeitern.

Die wichtigsten Ursachen der mexikanischen Revolution, die 1910 ausbrach, lagen schließlich in zwei Krisenherden des autoritären Regimes unter General Porfirio Díaz (1876-1911): in den Veränderungen des politischen Systems einerseits, im Wandel der Agrarwirtschaft und seinen gesellschaftlichen Auswirkungen andererseits. Das politische System Mexikos wurde im Laufe der Herrschaftszeit von Porfirio Díaz immer mehr von einer kleinen, exklusiven Elite beherrscht, die alle wichtigen politischen Ämter monopolisierte und ambitionierten Angehörigen der Mittelschicht eine Beteiligung an der Macht und damit die sicherste Route zum sozialen Aufstieg verwehrte. Hinzu kam, dass der Zentralstaat seine Befugnisse auf Kosten lokaler und regionaler Autonomiespielräume immer mehr ausdehnte. Das rief insbesondere im Norden Mexikos – quer durch alle sozialen Schichten – eine zunehmende Unzufriedenheit mit dem wachsenden Herrschaftsanspruch der fernen Hauptstadt hervor.

Der zweite zentrale Krisenherd ergab sich aus der Entwicklung des Agrarsektors. Im Gleichschritt mit dem wirtschaftlichen Wachstum und der Modernisierung der Infrastruktur Mexikos seit dem späten 19. Jahrhundert wurden auch Teile der Landwirtschaft verstärkt kommerzialisiert und mechanisiert. Die politisch und gesellschaftlich mächtigen Großgrundbesitzer dehnten ihre Güter angesichts verbesserter Marktchancen aus, wodurch viele Kleinbauern ihren angestammten Grund und Boden verloren. Pächter wurden auf den Status von Halbpächtern herabgedrückt; es setzte ein allgemeiner Marginalisierungs- und Proletarisierungsprozess auf dem Lande ein. Er zeitigte überall dort brisante gesellschaftliche Konsequenzen, wo die Modernisierung und Kommerzialisierung der Landwirtschaft auf eine dichte, traditionsbewusste und in selbstständigen Dörfern lebende Kleinbauernschaft traf. Dies war zum Beispiel im Zuckeranbaugebiet von Morelos, unweit der Hauptstadt, besonders ausgeprägt der Fall; dieses Gebiet sollte nach 1910 zur Wiege der wichtigsten bauernrevolutionären Bewegung unter der Führung von Emiliano Zapata werden (Womack 1969).

Politischer Veränderungswille und bäuerlich-agrarische Reformziele waren denn auch die wichtigsten Motive jener Bevölkerungsgruppen, die sich Ende 1910 gegen die Herrschaft des inzwischen greisen Díaz erhoben und während der folgenden zehn Jahre die verschiedenen Revolutionsbewegungen prägten. Im Einzel-

nen war der Verlauf der Revolution sehr kompliziert – nicht nur weil diese bis 1920 in rascher Abfolge ihren Charakter veränderte, sondern auch wegen ihrer ausgeprägten regionalen, sozialen und politischen Heterogenität. Das ließ die Ausbildung eines einheitlichen, verbindlichen Revolutionsprogramms nicht zu und führte zu rasch wechselnden Frontstellungen und politischen Koalitionen.

3. Revolution und institutionalisiertes Revolutionssystem

Die Revolution von 1910-1920 blieb keine Episode in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts, sondern hat die Entwicklung Mexikos bis gegen Ende des 20. Jahrhunderts nachhaltig beeinflusst. Wenn damit einerseits die Wirkungskraft der mexikanischen Revolution bis weit über die Mitte des 20. Jahrhunderts unterstrichen wird, so zeichnen sich andererseits, aus der Perspektive des beginnenden 21. Jahrhunderts, auch deren Grenzen deutlich ab. Seit den 1980er Jahren wurden jene Legate der Revolution, die bis dahin überlebt hatten, immer mehr abgebaut, sodass sich nicht übersehen lässt, dass mit dem Ende des 20. Jahrhunderts – symbolisiert in den Präsidentschaftswahlen des Jahres 2000 – auch in Mexiko die nachhaltig durch die Revolution geprägte Periode an ihr Ende gelangte.

Wie in anderen Ländern, deren Entwicklung im 20. Jahrhundert ebenfalls durch langfristig nachwirkende Revolutionen des frühen 20. Jahrhunderts geprägt wurde, insbesondere etwa in Russland und China, lässt sich heute auch für Mexiko der Stellenwert der Revolution für die säkulare Entwicklung präziser erfassen. Anders als in den beiden eben erwähnten Ländern, deren Revolutionen eine kommunistische Staats- und Gesellschaftsordnung hervorgebracht haben, blieben in Mexiko Herrschaftsanspruch und Herrschaftspraxis des aus der Revolution hervorgegangenen politischen und gesellschaftlichen Systems allerdings deutlich begrenzter. Der neue Staat konnte hier kein absolutes Machtmonopol errichten und zumindest formal bestand ein Mehrparteiensystem. Die Kontrolle des Staates über die Wirtschaft blieb selbst in der Hochzeit des PRI-Regimes auf bestimmte Sektoren beschränkt und ein ideologischer Disziplinierungsanspruch etwa blieb der mexikanischen Revolution stets fremd.

Auch in seiner End- und Auflösungsphase unterschied sich das postrevolutionäre System Mexikos von den entsprechenden Entwicklungen in Russland und China. Weder kam es hier zu einem relativ abrupten Systemzusammenbruch wie in der Sowjetunion noch gelang es dem PRI (*Partido Revolucionario Institucional*), sein Machtmonopol als “Staatspartei” aufrechtzuerhalten. Vielmehr charakterisierte ein schleichender Erosionsprozess des PRI-Regimes die Entwicklung in den 1980er und 1990er Jahren, die am Ende des Jahrhunderts auch das letzte postrevolutionäre Bollwerk, die vom PRI kontrollierte Präsidentschaft, zu Fall brachte.⁴

Wie andere Revolutionen des 20. Jahrhunderts ist auch die mexikanische ein überaus komplexes historisches Phänomen. Bis heute wird die Frage nach ihrem Grundcharakter kontrovers diskutiert. Handelt es sich primär um eine Bauernerhebung und eine Agrarrevolution? War sie eine politische Protestbewegung unzufriedener Mittelschichten? Oder war sie gar die erste “nationale Befreiungsrevolution” der “Dritten Welt”?⁵

4 Zur politischen Entwicklung im 20. Jahrhundert vgl. Mols (1981).

5 Zur Interpretation als Agrarrevolution vgl. Knight (1986); als “nationale Befreiungsrevolution” gedeutet von Hart (1987).

Zwischen den Jahren 1910 und 1920 lassen sich in der mexikanischen Revolution vier Phasen unterscheiden. Phase eins betrifft die ersten beiden Jahre der Revolution, 1910-1912. Der Aufstand der Maderisten, die unter den politischen Reformforderungen „¡sufragio efectivo – no reelección!“ (Effektives Wahlrecht, keine Wiederwahl) angetreten waren, konnte sich im Winter und Frühjahr 1910/11 unerwartet rasch gegen die zunehmend desorganisierte Armee des mittlerweile 80-jährigen Díaz durchsetzen. Der Hauptschwerpunkt der Kämpfe lag im nördlichen Chihuahua (Bewegungen unter Francisco „Pancho“ Villa und Pascual Orozco), während sich im südlichen Morelos die Bauern unter Emiliano Zapata erhoben. Nach dem erzwungenen Rücktritt von Díaz wurde Madero schließlich zum Präsidenten gewählt. Die neue – demokratisch ausgerichtete – Regierung, die sich vornehmlich aus Repräsentanten der sozialen Oberschicht zusammensetzte und eine sehr zurückhaltende Politik gesellschaftlicher und politischer Reformen betrieb, kam allerdings rasch von zwei Seiten her unter Druck: einerseits von ihren ehemaligen Anhängern, die unzufrieden waren mit dem langsamen Tempo politischer und gesellschaftlicher Veränderungen, andererseits von den Exponenten des gestürzten Díaz-Regimes, die – wie etwa General Victoriano Huerta – auch unter Madero nach wie vor die reguläre Armee kontrollierten. Im Februar 1913 nutzte Huerta – unterstützt durch den nordamerikanischen Botschafter Henry Lane Wilson – die innenpolitische Schwäche Maderos, um diesen in einem blutigen Putsch zu stürzen und – gestützt auf die alten porfiristischen Kräfte – eine neoporfiristische Restauration einzuleiten, die 1913/14 die zweite und entscheidende Phase des mexikanischen Revolutionskrieges auslöste. Erst jetzt kam es zur vollen Ausgestaltung der mexikanischen Revolutionsbewegung.

Obwohl neuere Studien eine große typologische und geographische Vielfalt lokaler und regionaler Bewegungen in der mexikanischen Revolution nachgewiesen haben, kann man vereinfachend dennoch von einem Dualismus zweier regional unterschiedlicher Revolutionsbewegungen sprechen: die *Revolution des Nordens* und die *Revolution des Südens*. Zusammengehalten wurden die nördliche und die südliche Revolution lediglich durch den gemeinsamen Kampf gegen das Huerta-Regime.

Anfang 1915 kam es zu einem neuen Bürgerkrieg, diesmal zwischen den Bewegungen von Villa und Zapata: den „Konventionisten“ einerseits und den unter Führung Carranzas und Obregóns stehenden „Konstitutionalisten“ andererseits. In diesem Bürgerkrieg, dem sowohl tief greifende gesellschaftliche Gegensätze – etwa zwischen den Zapatisten und den von Carranza angeführten konservativeren Gruppen der nördlichen Revolution – als auch Machtrivalitäten zwischen Villa und Carranza zugrunde lagen, setzte sich militärisch der Flügel um Carranza und Obregón durch, der 1917 auch eine neue Verfassung erließ.⁶

Drei Bereiche prägten hauptsächlich das maßgeblich von Anhängern Obregóns bestimmte Profil dieser neuen Verfassung: Im Artikel 123 wurde ein neues Arbeitsrecht verankert, das den 8-Stunden-Tag einführte, einen Minimallohn festlegte und die Schuldknechtschaft aufhob. Die Artikel 3 und 130 brachten die heftigen antiklerikalen Stimmungen innerhalb der Verfassung zum Ausdruck: sie beschnitten drastisch den Einfluss der Kirche auf das öffentliche Leben, insbesondere im Bereich des Schulunterrichts. Artikel 27 schließlich hatte eine doppelte Stoßrichtung: Einerseits setzte er eine Reduktion des Großgrundbesitzes zugunsten der

6 Zu den Bürgerkriegskämpfen vgl., unter besonderer Berücksichtigung von Pancho Villa, Katz (1998).

genossenschaftlichen *ejidos* und des individuellen Kleinbesitzes durch, andererseits erklärte er die Bodenschätze zu unmittelbarem Staatseigentum. Dabei beließ er zwar die bisherigen Eigentümer als Konzessionäre, unterwarf sie damit aber der Oberkontrolle des Staates. Dies hatte vor allem im Erdölsektor große Bedeutung, wo ja die nordamerikanischen und britischen Ölgesellschaften eine dominierende Stellung innehatten. In der Tat sollte die Erdölkontroverse zum gravierendsten außenpolitischen Problem Mexikos, insbesondere in den Beziehungen zu den USA, zwischen 1917 und der Nationalisierung der ausländischen Ölunternehmen im Jahre 1938 werden (Meyer 1968).

Während zwischen 1910 und 1920 die politische Herrschaft der alten Oligarchie endgültig beseitigt und durch jene einer neuen revolutionären Führungsschicht ersetzt worden war, kennzeichnete die zwei Jahrzehnte zwischen 1920 und 1940 ein tiefer reichender, institutioneller Wandel des Staates und bestimmter Sektoren von Wirtschaft und Gesellschaft. In dieser Periode wurde das Fundament für jenes postrevolutionäre Mexiko gelegt, das sich durch eine bemerkenswerte politische Stabilität und ein gleichzeitiges hohes Wirtschaftswachstum, das *milagro mexicano*, auszeichnete. Diese Periode zerfällt allerdings in zwei deutlich unterschiedliche Phasen. Die Jahre zwischen 1920 und 1935 standen im Zeichen der "sonorensischen Hegemonie", d.h. sie waren geprägt durch eine neue nationale Elite, deren Hauptexponenten aus dem nordwestlichen Grenzstaat Sonora stammten. Der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre vermochte dagegen der damalige Präsident Lázaro Cárdenas aus dem zentralmexikanischen Staat Michoacán seinen Stempel aufzudrücken. Während die Sonorensen ihre Hauptanstrengung auf die politische und gesellschaftliche Stabilisierung des Landes nach dem zehnjährigen Bürgerkrieg und insbesondere auf den Aufbau des neuen Staates richteten, dabei allerdings den gesellschaftlichen Reformen zunehmend geringere Priorität einräumten, stand die Präsidentschaft von Lázaro Cárdenas ganz im Zeichen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Veränderungen. Sie nahm frühe Postulate der mexikanischen Revolution wieder auf und verlieh ihr so überhaupt erst den Charakter einer auch sozialen Revolution (Aguilar Camín 1977).

In wenigen Jahren wurde die lange verschleppte Agrarreform auf breiter Basis verwirklicht (Reyes Osorio 1974): Die traditionelle Hacienda wurde weitgehend aufgelöst und annähernd die Hälfte des gesamten Ackerlandes bis 1940 an die Bauern verteilt. Cárdenas erneuerte auch das seit den späten zwanziger Jahren immer loser gewordene Bündnis zwischen Staat und Gewerkschaften, wovon die Arbeiter in ihrem Kampf für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen profitierten. Schließlich verstaatlichte die Cárdenas-Regierung im März 1938 die ausländischen Ölgesellschaften und verwirklichte damit in radikaler Form das Verfassungsmandat der nationalen Kontrolle der Bodenschätze.

Stärker an die politische Tradition der zwanziger Jahre mit ihrer Tendenz zur Schaffung und Lenkung politischer Parteien und gesellschaftlicher Verbände "von oben" knüpfte Cárdenas in seinem erfolgreichen Versuch an, die 1929 gegründete Revolutionspartei auf ein korporatistisches Fundament zu stellen. Bei der neuen Partei – 1946 umbenannt in PRI (*Partido Revolucionario Institucional*, Institutionalisierte Revolutionäre Partei) – handelte es sich somit nicht um eine Massenpartei mit überwiegend freiwilliger, individueller Mitgliedschaft. Vielmehr wurden die bereits bestehenden, loyal zum Regime stehenden gesellschaftlichen Verbände wie Gewerkschaften, Bauernorganisationen und Beamtenverbände als solche in die Partei eingegliedert.

Die postrevolutionäre Entwicklung nach 1940 lässt sich in zwei große Phasen unterteilen: die im Zeichen des *milagro mexicano* und der unangefochtenen Vorherrschaft des PRI stehenden drei Jahrzehnte bis etwa 1970 und die daran anschließende Periode, die durch eine fortschreitende Krise des politischen Systems, die tiefe Schulden- und Wirtschaftskrise der achtziger Jahre und durch die zunehmende Abwendung von dem – maßgeblich durch Revolution und Spätrevolution geprägten – spezifisch mexikanischen Entwicklungsweg im 20. Jahrhundert gekennzeichnet gewesen ist (Tobler 1996: 257-363).

Zwei Hauptmerkmale charakterisieren die erste Phase: ein hohes wirtschaftliches Wachstum im Rahmen forcierter Industrialisierung, ein rascher sozialer Wandel und dennoch eine ausgeprägte politisch-gesellschaftliche Stabilität im Zeichen des damals viel gerühmten *milagro mexicano*, des “mexikanischen Wunders”. Diese Jahrzehnte waren durch die zunehmende Konsolidierung des Regimes der “institutionalisierten Revolution” und seiner zentralen Institution, der Regierungspartei PRI, gekennzeichnet.

Hatten unter Cárdenas noch wirtschaftliche und soziale Reformen zugunsten der Bauern- und Arbeiterschaft im Vordergrund gestanden, so setzte sich Ende der vierziger, Anfang der fünfziger Jahre unter der Präsidentschaft von Miguel Alemán und in Übereinstimmung mit allgemeinen lateinamerikanischen Entwicklungstrends im Zeichen des Kalten Krieges auch in Mexiko ein deutlich konservativerer Kurs durch. Es kam zur Isolierung und politischen Entmachtung der Linken sowohl innerhalb als auch außerhalb des Partei- und Regierungsapparates und zur endgültigen Unterwerfung der PRI-Gewerkschaften unter den Willen der Staatsführung. Gleichzeitig nahmen die private Bereicherung führender Politiker und die Korruption im Verwaltungsapparat stark zu. Das politische System wurde zunehmend zu einem Instrument der politisch-gesellschaftlichen Kontrolle der Massenorganisationen und zur Durchsetzung einer einseitigen Wachstumsstrategie, und zwar immer mehr auf Kosten des ursprünglich ebenfalls angestrebten sozialen Ausgleichs.

Trotz seines unverkennbar autoritären Charakters unterschied sich allerdings das zivil gelenkte politische System Mexikos deutlich von jenen repressiven Militärregimes, wie sie in den sechziger, siebziger und frühen achtziger Jahren vor allem in Südamerika vorherrschten. Vor allem blieb das System der “institutionalisierten Revolution” zumindest programmatisch auf politisch-gesellschaftliche Integration, nicht auf Ausschluss der breiten Bevölkerungsschichten, ausgerichtet, wie es andererseits durch die periodische Rotation der hohen Partei- und Regierungsämter namentlich für die Mittelschicht beträchtliche Mobilitätskanäle offen hielt. Der Staat baute zwar in diesen Jahrzehnten seine Vormachtstellung weiter aus, kontrollierte wirksam Gewerkschaften und Bauernverbände und nahm seine Rolle als zentrales volkswirtschaftliches Lenkungsorgan aktiv wahr, pflegte gleichzeitig aber besonders intensive Beziehungen mit den privilegierten Partnern der *iniciativa privada*, also der einheimischen und ausländischen Unternehmerschaft.

Nach 1968/1970 begann das Fundament der “institutionalisierten Revolution” immer mehr abzubrockeln. Der ausgeprägte Modernisierungsschub der Nachkriegszeit, die wachsende gesellschaftliche Differenzierung und insbesondere das Anwachsen der städtischen Mittelschichten, damit auch die Entstehung einer Zivilgesellschaft, untergruben zunehmend das Fundament des autoritären Korporatismus, wie er sich unter den Bedingungen der zwanziger und vor allem der dreißiger Jahre herausgebildet hatte. Davon wurde zunächst das politische System betroffen, das Ende der sechziger Jahre, insbesondere im Gefolge der blutigen Niederschla-

gung einer friedlichen Studentendemonstration (Massaker von Tlatelolco 1968), in eine eigentliche Legitimationskrise stürzte. Verschiedene politische Reformen in den siebziger und frühen achtziger Jahren, wie eine gewisse institutionelle Aufwertung der Oppositionsparteien, sollten diese Krise beheben, führten allerdings zu keiner grundlegenden Veränderung der politischen Machtverhältnisse, weder auf staatlicher noch innerparteilicher Ebene. Hinzu kam in den siebziger Jahren eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation, die der Staat mit zunehmend außenfinanzierten Investitionen zu entschärfen suchte, die durch die damals neu entdeckten Ölvorkommen solide abgesichert schienen. Tatsächlich verschuldete sich der mexikanische Staat in den späten siebziger und frühen achtziger Jahren allerdings in einem Ausmaß, dass er 1982 nicht mehr in der Lage war, die Auslandsschulden zu bedienen. Die dadurch ausgelöste – nicht nur mexikanische, sondern internationale – Schuldenkrise stürzte Mexiko, wie die übrigen lateinamerikanischen Staaten, in eine wirtschaftliche Depression, von der sich das Land erst Ende des Jahrzehnts langsam zu erholen begann. Bekämpft wurde dieser schwerste wirtschaftliche Einbruch der Nachkriegszeit auch in Mexiko mit einer Strategie der „rezessiven Anpassung“ (Stamm), insbesondere mit drastischen Lohnreduktionen und einer aggressiven Peso-Abwertung, deren soziale Auswirkungen auf den Lebensstandard der großen Bevölkerungsmehrheit außerordentlich gravierend waren.⁷

4. Die Auflösung des postrevolutionären Systems

Unter der Wucht der Krise begann sich auch die postrevolutionäre Ordnung immer mehr aufzulösen. Mexiko folgte nämlich dem auch im übrigen Lateinamerika vorherrschenden Trend zu einer Öffnung der Wirtschaft nach außen, zu einem Abbau der wirtschaftlichen Rolle des Staates, zu Privatisierung und Deregulierung. Diese neue, neoliberale Orthodoxie bedeutete zwar für ganz Lateinamerika einen wirtschaftspolitischen Paradigmenwandel, im Fall Mexikos war dieser Kurswechsel aber besonders einschneidend, weil er das eigentliche Fundament des postrevolutionären Wirtschaftsmodells, die staatlich geschützte wirtschaftliche Entwicklung „nach innen“ und die zentrale Rolle des öffentlichen Sektors in der Wirtschaft, betraf.

Schon 1986 hatte Mexiko mit dem Beitritt zum GATT (*General Agreement on Tariffs and Trade*) einen wichtigen Schritt in Richtung einer Öffnung des mexikanischen Marktes vollzogen. Anfangs der neunziger Jahre wirkte die mexikanische Regierung aktiv an der Vorbereitung des nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA (*North American Free Trade Agreement*) mit, dem es am 1. Januar 1994 offiziell beitrug. 1992 wurde die Privatisierungspolitik auch auf den Bereich der Landwirtschaft übertragen, was faktisch das Ende der staatlichen, aus der Revolutionsverfassung von 1917 abgeleiteten Agrarreformpolitik bedeutete.

Während so zentrale gesellschaftliche und wirtschaftliche Revolutionsinhalte (Agrarreform, Wirtschaftsnationalismus) über Bord geworfen wurden, verlief die grundlegende Umgestaltung des politischen Systems, insbesondere der oft postulierte Übergang zu einem pluralistischen System freier Parteienkonkurrenz, wesentlich schleppender. Zwar büßte der PRI mit der Aushöhlung des von ihm bislang sorgfältig gepflegten Revolutionsmythos zunehmend an Legitimation als Hüter zentraler Revolutionspostulate – wie etwa sozialer Gerechtigkeit – ein; den-

⁷ Vgl. Bernecker/Pietschmann/Tobler (2007). Die folgende Argumentation erfolgt in Anlehnung an die verschiedenen Publikationen Hans Werner Toblers zu Mexiko im 20. Jahrhundert.

noch konnte er zunächst seine politische Vormachtstellung weiter behaupten. Selbst die tiefe wirtschaftliche und soziale Krise der achtziger Jahre überstand das politische System aufgrund der Stabilität seiner Institutionen weitgehend unbeschadet, auch wenn sich der PRI bei den Präsidentschaftswahlen von 1988 erstmals mit zwei echten Herausfordererparteien, dem katholisch-konservativen PAN (*Partido Acción Nacional*, Partei der Nationalen Aktion) und dem linken FDN (*Frente Democrático Nacional*, Nationale Demokratische Front), messen musste und der Wahlerfolg des PRI-Kandidaten Carlos Salinas de Gortari über den linksnationalistischen Cuauhtémoc Cárdenas vermutlich nur dank Wahlmanipulationen zustande kam.

In den neunziger Jahren erodierte die Vormachtstellung des PRI immer mehr. Zwar vermochte die Regierungspartei auch 1994 mit ihrem Kandidaten Ernesto Zedillo nochmals die Präsidentschaftswahlen zu gewinnen, aber auf der Ebene der Gliedstaaten, bei Munizipalwahlen und bei Wahlen ins nationale Parlament verzeichneten die Oppositionsparteien immer größere Wahlerfolge. Offensichtlich büßte der PRI seine traditionelle Mobilisierungsfähigkeit im bäuerlichen und insbesondere im gewerkschaftlichen Sektor zunehmend ein, da sich immer mehr Gewerkschaften der paternalistischen Kontrolle durch das PRI-Regime zu entziehen begannen. Dass es Anfang 1994 schließlich im südlichen Bundesstaat Chiapas zum bewaffneten Aufstand einer indianisch-bäuerlichen Bewegung kam, die sich in Anlehnung an den legendären Bauernführer der Revolution, Emiliano Zapata, als "zapatistisch" bezeichnete, machte sowohl die nachwirkende Traditionskraft gewisser Revolutionssymbole, gleichzeitig aber auch das tatsächliche Versagen der lokalen PRI-Oligarchie deutlich, gegen deren Misswirtschaft und Korruption sich der Aufstand richtete.

Bei den Parlamentswahlen von 1997 erzielte der PRI nur noch knapp 40% der Stimmen und bei den Präsidentschaftswahlen von 2000 gelang mit dem Kandidaten des PAN, Vicente Fox, erstmals seit dem frühen 20. Jahrhundert einem unabhängigen, d.h. nicht in die Tradition der Revolution eingebundenen Politiker, der Sprung ins höchste Staatsamt. Die damit erfolgte Durchtrennung der engen Verflechtung von Partei (PRI) und Staat symbolisierte auch nach außen das Ende eines jahrzehntelangen Systems, ganz unabhängig von der Frage nach der künftigen Lern- und Regenerationsfähigkeit des PRI, der mit dem Machtwechsel von 2000 ja keineswegs in der politischen Versenkung verschwunden ist.

Der entscheidende Wandel war in den achtziger Jahren erfolgt: Mit dem Einbruch der Rohölpreise 1981 und dem Schuldenmoratorium 1982 begann eine lang andauernde und schwere Wirtschaftskrise, in deren Schatten ein grundlegender Umbau des Entwicklungsmodells stattfand. Die achtziger Jahre charakterisierten sich durch Austeritätspolitik und Kursänderung im ökonomischen Entwicklungsmodell sowie durch Konzeptions- und Orientierungslosigkeit im Bereich der Sozialpolitik. Gesellschaftspolitischer Stillstand, im Erdbeben von 1985 weithin spürbar, war das vorherrschende Phänomen. Der Schwerpunkt der Politik lag auf dem Umbau der Ökonomie und des Entwicklungsmodells, weg von der Importsubstitution, hin zur Exportorientierung.

Angesichts der Neufassung des ökonomischen Modells schien die Herrschaftskoalition, die jahrzehntelang die Modernisierung des Landes vorangetrieben hatte, obsolet geworden zu sein. Den Herausforderungen einer fragmentierten modernen Gesellschaft, die zeitgleich an Problemen der Unterentwicklung und der Modernisierung leidet, war sie nicht gewachsen. In diesem Kontext vertiefte sich die Legi-

timationskrise des Systems. Diese führte nicht nur bei den Präsidentschaftswahlen 1988 zu einem Wahldesaster, sondern leitete zugleich auch das Ende des PRI ein. Die neoliberalen Eingriffe schufen neue soziale Verwerfungen, die die alten, nicht gelösten, nur noch verschärften. Die Privatisierung der Banken, die Auflösung staatlicher Ankaufgesellschaften für Agrarprodukte, die Privatisierung der *ejidos* oder die Krise der Kooperativen haben überall die ohnehin bestehenden Probleme auf dem Land weiter verschärft bzw. um neue erweitert. Die mehrheitliche Abwendung der Wähler vom PRI brachte politisch zum Ausdruck, was sich wirtschaftlich und sozial bereits angekündigt hatte (Braig 2004).

Die wirtschaftliche Anpassungs- und Reformstrategie der achtziger Jahre hatte somit bedeutende politische Auswirkungen. Im Wesentlichen lassen sich vier wichtige Veränderungstendenzen im politischen System ausmachen, die Auswirkungen auf die Art und Weise der Herrschaftssicherung hatten. Die erste war der Versuch, während der Präsidentschaft von Carlos Salinas (1988-1994) die alten, ineffizient gewordenen Klientelnetze mithilfe von Sozialprogrammen zu reformieren. Hintergrund dieser Bestrebungen waren die zunehmenden Tendenzen der sozialen Desintegration. Die zweite politische Auswirkung der Wirtschaftsreformen waren die politischen Liberalisierungsschritte unter Präsident Ernesto Zedillo (1994-2000); erst mit Zedillo kam es zu grundlegenden Reformen des Wahlsystems. Dazu zählt insbesondere die Wahlrechtsreform von 1996, die unter anderem die vollständige Unabhängigkeit der obersten Wahlbehörde garantierte und die direkte Wahl des Bürgermeisters für die Hauptstadt einführte. Diese Reformen ermöglichten 1997 die Wahlerfolge der Oppositionspartei. Die dritte politische Veränderung zeichnete sich seit den Wahlen von 1988 ab: die Herausbildung eines Drei-Parteien-Systems anstelle der vormals unangefochtenen Einparteierrschaft des PRI. Die Staatspartei wurde im rechten Parteienspektrum vom PAN und auf der Linken vom *Partido de la Revolución Democrática* (PRD, Partei der Demokratischen Revolution) herausgefordert. Und die vierte Folge der Wirtschaftsreformen war die Auflösung des Revolutionsmythos als Grundlage der Herrschaftsideologie. Im nachrevolutionären Mexiko hatte dieser Mythos mit den Grundwerten von Freiheit, wirtschaftlicher Unabhängigkeit, Souveränität sowie sozialer Gerechtigkeit das Kernstück von Partei- und Staatsideologie gebildet. Die wirtschaftliche Anpassungs- und Reformstrategie der achtziger Jahre mit ihrer Umorientierung von staatsinterventionistischen zu marktwirtschaftlichen Prinzipien hatte den Revolutionsmythos ausgehöhlt und brüchig werden lassen. Die Kluft zwischen den Grundwerten der Revolutionsideologie und den wirtschaftspolitischen Maßnahmen wurde immer deutlicher. Dieser wachsende Widerspruch bot oppositionellen politischen Kräften einen willkommenen Angriffspunkt, um die Legitimität des Regimes zu untergraben (Fritz 2004: 309-335).

5. Schlussüberlegungen: Mexikos Entwicklung in historischer Perspektive

Heute – nach dem Ende des PRI-Regimes – lässt sich der Stellenwert der Revolution für die mexikanische Entwicklung im 20. Jahrhundert ausgewogener beurteilen, als dies noch vor ein oder zwei Jahrzehnten möglich gewesen wäre. Zahlreiche Besonderheiten der mexikanischen Entwicklung im 20. Jahrhundert können mindestens bis in die 1970er Jahre auf die Auswirkungen der Revolution zurückgeführt werden und selbst die sukzessive Aufgabe der letzten Revolutionslegate in den achtziger und neunziger Jahren zeugt noch von den – allerdings rasch verebbenden – Nachwirkungen der postrevolutionären Tradition. Damit ist allerdings die

Frage nach den dauerhaften Folgen dieser Revolution noch nicht beantwortet, die Frage also, ob sich Mexiko ohne Revolution grundsätzlich anders entwickelt hätte und heute auch ein anderes staatliches, wirtschaftliches und gesellschaftliches System aufweisen würde.⁸

Eine solche Frage kann nur aus einer kontrafaktischen Perspektive beantwortet werden, der notgedrungen ein gewisser spekulativer Charakter anhaftet. Wichtig für eine differenzierte Antwort ist der Zeitpunkt, an dem eine Messlatte angelegt wird. So unterschied sich Mexiko bereits anfangs der 1920er Jahre von den anderen lateinamerikanischen Staaten darin, dass die Herrschaft der alten Oligarchie, die im übrigen Subkontinent noch bis Anfang der dreißiger Jahre oder darüber hinaus andauerte, als Folge der Revolution beseitigt war und ein neues politisches System mit stärkerer – wenn auch kontrollierter – Massenbeteiligung Gestalt annahm. Um 1940 hob sich Mexiko noch deutlicher vom übrigen Lateinamerika dadurch ab, dass es eine breite Landreform zugunsten der nach wie vor majoritären Bevölkerungsgruppe, der Kleinbauern, durchgeführt hatte. Die dadurch erreichte politisch-gesellschaftliche Stabilität war wiederum die Grundlage für das *milagro mexicano*, das bis in die späten sechziger Jahre im lateinamerikanischen Kontext als besonders erfolgreiches Entwicklungsmodell galt.

Legt man allerdings einen – längere Zeiträume umfassenden – Maßstab an, so zeigt sich auch am Beispiel Mexikos, dass die für dieses Land spezifischen Entwicklungen zunehmend von allgemeinen Trends überlagert wurden, die für den lateinamerikanischen Subkontinent als Ganzen charakteristisch waren. Besonders eindrücklich in diesem Zusammenhang war etwa die Entwicklung im Agrarbereich, wo unter dem Einfluss neuer wirtschaftspolitischer Prioritäten der Regierung, vor allem aber des auch in Mexiko außerordentlich hohen Bevölkerungswachstums, der kleinbäuerliche Sektor seit den sechziger Jahren immer mehr unter Druck geriet und sich die Errungenschaften der Landreform weitgehend auflösten. Auch andere lateinamerikanische Phänomene – wie etwa die krassen Ungleichheiten in der Einkommens- und Vermögensverteilung – zeigten sich in Mexiko in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg in nicht minder ausgeprägter Form als in zahlreichen anderen lateinamerikanischen Ländern. Schließlich vermochte sich auch Mexiko dem nach dem Zweiten Weltkrieg ständig anwachsenden Einfluss der USA immer weniger zu entziehen. Außenpolitisch markierte das Land zwar bis in die siebziger Jahre immer wieder seine Unabhängigkeit von US-amerikanischen Positionen, wirtschaftlich aber geriet es schon lange vor dem Beitritt zur NAFTA (1994) zunehmend ins Gravitationsfeld seines nördlichen Nachbarn, aufgrund seiner geographischen Lage und seiner gemeinsamen Grenze mit den USA sogar noch ausgeprägter als andere lateinamerikanische Länder, wenn man etwa an die zentrale Bedeutung der USA als Außenhandelspartner, die Rolle US-amerikanischer *maquiladoras* in den nordmexikanischen Grenzregionen oder an die sozial stabilisierende Funktion der USA als Immigrationsland für Millionen von Mexikanern denkt.

Noch grundsätzlicher stellt sich die Frage nach den langfristig strukturverändernden Effekten der Revolution bzw. nach deren Fehlen, wenn man an nach wie vor gravierende Gegenwartsprobleme Lateinamerikas denkt, etwa die markanten gesellschaftlichen Ungleichheiten, die Anfälligkeit der Demokratie, die Schwäche des Rechtsstaates, die häufige Verletzung der Menschenrechte oder die verbreitete

8 In Anlehnung an Tobler (2004: 65-85).

Korruption. Bei allen Unterschieden im Einzelnen hat sich die mexikanische Entwicklung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in diesen Bereichen nicht grundlegend von jener in vergleichbaren lateinamerikanischen Ländern unterschieden, nicht einmal im politisch-staatlichen Bereich, wo die Revolution ihre nachhaltigsten Spuren hinterlassen hat. Das PRI-Regime ersparte Mexiko zwar die systematische Repression, wie sie südamerikanische Militärdiktaturen charakterisierte; es war aber keineswegs frei von sporadischen, zum Teil sehr heftigen staatlichen Gewaltanwendungen, wie etwa im Falle des Massakers von Tlatelolco (1968) oder der Guerrillabekämpfung in den siebziger Jahren. Und auch im postrevolutionären Mexiko täuschte der autoritäre Charakter über die tatsächliche Schwäche des Staates hinweg, dem es z.B. niemals gelang, ein auch nur halbwegs effizientes Steuersystem einzuführen. Ungeachtet der Besonderheiten seiner revolutionären und postrevolutionären Entwicklung im 20. Jahrhundert steht Mexiko deshalb zu Beginn des 21. Jahrhunderts im Wesentlichen vor denselben grundlegenden politischen und gesellschaftlichen Problemen, die auch im übrigen Lateinamerika weiterhin weitgehend ungelöst sind und bleiben.

Literaturverzeichnis

- Aguilar Camín, Héctor (1977): *La frontera nómada: Sonora y la Revolución Mexicana*. México, D.F.: Siglo Veintiuno.
- Bernecker, Walther L. (1988a): *Die Handelskonquistadoren. Europäische Interessen und mexikanischer Staat im 19. Jahrhundert*. Stuttgart: Steiner.
- (1988b): "Foreign Interests, Tariff Policy and Early Industrialization in Mexico, 1821-1848". In: *Ibero-Amerikanisches Archiv*, N.F., 14, 1, S. 61-102.
- Bernecker, Walther L./Tobler, Hans Werner (Hrsg.) (1993): *Development and Underdevelopment in America. Contrasts of Economic Growth in North and Latin America in Historical Perspective*. Berlin/New York: Walter de Gruyter.
- Bernecker, Walther L./Pietschmann, Horst/Tobler, Hans Werner (2007): *Eine kleine Geschichte Mexikos*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Braig, Marianne (2004): "Fragmentierte Gesellschaft und Grenzen sozialer Politiken". In: Bernecker, Walther L. et al. (Hrsg.): *Mexiko heute. Politik, Wirtschaft, Kultur*. Frankfurt am Main: Vervuert, S. 271-308.
- Coatsworth, John H. (1978): "Obstacles to Economic Growth in Nineteenth-Century Mexico". In: *American Historical Review*, 83, S. 80-100.
- (1982): "The Limits of Colonial Absolutism: The State in Eighteenth Century Mexico". In: Spalding, Karen (Hrsg.): *Essays in the Political, Economic and Social History of Colonial Latin America*. Newark: University of Delaware, S. 25-51.
- Cockcroft, James/Gunder Frank, André/Johnson, Dale L. (1972): *Dependence and Underdevelopment: Latin America's Political Economy*. Garden City: Anchor Books.
- Colón Reyes, Linda Ivette (1982): *Los orígenes de la burguesía y el Banco de Avío*. México, D.F.: El Caballito.
- Dos Santos, Theotonio (1972): "Über die Struktur der Abhängigkeit". In: Senghaas, Dieter (Hrsg.): *Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen über abhängige Reproduktion*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 243.
- Fritz, Barbara (2004): "Währungspolitik an der Grenze Mexikos. Bestrebungen nach monetärer Integration in die USA". In: Bernecker, Walther L. et al. (Hrsg.): *Mexiko heute. Politik, Wirtschaft, Kultur*. Frankfurt am Main: Vervuert, S. 309-335.
- Gallagher/Robinson (1970): "Der Imperialismus des Freihandels". In: Wehler, Hans Ulrich (Hrsg.): *Imperialismus*. Köln: Kiepenheuer & Witsch, S. 183-200.
- Hamnett, Brian R. (1980): "The Economic and Social Dimension of the Revolution of Independence in Mexico, 1800-1824". In: *Ibero-Amerikanisches Archiv*, N.F., 6, S. 1-27.
- Hart, John M. (1987): *Revolutionary Mexico: The Coming and Process of the Mexican Revolution*. Berkeley: University of California Press.

- Katz, Friedrich (1998): *The Life and Times of Pancho Villa*. Stanford: Stanford University Press.
- Knight, Alan (1986): *The Mexican Revolution*. 2 Bde. Cambridge: Cambridge University Press.
- Louis, W. R. (1976): *The Robinson and Gallagher Controversy*. New York/London: New Viewpoints of Franklin Watts.
- Meyer, Lorenzo (1968): *México y Estados Unidos en el conflicto petrolero (1917-1942)*. México, D.F.: El Colegio de México.
- Mols, Manfred (1981): *Mexiko im 20. Jahrhundert. Politisches System, Regierungsprozess und politische Partizipation*. Paderborn: Schöningh.
- O'Brien, Philip (1977): "Zur Kritik lateinamerikanischer Dependencia-Theorien". In: Puhle, Hans-Jürgen (Hrsg.): *Lateinamerika - historische Realität und Dependencia-Theorien*. Hamburg: Hoffmann & Campe, S. 41.
- Potash, Robert A. (1959): *El Banco de Avío de México. El fomento de la industria, 1821-1846*. México, D.F.: Fondo de Cultura Económica.
- Reyes Osorio, Sergio (1974): *Estructura agraria y desarrollo agrícola de México*. México, D.F.: Fondo de Cultura Económica.
- Rodríguez O., Jaime E. (1980): *Down from Colonialism: Mexico's Nineteenth Century Crisis*. Irvine: University of California.
- Stein, Stanley J./Stein, Barbara H. (1970): *The Colonial Heritage of Latin America: Essays on Economic Dependence in Perspective*. New York: Oxford University Press.
- Tobler, Hans Werner (1992): *Die mexikanische Revolution: Gesellschaftlicher Wandel und politischer Umbruch 1876-1940*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- (1996): "Mexiko". In: Tobler, Hans Werner/Bernecker, Walther L. (Hrsg.): *Lateinamerika im 20. Jahrhundert* (Handbuch der Geschichte Lateinamerikas, Bd. 3). Stuttgart: Klett-Cotta, S. 257-363.
- (2004): "Die Revolution und die Entwicklung Mexikos im 20. Jahrhundert". In: Bernecker, Walther L. et al. (Hrsg.): *Mexiko heute. Politik, Wirtschaft, Kultur*. Frankfurt am Main: Vervuert, S. 65-85.
- Womack, John (1969): *Zapata y la Revolución mexicana*. México, D.F.: Siglo XXI.

Nikolaus Werz

Zum Diskurs über die Unabhängigkeit

In Süd- und Mittelamerika wird der *Independencia* und der Unabhängigkeitsbewegung Anfang des 19. Jahrhunderts ein hoher Stellenwert beigemessen. Die Verklärung eines weit zurückliegenden Ereignisses in der traditionellen lateinamerikanischen Historiographie mag zum einen an der – teilweise als Niedergang geschilderten – weiteren Geschichte liegen, zum anderen Ausdruck einer idealistischen Tradition sein. Die frühe Unabhängigkeit – im Unterschied zur Epoche der Dekolonialisierung nach dem Zweiten Weltkrieg in Afrika und Asien – erscheint als kühner Vorgriff, hinter dem die folgenden Nationalgeschichten verblassen mussten. Dies gilt besonders für die großen Figuren der Unabhängigkeitsbewegung, den Argentinier San Martín (1778-1858) und den Venezolaner Simón Bolívar (1783-1830). Gerade weil sie nur kurz oder gar nicht regierten, scheint auf sie der Satz von Jacob Burckhardt über historische Größe zu passen: „Größe ist, was wir nicht sind.“

Eine solche Sichtweise und das mehr oder weniger offen von den lateinamerikanischen diplomatischen Vertretungen in Berlin vorgetragene Anliegen, man möge sich auch im Ausland stärker mit den Jahrestagen der Unabhängigkeit beschäftigen, mag uns überraschen. Die Deutschen haben sich nach 1945 in Experten für historische Ereignisse und deren „Aufarbeitung“ verwandelt; von daher müsste Lateinamerika 2010 vor einem „Super-Gedenkjahr“ stehen. Da die Loslösung von Spanien in manchen Ländern bis 1824 andauerte, dürfte es sich sogar um einen Gedenkmarathon handeln. In Mexiko steht sogar ein doppeltes Jubiläum an: Im November 2010 jährt sich der Ausbruch der Mexikanischen Revolution zum hundertsten Mal. Allerdings begehen einzelne Länder wie Brasilien und Kuba diesen Jahrestag nicht; es sind zehn Staaten, die ab 2009 Feierlichkeiten ausrichten, die sich jeweils im September verdichten.

In Südamerika und der spanischsprachigen Welt ist das Interesse größer. Einzelne Autoren sprechen von einer *efemeride*, d.h. einer Gelegenheit, sowohl die Erinnerung als auch die nationale Einheit zu fördern. Allerdings ist die Herangehensweise an dieses historische Datum zumindest von den offiziellen Kommissionen unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten konventionell und obendrein widersprüchlich. Die bisher erfolgten und erkennbaren Initiativen lassen eher von einer Abfolge von Unabhängigkeiten sprechen, denn sie fallen von Land zu Land verschieden aus. Hinter den Feierlichkeiten verbergen sich teilweise politische Intentionen, die in einzelnen Ländern (zum Beispiel Bolivien) kontrovers sind. Sowohl unter außen- als auch innenpolitischen Gesichtspunkten handelt es sich mithin um eine komplexe Materie. Letztlich beinhalten sie auch Aussagen zu Erfolgen und Misserfolgen der Geschichte einer Reihe von Ländern und berühren Fragen der Identität.

Der Aufsatz behandelt eingangs kurz Bedeutung und Merkmale der Unabhängigkeitsbewegungen (1) und skizziert dann den politischen Kontext, in dem die Feiern in Lateinamerika 1910 stattfanden (2). Er geht auf einige Initiativen zu diesem Ereignis ein (3), um abschließend nach der Sichtweise einzelner Essayisten zu fragen (4). Am Ende stehen Fazit und Ausblick (5).

1. Bedeutung und Merkmale der Unabhängigkeitsbewegungen von Spanien

Lange Zeit wurde die Unabhängigkeitsbewegung als die Geburtsstunde der latein-amerikanischen Nationen ausgegeben. Damit hätte deren Geschichte nicht nur einen – in den heroisierenden und kontinentalistischen Darstellungen sogar gemeinsamen – Ursprung, die Länder avancierten demnach in einem Befreiungsakt zu eigenen historischen Subjekten. Gegenüber anderen südlichen Ländern nahmen sie eine Vorreiterrolle ein. Diese Behauptung wurde in den sehr fortschrittlichen Verfassungen der Staaten festgeschrieben (Berg 1995: 53), die Wirklichkeit war indes eine andere. Schon Simón Bolívar sprach am Ende seines Lebens davon, dass “Republiken im luftleeren Raum” entstanden seien und verwies damit auf den Widerspruch zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit. In seinem berühmten Brief aus Jamaika (1815) benannte er bereits das Problem der Identität, denn die Lateinamerikaner seien “weder Indianer noch Europäer [...], sondern ein Mittelding zwischen den rechtmäßigen Besitzern des Landes und den spanischen Usurpatoren, kurzum Amerikaner durch Geburt, aber mit Rechtsansprüchen aus Europa”.

Sowohl was die politische Ordnung und Regierbarkeit anbelangte als auch bei der Frage des kollektiven Bewusstseins und der nationalstaatlichen Integration setzte er also zwei große Fragezeichen.

Eine nähere Betrachtung der Unabhängigkeitswerdung von Spanien bestätigt dies (König 2006: 205ff.). Bezeichnenderweise ging der Zeitpunkt weniger auf die innere Dynamik zurück, vielmehr markierten europäische Ereignisse ihren Start. Erst die napoleonische Invasion in Spanien führte zu einer Verstärkung der amerikanischen Unabhängigkeitsbestrebungen, als deren Träger sich die Kreolen erwiesen. Die Außeneinwirkung bei der Unabhängigkeit führte dazu, dass sich die Staaten formal konstituierten, bevor sich die Nation als Einheit herausbildete und auch nur ansatzweise ein gemeinsames Staatsbewusstsein entstehen konnte. Während in Europa der Nationalstaat als Krönung der Nationenbildung empfunden wird, steht er in Lateinamerika an deren Beginn. Damit konstituierten sich die Nationalstaaten dort vor denen in Ost- und Westmitteleuropa. Es waren aber zunächst Staaten ohne Nation, denn die Integration der Bevölkerungsmehrheit und die Herausbildung eines eigenen Bewusstseins fehlten noch. Die vier echten Revolutionen in der lateinamerikanischen Geschichte des 20. Jahrhunderts (Mexiko 1910, Bolivien 1952, Kuba 1959 und Nicaragua 1979) sowie die Absichtserklärungen einer Reihe von antiimperialistisch-nationalistisch auftretenden Politikern und Intellektuellen bis in die unmittelbare Gegenwart können als Versuche in diese Richtung gelten.

Es werden mehrere Termine für den Beginn der Unabhängigkeit angegeben: Zum einen 1807 – die Verlegung des portugiesischen Throns nach Brasilien, wobei dies bei den jetzigen Feierlichkeiten angesichts der Sonderrolle Brasiliens keine Rolle spielt; zum anderen ab 1809 die sogenannten *gritos libertarios* in verschiedenen Ländern. In jüngster Zeit kommen als Folge des 1992 einsetzenden indigenen Erwachens, als die Entdeckung/Eroberung Amerikas 500 Jahre zurücklag und in unterschiedlichen Veranstaltungen begangen wurde, noch weitere Interpretationen hinzu, wie sich etwa am 25. Mai 2009 in Bolivien (siehe unten) zeigte. Auf Länderebene bestehen teilweise zwei Feiertage: So wird z.B. in Argentinien sowohl der 25. Mai 1810 (*libertad*) als auch der 9. Juli 1816 (*independencia*) begangen.

Allerdings kann man auch gegen die Jahre 1809/1810 Einwände erheben, denn die Ausrufung der Unabhängigkeit Haitis jährte sich bereits 2004 zum 200. Mal. 1804 wurde in der Karibik die erste “Schwarze Republik” gegründet, deren Verfas-

sung den Idealen der französischen Revolution folgte. Anlässlich der UN-Weltkonferenz gegen Rassismus in Durban, Südafrika (2002), erklärten die Vereinten Nationen das Jahr 2004 zum “Internationalen Jahr zum Gedenken an den Kampf gegen die Sklaverei und an ihre Abschaffung”. Jedoch boten sich weder die 200-jährige unabhängige Geschichte des ärmsten Landes Amerikas noch das durch Wirbelstürme und das Verschwinden von Präsident Aristide gekennzeichnete Jahr 2004 für Feierlichkeiten an.

Verschiedene Autoren haben von “unvollendeten Revolutionen” in Lateinamerika gesprochen (u.a. Fals Borda 1968). Von daher ist es kein Zufall, dass *Independencia* (44 Mio. Einträge bei google, 10.09.2010), *Revolución* (40 Mio.), *Dependencia* (20 Mio.) und *Liberación* (19 Mio.) zu den Schlüsselbegriffen des lateinamerikanischen Denkens gehören. Abgeschlagen folgt *Emancipación* (nur 2 Mio.). Die “Sehnsucht nach Revolution” (H.J. Puhle) als Merkmal des politischen Stils in Lateinamerika mag auch der Versuch sein, diese Kluft zu schließen. Wenn Identität eine Leistung des kollektiven Bewusstseins ist oder in historischer Hinsicht “das Bewusstsein gemeinsam erlebter, auf einen ursprünglichen Gründungsakt bezogener Geschichte” (Berg 1995: 91), dann kann die Schlussfolgerung gezogen werden, dass Lateinamerika in diesem Sinne ein Kontinent ohne Identität ist (Berg geht ebenda so weit) oder die Suche nach der Identität ein Dauerproblem des politischen Denkens und Diskurses konstituiert (Werz 1991). Der im 20. und auch im 21. Jahrhundert auftretende Nationalpopulismus stellt einen weiteren – zumeist rhetorischen – Versuch dar, die Diskrepanz zwischen dem frühen Versprechen von Demokratie und der weit dahinter zurückbleibenden sozialen Wirklichkeit zu überbrücken.

Von daher befindet sich Mexiko eigentlich in einer bevorzugten Position, denn die letzte Rakete der 100-Jahrfeiern und der erste Schuss der Revolution 1910 fielen praktisch zusammen. Deshalb ist auch die Literatur zu dem Thema sehr viel umfangreicher als zu anderen lateinamerikanischen Ländern. Wie bei der Literatur zur Französischen Revolution besteht aber auch die Neigung, dass jede Gruppe ihre eigene Geschichte zum Thema verfasst. Natürlich hat sich auch das Ausland frühzeitig dafür interessiert und namhafte Historiker haben über Mexiko geschrieben, zuweilen aber gesehen, was sie im Herzen trugen. Denken wir an die Bücher von Frank Tannenbaum, John Reed, John Womack, Jean Meyer, Friedrich Katz, Alan Knight u.a.m.

Der englische Historiker Knight hat es gut beschrieben:

Die Europäer haben weniger Zugang zu Quellen, deshalb neigen sie mehr zur Synthese, auch schreiben sie in einem akademischen Kontext, wo die Geschichte Mexikos ein fernes und exotisches Reich darstellt, weshalb sie zu generalisierenden Aussagen greifen dürfen [...]. Dagegen leidet der nordamerikanische Mexikanist (und wahrscheinlich auch der mexikanische) unter Klaustrophobie und sieht sich allenthalben von Rivalen umzingelt [...]. Hingegen hat der europäische Mexikanist das Gefühl, ein weites und leeres Gebiet zu durchstreifen und wenn er mal einen Kollegen trifft, so wie es Stanley und Livingstone im Kongo passierte, dann wird er es vorziehen, mit ihm zu essen und nicht mit ihm zu streiten (Knight 196f.).

Die Suche nach Unabhängigkeit reduziert sich nicht auf die historischen Jahrestage, sondern stellt eine Konstante des lateinamerikanischen Denkens und politischen Diskurses dar. Auf den kubanischen Nationalhelden José Martí (1853-1895) geht der Gedanke einer “zweiten Unabhängigkeit” zurück. Nach der formalen Loslösung von Spanien müsse eine wirtschaftliche und geistige Unabhängigkeit folgen. In den Ländern, in denen Revolutionen stattfanden, wurden diese in den histori-

schen Kalender eingeordnet. In Kuba ist es der 26 Juli (M-26-7), d.h. der Überfall auf die Moncada-Kaserne 1953, auch als *Día de la Rebeldía Nacional* bezeichnet. In Nicaragua der 19 Juli 1979, d.h. der Tag des Sieges der Sandinistischen Revolution, und Hugo Chávez hat den 4. Februar 1992, d.h. den Tag seines gescheiterten Putschversuches 1992, zum *Día de la Dignidad Nacional* ausgerufen.

Der Appell für einen zweiten Gründungsakt ist auch von Intellektuellen und Politikern aufgegriffen worden.¹ Dazu zählen u.a. der Peruaner Raúl Haya de la Torre als Gründer der *Alianza Popular Revolucionaria Americana* (APRA), die Guerilla der 1960/1970er Jahre, aber auch der venezolanische Präsident Carlos Andrés Pérez und sein späterer Gegner und amtierender venezolanischer Regierungschef Hugo Chávez. Es erscheint angezeigt, diesen Gedanken kritisch zu hinterfragen, was bereits frühzeitig geschah.²

2. Zur Geschichte der Feierlichkeiten zur Unabhängigkeit 1910

Darüber hinaus stellt die Geschichte der Feierlichkeiten zur Unabhängigkeit ein Untersuchungsobjekt dar. Dies gilt natürlich auch für den Kult um die Befreier, den der venezolanische Historiker German Carrera Damas in seinem Buch *El culto a Bolívar* 1988 trefflich dargestellt hat. Schon 1910 wurde der Unabhängigkeitsbewegung mit Staatsaktionen gedacht. Besonders ausgeprägt war dies in Mexiko, wo Porfirio Díaz den Jahrestag zu einem Höhepunkt seines positivistischen Modernisierungsversuches des Landes machen wollte. Die peruanische Regierung zeigte sich, als die Plaza San Martín eingeweiht wurde, nicht nachtragend. Der Auftrag für ein Reiterstandbild erging an den spanischen Künstler Ariano Benlure, denn die Feierlichkeiten der "100 Jahre Unabhängigkeit" fielen in eine Zeit, in der der Aufstieg der USA zur Weltmacht offensichtlich geworden war und eine Rückbesinnung auf Spanien einsetzte. Straßen wurden nach Isabel la Católica benannt. Die Zeitschrift *Unión Ibero-americana* erlebte einen Aufschwung, es fanden verschiedene Ausstellungen und Kongresse statt, die der *desunión* der *hijos de la madre común*, *España* entgegenwirken sollten (Pazos Pazos/Pérez Santos 2006).

Schon damals waren übrigens die "ausländischen Kolonien" vor Ort aufgefordert, einen Beitrag zu den Jubelfeiern zu leisten. In Mexiko wurde bereits 1910 von der deutschen Marine Alexander von Humboldts gedacht und von den deutschen Einwanderern ein entsprechendes Denkmal eingeweiht. Aber auch in vielen anderen Ländern bekundeten die neu Eingewanderten ihre Zuneigung zu dem Aufnahmeland mit Geschenken und Monumenten.

1 Es kam aber auch zu ironischen Behandlungen des Vorganges und Jahrestages. So hieß es 1942 in einer Radioreklame in Mexiko: "Colón descubrió América. Descubra usted su independencia económica. Adquiera una casa en la colonia Guadalupe Insurgentes" (Bernabéu Albert 2008: 74).

2 Víctor Alba vermutete in seinem Buch *Nationalists without nations. The Oligarchy versus the People in Latin America* von 1968, dass es der traditionellen lateinamerikanischen Gesellschaft erfolgreich gelungen sei, sich der Umwandlung in einen modernen Nationalstaat zu widersetzen. Von daher handle es sich gar nicht um Nationalstaaten, sondern um Oligarchien. Dabei hätten die Oligarchien eine besondere Form von Nationalismus erdacht, eine Art Ersatz-Nationalismus mit einer anti-nordamerikanischen Ausrichtung. Dadurch werde u.a. verhindert, dass die Lateinamerikaner erkennen, dass das Problem bei ihnen läge.

Während der erste Teil des Argumentes auch von der umfangreichen Strömung des aktuellen Links-Nationalismus vertreten wird, die von dem Gegensatz zwischen *pueblo* und *oligarquía* ausgeht, wird die Schlussfolgerung, die Probleme im eigenen Land zu suchen, von den Linksnationalisten und einem Teil der neuen Populisten nicht geteilt. Für sie ist die Abgrenzung gegenüber dem Ausland und die Gegnerschaft zu den internen Handlangern ein Lebenselixier.

In einzelnen Ländern wurden damals parlamentarische Kommissionen eingesetzt, um das genaue Datum für die Unabhängigkeitsfeiern zu ergründen. Ein Bericht aus Montevideo erkannte in der Unabhängigkeitsbewegung eine Reaktion gegen die "Praktiken der Metropole, aber auch einen Kampf gegen die Regierungen von Buenos Aires, Zentrum der Despotismen von Vizekönigen, Triumviraten und *directorios*". Schließlich wurde der 25. August 1825 als Datum der nationalen Unabhängigkeit empfohlen (Blanco Acevedo 1922).

Andernorts erschienen Bücher, die eine Bestandsaufnahme der unabhängigen Geschichte vornahmen und diese vor allem als Fortschrittsgeschichte präsentierten. Dies war etwa in Chile der Fall, die bebilderte Ausgabe umfasste 554 Seiten (*Chile en 1910*).

Auch in Argentinien war die Grundstimmung optimistisch. Als die Unabhängigkeitsrevolution begann, hatte das Land 150.000 Einwohner, hundert Jahre später waren es 7 Millionen. Im ersten Band von *La República Argentina en 1910* wird aus einer Rede von Anatole France am 29. Juni 1909 in Buenos Aires zitiert:

Argentinien nimmt zu Beginn des 20. Jh.s eine ähnliche Stellung in der Welt ein wie die USA am Anfang des 19. Jh.s. Präsident Roosevelt hat vor einigen Jahren gesagt: "Es werden Euch 50 Jahre genügen, um in der Welt die Stellung zu erreichen, die heute die USA einnehmen. Denn ihr könnt die Größe eures Landes nutzen und alle im 20. Jh. erreichten Fortschritte".

In Mexiko führen die *Memorias de la Comisión del Centenario de la Independencia* 88 Monumente und Säulen, zehn Bibliotheken, neun Hospitäler und 42 Märkte auf, die eingeweiht wurden sowie 325 renovierte Schulen (zit. nach Kersfeld 2009: 116). In einzelnen Ländern standen die Feierlichkeiten völlig im Dienst des amtierenden Präsidenten. So geht es zumindest aus den einschlägigen Publikationen zu Venezuela hervor, wo damals die lange Herrschaft von General Juan Vicente Gómez begann (1908-1935).

3. Verschiedene Initiativen zu den *Bicentenarios* 2010

Im *Grupo Bicentenario* sind zehn Länder: Argentinien, Bolivien, Chile, Kolumbien, Ecuador, El Salvador, Paraguay, Mexiko, Venezuela und Spanien als eingeladenes Land. Die Gruppe soll die Initiativen in dieser Sache befördern und koordinieren. Mexiko übernahm am 1. Juli 2009 den Vorsitz. Der mexikanische Botschafter José Luis Martínez ist sowohl für die 200-Jahr- als auch die Revolutionsfeiern zuständig. Es folgen dann Venezuela und Kolumbien.

Wer an die langwierigen Diskussionen um die Gestaltung des Deutschen Historischen Museums (DHM) oder an andere Beispiele von Geschichtspolitik in Deutschland denkt, den muss zunächst die kurze Vorbereitungszeit auf dem amerikanischen Halbkontinent überraschen. Chile begann 2000 mit den Planungen, Argentinien 2005, Ecuador und Mexiko 2007 und die anderen Länder noch später.

Im Vergleich zu den Feierlichkeiten 1910 bestehen Unterschiede. Die damals klare Ausrichtung an Europa ist nicht mehr vorhanden, der Mythos eines lateinischen Amerika lässt nach. In den letzten zwei Jahrzehnten sind multikulturelle Verfassungen entstanden; während vor hundert Jahren die Förderung der Einwanderung in einigen Ländern Verfassungsrang besaß, wurde Lateinamerika zur Auswanderungsregion.

Chile bildet auch in dieser Hinsicht eine Ausnahme in der Region. Es möchte sich als Aufsteiger präsentieren, der in seiner Entwicklung weit vorangekommen ist. Laut dem Regierungsdekret aus dem Jahr 2000 geht es der chilenischen Kom-

mission, "nicht um die Erinnerung an ein historisches Datum, sondern um einen emblematischen Schritt in unserer Geschichte: der Beginn eines Prozesses, der uns zu einer unabhängigen Nation werden lässt". Chile projiziert sich in die Zukunft. Ein umfangreicher Band enthält höchst unterschiedliche Beiträge der wichtigsten chilenischen Historiker und Sozialwissenschaftler zum Thema (Parentini 2008).

Im Nachbarland diskutiert man eher weiter über das nationale Projekt. Dabei befindet sich **Argentinien** zumindest in den Außenbeziehungen mit der Bundesrepublik in der vorteilhaften Lage, 2010 Thema der Frankfurter Buchmesse zu sein und dadurch in der interessierten deutschen Öffentlichkeit auch eine gewisse Leitfunktion mit Blick auf die Unabhängigkeitsveranstaltungen zu übernehmen. Einzelne Initiativen bestehen: Derzeit wird ein Museum errichtet, in dem das Kunstwerk "Ejercicio Plástico" des Mexikaners David Alfaro Siqueiros wieder aufgestellt werden soll. Die Architektengesellschaft *Sociedad Central de Arquitectos* (SCA) hat eine Vereinbarung mit IRSA (*Inversiones y Representaciones S.A.*) über die Ausrichtung eines internationalen Wettbewerbs für Ideen und Images unter dem Titel "Argentinien 2010 – Die Zweihundertjahrfeier Argentinien" abgeschlossen. Ziel des Wettbewerbs ist die Suche nach einem neuen modernen, architektonischen Symbol für Argentinien zum 200. Jahrestag der Revolution im Mai 1810.

José Nun, Bildungsminister Argentinien, erklärt auf der Seite des *Comité Permanente del Bicentenario de la Revolución de Mayo 1810- 2010*, dass die Aktivitäten zum *Bicentenario* vor allem die derzeit stattfindenden Regierungsmaßnahmen bündeln und fortsetzen sollten:

Und wenn uns jemand fragt, wo denn das "nationale Projekt sei", dann antworten wir: "Dies ist ein Feiertag unserer Unabhängigkeit, für all die guten Dinge des vergangenen Jahrhunderts und vor allem des nationalen Projektes, das wir in den vergangenen fünf Jahren umzusetzen versuchten. Das nationale Projekt sind die Schulen, die soziale Gerechtigkeit, die wirtschaftliche Prosperität, der Respekt vor den Menschenrechten, die Bewusstseinsbildung und die nationale Identität der gesamten Bevölkerung, die Verminderung der Ungleichheit und die Konsolidierung der Demokratie" (24.05.2009).

Es gibt auch kritische Stimmen zum *Bicentenario*. Die argentinische Historikerin Hilda Sabato von der Universität Buenos Aires vermisst bisher eine ernsthafte, von der Regierung angestoßene Debatte über die Mai-Revolution, ihre Bedeutung und ihre Folgen: "Es gibt viel Tamtam, aber wenig Substanz. Der Name 'Bicentenario' muss für alles Mögliche herhalten: für den Fonds, mit dem die Regierung Schulden bezahlen wollte, für einen Schönheitswettbewerb, ein Fußballspiel oder ein Kulturzentrum." Weder die Nationalregierung noch die Regierung von Buenos Aires hätten eine *Bicentenario*-Agenda aufgestellt, kritisiert Hilda Sabato. Es fehle nicht nur eine Auseinandersetzung mit den letzten zweihundert Jahren, sondern die Politiker hätten es auch versäumt, anlässlich des Jubiläums Vorschläge und Entwürfe für die Zukunft zu präsentieren (zitiert nach DW 10.09.2010).

Besonders viel gibt es eigentlich in **Mexiko** zu feiern. 1910 wurden die Hundertjahrfeiern vom positivistisch inspirierten Diktator Porfirio Diaz zur Festigung seines Regimes geplant, einige Monate später begann die mexikanische Revolution. Die letzte Rakete zur Feier des *Centenario* und der erste Schuss der Revolution erfolgten fast gleichzeitig. Einzelne der noch von ihm geplanten Bauten wurden später zu Monumenten der Revolution. 2010 werden beide Jahrestage gemeinsam begangen. Eine *Plaza del Bicentenario* soll eingeweiht und urbane Projekte in der Innenstadt gefördert werden. Allerdings traten Probleme auf: Bereits fünfmal erfolgte ein Wechsel in der Leitung der Vorbereitungskommission. Auf Cuauhté-

moc Cárdenas, Sohn des legendären Präsidenten der PRI (*Partido Revolucionario Institucional*), folgten vier weitere Personen, darunter Unternehmer, Diplomaten und Historiker. Damit verhindern die politischen Differenzen eine konsensfähige Geschichtspolitik. Auch die Verbindung von 1810 und 1910 führt zu Kontroversen: Die Anhänger der PRI und PRD (*Partido de la Revolución Democrática*) sehen sich in der Nachfolge der Revolution – im Unterschied zur PAN (*Partido Acción Nacional*). Die Wahlen von 2006 werden von Teilen der PRD weiterhin als illegitim betrachtet. Da die PRD in Mexiko-Stadt regiert und auch in einzelnen Bundesstaaten, hat dies bereits zum Scheitern verschiedener Projekte geführt, u.a. einer *Torre del Bicentenario* (Kersfeld 2009).

Venezuela: Relativ unabhängig davon entfaltet sich der politische Diskurs der links-populistischen Regierungen bzw. von Präsident Chávez, der sich nach wie vor erheblicher Aufmerksamkeit der internationalen Presse erfreut. Der Satz “Die besten Freunde der Populisten sind die Journalisten” trifft auf ihn zu. Er vertritt Thesen des antiimperialistischen Denkens und Versatzstücke der nationalistischen Strömung der *Dependencia*-Ansätze, die auch in Deutschland bei Teilen der Öffentlichkeit nach wie vor auf offene Ohren stoßen. Es war kein Zufall, dass er publikumswirksam Eduardo Galeanos Erfolgsbuch *Die offenen Adern Lateinamerikas* beim OAS-Treffen 2009 dem erst seit kurzem amtierenden US-Präsidenten Obama schenkte. Dieser Essay führt die Entwicklungsprobleme Lateinamerikas auf die Kolonialzeit und die anhaltende Abhängigkeit von den heutigen Industrieländern zurück. Angesichts der in fast zweihundert Jahren unabhängiger Geschichte nicht gelösten sozialen und ethnischen Frage wird deshalb in den bolivarianischen Ländern (Venezuela, Bolivien, Ecuador) eine politische Neugründung angekündigt und über den Weg einer verfassunggebenden Versammlung eingeleitet. Sie nimmt Bezug auf den Gedanken einer “zweiten Unabhängigkeit”. Sowohl Chávez als auch Morales versuchen, das aktuelle Interesse an der Unabhängigkeit für ihre politischen Intentionen zu nutzen (Saether 2009).

In Venezuela wurde der *Día de la raza* 2002 abgeschafft, stattdessen wurde der *Día de la resistencia indígena* eingeführt, an dem es auch um eine *autoafirmación americanista* gehen soll. Der Paseo Colón wurde in Paseo Guaicaipuro nach einem Kaziken umbenannt, der sich gegen die Spanier erhoben hatte. Präsident Chávez verwendet das Thema der indigenen Völker gerne, auch wenn sie in Venezuela eine minimale Rolle spielen. Er hat in diesem Kontext den Einwurf von Spaniens König Juan Carlos beim Iberoamerika-Gipfel in Santiago de Chile 2007 aufgegriffen, wo der Monarch dem Venezolaner ein vielfach in den Medien ausgestrahltes “¿Por qué no te callas?” (Warum hältst Du nicht den Mund?) entgegen gehalten hatte.³ Bei der Ankunft in Caracas erklärte er: “Herr Juan Carlos, wenn ich schweigen würde, dann würden die (Grab-)Steine der lateinamerikanischen Völker rufen, die nach 500 Jahren von jedem Kolonialismus befreit sein möchten”. Im Juni 2009 hat Chávez u.a. eine Entschuldigung der spanischen Regierung gefordert.⁴ Ähnliche Äußerungen kamen aus Bolivien. Außenminister David Choquehuanca unterscheidet zwischen einem *vivir bien*, wie es den Ursprungsvölkern vorgeschwebt habe, die in Übereinstimmung mit der Pachamama leben wollten und einem *vivir mejor* der Europäer. Choquehuanca soll auch geäußert haben, dass es vor Ankunft der Spanier keinen Rassismus gegeben habe und die “abendländische Kultur eine

3 Entsprechende Videos haben bei YouTube gerade in einer Reggae-Version viele Aufrufe.

4 Relativ schnell fand eine Aussöhnung statt. Der Monarch empfing Chávez auf seiner Ferieninsel mit einem *abrazo*.

Kultur des Todes sei". Am 12. Oktober 2007 fand in Umdeutung der bisherigen Geschichte ein "Encuentro por la Victoria Histórica de los Indígenas del Mundo" in La Paz statt. In Bolivien wurde ein Vize-Ministerium für die Dekolonisation eingerichtet.

Der Bolívar-Mythos ist in der venezolanischen Geschichte schon von mehreren – d.h. besonders von militärischen – Präsidenten eingesetzt worden. Hugo Chávez ging aber so weit, das Land in "bolivarianische Republik" umzubenennen, er sieht sich selber als ein Bolívar des 21. Jahrhunderts. Dies zeigt sich im Umgang mit dem berühmten Säbel Bolívars, eine Art republikanischer Fetisch. Schon die kolumbianische Guerilla M-19 hatte einst ein Exemplar aus einem Museum in Bogotá entwendet, um sich selbst eine gewisse historische Legitimität zu verschaffen. Mit der *Alternativa Bolivariana para las Américas* (ALBA) wird dieser Gedanke im Sinne einer kontinentalistischen Bewegung wieder aufgegriffen. Ab 2002 beendet der Präsident seine Reden zuweilen mit dem Satz "¡Alerta, alerta, que camina la espada de Bolívar por América Latina! ¡Bolívar vive, la lucha sigue!". In diesem Zusammenhang wird auch ein Satz Pablo Nerudas zitiert: "Bolívar revive cada cien años, cada vez que los pueblos se despiertan." Den exklusiven Zugang versucht er sich auch durch die 2007/2008 erfolgte Gründung einer Kommission zur Aufdeckung des Todes von Bolívar zu sichern. Dabei geht es vor allem um die Vermutung, er sei von kolumbianischen und venezolanischen Oligarchen ermordet worden. Auch werden historische Analogien bemüht: So habe Santander Bolívar attackieren wollen, ähnlich wie Uribe 2008 Chávez (Langue 2009: 274f.). Dies fügt sich dann zu der Behauptung, die USA würden Versuche unternehmen, um Chávez zu ermorden.

Wie ist die Entwicklung einzuschätzen? Manche sprechen von einer post-neoliberalen Epoche in Südamerika, was allerdings nichts über die inhaltliche Gestaltung aussagt (Natanson 2008). Tatsache ist, dass der neue Populismus nun schon länger anhält als der Mitte des 20. Jahrhunderts in einigen Ländern aufgetretene klassische Populismus: In den sogenannten bolivarianischen Staaten (besonders Venezuela, Bolivien und Nicaragua) zeigen sich eine Zunahme der innenpolitischen Polarisierung und Ansätze einer Ethnisierung der Politik. Das Demokratieversprechen über eine verfassungsgebende Versammlung wurde auch zu einer Verlängerung der Amtszeiten genutzt. Die Berufung auf einen antiimperialistischen Kurs und die Abgrenzung gegenüber den USA, die mit Präsident Obama an der Spitze schwerer fällt als zuvor, dienen dem Popularitätsgewinn und können das Fehlen eines Reformprogramms nicht überdecken. Die wirtschaftliche Lage entwickelt sich seit November 2008 zumindest in Venezuela ungünstig. Unter den Regierungen mit einer eher sozialdemokratischen Ausrichtung (Brasilien, Chile bis 2010, Uruguay u.a.) verläuft die Entwicklung in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht positiver.

In außenpolitischer Hinsicht ist Lateinamerika in der multipolaren Welt angekommen, die sich nach dem Ende des Kalten Krieges herausbildet. Die Länder suchen eine Annäherung an asiatische Staaten, die auf die individuellen liberalen Freiheitsrechte verzichten.⁵

Bolivien: Bei einer Zusammenkunft am 26. Mai in Chuquisaca 2009 wurde Präsident Evo Morales zum "Befreier der Völker des Abya Yala" ernannt (*La Ra-*

5 So mit kritischem Unterton ein Bericht zum 19. Iberoamerikanischen Gipfel in Portugal Ende 2009 von Diego Caballero: "En ausencia de Bolívar. XIX Cumbre Iberoamericana", in: *Cambio*, 16 (14.12.2009).

zón, 27.05.09). Der bolivarianische Präsident hatte nicht an den am gleichen Tag in Sucre stattfindenden Feierlichkeiten teilgenommen, da die dortige Regierung in Opposition zu ihm steht. In Cochabamba wollte man erst 2010 feiern. Nahezu zeitgleich erklärte ein ecuadorianischer Historiker, dass Quito am 10. August 1809 den ersten Schrei der Unabhängigkeit abgegeben habe, in Sucre und La Paz sei es bei Versuchen geblieben. Die *Casa de la Moneda de Chile* hat dem Präsidenten mittlerweile die Münze für den *Bicentenario* übergeben. Auf der einen Seite findet man die indigenen Vorkämpfer Túpac Katari und Bartolina Sisa, auf der anderen Seite ein Abbild von Evo Morales.

Die Mitgliedsländer der *Alternativa Bolivariana para América Latina y El Caribe* (ALBA) haben sich auf Forschungsarbeiten zu einer allgemeinen Geschichte Lateinamerikas und der Karibik verständigt, die neue Aspekte wie soziale Bewegungen, Revolutionen und kulturelle Diversität beinhalten soll. Venezuela hat die Koordination übernommen, die zu erarbeitende Geschichte soll auf dem gesamten Kontinent verteilt werden. In Coro/Venezuela hatte anlässlich des Jahrestages der Landung von Francisco de Miranda 2006 eine Tagung stattgefunden, die einen Aufruf für eine neue Unabhängigkeit formulierte. Im Übrigen hat Präsident Chávez, der sich ja als Fortsetzer des bolivarianischen Projektes versteht, die Unterlagen zu Simón Bolívar aus der nationalen Bibliothek ausgelagert, was zu Kontroversen in Venezuela geführt hat.

In den Außenbeziehungen bleibt man allgemein und unverbindlich. Beim EU-Lateinamerika-Gipfel in Wien hieß es in der Abschlusserklärung: "55. Wir stimmen den 200-Jahr-Feiern zum Gedenken an verschiedene historische und kulturelle Ereignisse zu, die zu engeren Beziehungen zwischen unseren Völkern beitragen werden."

Spanien kann natürlich nicht die Unabhängigkeit seiner ehemaligen Kolonien feiern, sondern sprach in einer ersten, 2006 gegründeten Kommission von den "Zweihundertjahrfeiern der Verfassung von 1812". 2007 wurde nach mehreren Zwischenlösungen schließlich der "Rat für die Koordination der 200-Jahrfeiern des Konstitutionalismus in Spanien und Iberoamerika" eingerichtet. 2008 fanden in Quito auf spanische Initiative *Dialogos del Bicentenario* statt, bei der sich Repräsentanten der nationalen Komitees und Historiker trafen. 2008 wurde ein außerordentlicher Botschafter ernannt, Felipe González, Regierungschef von 1982 bis 1996. Zwei Themen werden in den Vordergrund gerückt: Die Konsolidierung der Verfassungsstaatlichkeit und der Demokratie sowie der Aufbau der iberoamerikanischen Gemeinschaft. Der spanische Außenminister Miguel Ángel Moratinos spricht von einem "neuen Okzident" sowie einer "estrategia del acompañamiento" und empfahl das Modell der Europäischen Union für die lateinamerikanische Integration (*El País*, 12.05.09). In der gleichen Ausgabe von *El País* werden die Beiträge eines Symposiums zitiert, bei dem nicht spanische Wissenschaftler darauf hinwiesen, dass die Ungleichheit nicht auf die Kolonialzeit zurückginge, sondern Lateinamerika im Zeitabschnitt zwischen 1860 und 1938 hohe Wachstumsraten erzielte. Es bestehe die Gefahr, dass in den ökonomischen Interpretationen zur lateinamerikanischen Wirtschaftsgeschichte den beiden apokalyptischen Reitern, d.h. der Oligarchie und dem Imperialismus, die alleinige Schuld zugemessen werde. In solchen Artikeln zeichnet sich bereits ab, dass es in den kommenden Jahren eine Auseinandersetzung um Geschichtsdeutungen geben wird. Anscheinend fürchtet man von Regierungsseite anti-spanische Untertöne. 2001 kam im Kontext der

Argentinien-Krise die Rede von den neuen Eroberern auf, Präsident Chávez spricht zuweilen von einem "neuen spanischen Kolonialismus".

Die einzelnen nationalen Kommissionen in Lateinamerika dürften in wissenschaftlicher Hinsicht von begrenzter Relevanz sein. Was die Publikation von Ergebnissen anbelangt, könnten die spanischen und einige der angelaufenen europäischen Projekte von größerer Bedeutung sein.

Der Stand der Veranstaltungen in **Deutschland** sieht derzeit folgendermaßen aus. Das Auswärtige Amt (AA) hat dies in einer "Länderstrecke Bicentenarios" getan. Klugerweise geht das Referat 621 davon aus, dass es unterschiedliche Feiern in den Ländern geben wird. Die Schwerpunkte liegen 2009 in Bolivien und Ecuador, 2010 in Mexiko, Argentinien, Chile und Kolumbien, 2011 in Venezuela und Paraguay. Die Palette der Veranstaltungen ist breit, der Bezug zwischen dem jeweiligen lateinamerikanischen Land und Deutschland steht im Vordergrund. Erwähnt seien die Wissenschaftsinitiative der deutschen Wirtschaft, die Buchmesse in Frankfurt 2010, die Herausgabe einer Sonderbriefmarke in Argentinien und Deutschland, der *Science-Tunnel*, die Wanderausstellung von Künstlern aus Lateinamerika und Deutschland, einzelne Filmprojekte, Publikationen zu den Beziehungen zwischen dem jeweiligen lateinamerikanischen Land und Deutschland, wissenschaftliche Symposien zu Geschichte und Politik, ein Stück von Pina Bausch zum *Bicentenario*, Sendungen zu Alexander von Humboldt, Kunstaussstellungen zur Kunst im geteilten Deutschland.

In **Lateinamerika** steht das Thema bei verschiedenen Preisverleihungen in den nächsten Jahren auf der Agenda. Die Vergabe des renommierten "Rómulo Gallegos-Preises" im Juni 2009 an den kolumbianischen Schriftsteller William Ospina für seinen Roman *El país de la canela* weist in diese Richtung. Zeitgleich erhielt der Mexikaner Jorge Volpi den "Premio Debate-Casa de América" für sein Buch *El insomnio de Bolívar*.

In den vergangenen Jahren hat die Reise- und Konferenztätigkeit der lateinamerikanischen Regierungschefs weiter zugenommen. Die Häufigkeit der Treffen steht jedoch in keinem Verhältnis zu den inhaltlichen Erträgen. Der lateinamerikanische Einigungsprozess hat etwa mit Blick auf einen gemeinsamen Fernsehkanal oder ein naheliegendes gemeinsames Schulbuch keinerlei Resultate gebracht. Eine vielversprechende Initiative in diese Richtung, die Ende der 1980er Jahre in Kooperation mit dem Georg Eckert-Institut für Schulbuchforschung (Riekenberg 1991) begann und dort zumindest in einzelnen Aufsätzen fortgesetzt wird (etwa von Verena Radkau García), hat in Lateinamerika meines Wissens keine entsprechenden Initiativen hervorgerufen. Diese gab es wohl eher in Spanien, wo vonseiten der Schulbuchverlage auch ein entsprechendes Marktinteresse besteht.

Verschiedene Einrichtungen der regionalen Kooperation in Lateinamerika weisen m.E. einen sehr hohen Anteil an Finanzierung durch die internationale Entwicklungszusammenarbeit auf. Es scheint so zu sein, dass selbst anlässlich dieser Jahrestage keine größeren Anstrengungen unternommen werden, um dies zu ändern.

4. Lateinamerika wohin? Die Sicht ausgewählter Essayisten

Im vorigen Abschnitt wurden die Inszenierungen von Regierungen dargestellt, wie aber sehen unabhängige Essayisten die Zukunft? Sie können und dürfen freier formulieren. Wir verlassen – und dies dürfte jedem klar sein – gesichertes Territorium. So viel vorweg: Ein Schlüsseltext zum *Bicentenario* 2010 liegt noch nicht

vor, aber vielleicht kommt er noch, es gibt ja genug Wettbewerbe und Ausschreibungen.

Im Folgenden werden in durchaus selektiver Auswahl einzelne Essays erwähnt, die eine gewisse Breitenwirkung erreichen und populärwissenschaftlich geschrieben sind. Vereinfachend werden pessimistische, moderat optimistische und einzelne optimistische Interpretationen präsentiert.

Beginnen wir mit den Pessimisten. Dazu wurden zwei ältere Bücher ausgewählt, die obendrein politisch konträre Positionen beinhalten.

Das erste werden viele kennen: Eduardo Galeano: *Die offenen Adern Lateinamerikas* (1971 in spanischer Sprache, 1973 in Deutsch erschienen, seitdem über 20 Auflagen allein in Deutschland, jetzt in einer neuen Übersetzung, allerdings mit nach wie vor veraltetem Zahlenmaterial). Der uruguayische Journalist und Essayist sieht in der Jahrhunderte langen Ausbeutung den Grund für den aktuellen Zustand Lateinamerikas. Schon auf den ersten Seiten seines glänzend geschriebenen Buches formuliert er Grundannahmen des *Dependencia*-Ansatzes in prägnanter Weise:

Unsere Niederlage war seit jeher ein untrennbarer Bestandteil des fremden Sieges; unser Reichtum hat immer unsere Armut hervorgebracht und dazu gedient, den Wohlstand anderer zu nähren: den der Imperien und ihrer einheimischen Aufseher (Galeano 1976: 11).

Die Negativ-Beschreibung von Vergangenheit und Gegenwart soll den Weg in die Zukunft öffnen: "Die Geschichte ist ein rückwärts blickender Prophet: aus dem, was war, und entgegen dem, was war, schöpft sie das Wissen dessen, was sein wird" (Galeano 1976: 17).

Die Emanzipation Lateinamerikas erhält gleichsam einen religiösen Charakter: "Wir erleben Revolutionsjahre, Zeiten der Erlösung" (Galeano 1976: 16). Auch der Titel des zweiten Teils des Buches, "Die Entwicklung ist eine Reise mit mehr Schiffbrüchigen als Seefahrern", in dem die Geschichte seit der formalen Unabhängigkeit beschrieben wird, enthält bereits eine Aussage. Die Kritik an dem überholten Zahlenmaterial und der dichotomischen Darstellung stand dem Verkaufserfolg nicht im Wege, zumal nachdem Präsident Chávez diesen Schlüsseltext publikumswirksam dem verdutzten US-Präsidenten Obama bei der OAS-Tagung in Trinidad/Tobago 2009 überreichte. Kurzfristig rückte das Buch danach auf einen der vorderen Plätze bei Amazon. Persönlich dürfen wir uns Eduardo Galeano keineswegs als Pessimisten vorstellen, was auch an den Erfolgen seiner Bücher zur Geschichte, Kultur und dem Fußball in Lateinamerika liegt.

Pessimist aus ganz anderen Motiven war Carlos Rangel. Sein 1976 erschienenes Buch *Del buen salvaje al buen revolucionario* (Vom guten Wilden zum guten Revolutionär), das nicht ins Deutsche übersetzt wurde, fand unter französischen Intellektuellen durchaus seine Leser. Rangel schreibt unverblümt: "Lateinamerika ist bislang ein Reinfall gewesen" (Rangel 1976: 26). Damit steht er im Gegensatz zu lyrisch-utopischen Visionen vieler lateinamerikanischer Essayisten. Er möchte die Diskrepanz zwischen dem Selbstbild eines Kontinents und seinem tatsächlichen Zustand aufzeigen und zur Entmystifizierung des nicht zuletzt durch europäische Projektionen entstandenen Lateinamerika-Bildes beitragen. Eine seiner Thesen lautet, dass die Unterentwicklung vor allem politischer und weniger ökonomischer Natur sei. "Lateinamerika ist die Tochter des guten Wilden, die Ehefrau des guten Revolutionärs und die prädestinierte Mutter des neuen Menschen", schreibt er in ähnlich pointierter Weise wie sein politischer Gegner Galeano (Rangel 1976: 31). Für politische Fehlentwicklungen macht er den Populismus und die *Dependencia*-

Ansätze zumindest mit verantwortlich. Er gehörte zu der vor allem in den 1970er Jahren kleinen Zahl von liberalen Denkern in Lateinamerika. Auch persönlich war er wohl Pessimist, denn 1986 beendete er sein Leben vorzeitig. Seine Frau Sofia Imber, der er das Buch widmete, wurde vor einigen Jahren als Direktorin des Museums für die Schönen Künste in Venezuela abgesetzt.

Eher pessimistische bzw. skeptische Interpretationen Lateinamerikas finden sich bei einzelnen Lateinamerikaforschern (besonders in Deutschland) und denjenigen, die die Entwicklung des Rechtsstaates und der Institutionen in den Vordergrund rücken. Das Aufkommen eines neuen Populismus in den vergangenen zehn Jahren wurde in Europa kritischer interpretiert als in Lateinamerika, ähnliches gilt für die staatsfreien Räume und den in einzelnen Ländern zunehmenden Narco-Terrorismus.

In Amerika überwiegen moderatere und teilweise verhalten optimistische Interpretationen. Dies gilt auch für das mit Blick auf die 200 Jahre geschriebene Buch des mexikanischen Schriftstellers Jorge Volpi *El insomnio de Bolívar* (Der Albtraum Bolívars) von 2009. In der ersten von vier "ungelegenen Überlegungen", wie Volpi es nennt, stellt er auf der Grundlage von Momentaufnahmen in verschiedenen Ländern den Begriff "Lateinamerika" infrage. Vielleicht existiert Lateinamerika gar nicht mehr (Volpi 2009: 55) schreibt er und gibt dem literarischen Begriff des "magischen Realismus", der fälschlicherweise zum Paradigma erklärt wurde, eine Teilschuld an den falschen Bildern. Er konstatiert, dass es fast 200 Jahre nach der formalen Unabhängigkeit keine unabhängige und ganz Lateinamerika übergreifende Zeitschrift gibt, in der eine kritische Debatte über dem Halbkontinent stattfinden würde. Alle großen Verlage seien mittlerweile in spanischer Hand, um in der Region wahrgenommen zu werden, müsse man in ihnen veröffentlichen. Die "Demokratie in Amerika (Latina)" befände sich in einem prekären Zustand, so der Befund des zweiten Teils. Die anhaltende soziale Ungerechtigkeit sei einer der Gründe für das Aufkommen neuer demokratischer Caudillos. Sein "Hologramm Lateinamerikas" im dritten Teil kommt zu dem Ergebnis, dass Lateinamerika so nicht mehr besteht. Es sei eine Konstruktion gewesen, dem sich vor allem die jüngeren Schriftsteller – er selbst ist Jahrgang 1968 – nicht mehr anschließen wollten. Er und andere rechnen sich der Generation McOndo und Crack zu und setzen sich von den bekannten Autoren des literarischen Booms der 1970er Jahre ab. Sie wollten nicht auf eine gewisse politische oder regionale Rolle festgelegt werden, sondern sehen sich eher als spanischsprachige Schriftsteller mit einem universalen Anliegen. Im vierten Teil wagt er einen Ausblick: "Die Vereinigten Staaten der Amerikas" und kommt zu dem etwas erstaunlichen Ergebnis, dass Mitte des 21. Jahrhunderts eine Union der Amerikas Gestalt annehmen würde, der Begriff "Lateinamerika" langsam aus dem Gebrauch geraten werde (Volpi 2009: 257). Die aktuellen Feierlichkeiten zu den *Bicentenarios* in den einzelnen Ländern sieht er eher kritisch. Keine Straße, keine Schule und keine Feuerwehryniederlassung, die in diesen Tagen eröffnet würde, die nicht in einem Zusammenhang mit den 200-Jahr-Feiern stünde. Viele der Überlegungen von Volpi finden sich in anderer und teilweise intellektuell eindrucksvoller Form bei Octavio Paz, Carlos Fuentes oder Carlos Monsivais. Eine gewisse Originalität kommt Volpi insofern zu, als er mit einem Generationenansatz auftritt und für sich und seinen Jahrgang in Anspruch nimmt, dass sie ein nüchterneres und weniger in der Vergangenheit verwurzeltes Bild der heutigen Länder in Lateinamerika verkörpern.

In eine ähnliche Richtung geht Michael Reid's Buch *Forgotten Continent: The Battle for Latin America's Soul*. Reid, langjähriger Korrespondent der englischen Zeitschrift *The Economist*, analysiert die neuen linken Regierungen in Lateinamerika, die er nüchtern und ohne Alarmismus präsentiert. Eine ähnliche Sichtweise vertritt etwa José Natanson *La nueva izquierda* (Die neue Linke) (2008). Wie andere lateinamerikanische Autoren und viele Politiker lehnt er den Begriff "Populismus" als Sammelbezeichnung für neuere Entwicklungen auf dem Halbkontinent ab.

Hierzu gehören auch diverse Artikel und Bücher des in der spanischsprachigen Welt einflussreichen, politisch aber kontroversen Journalisten Andrés Oppenheimer aus Argentinien, der vor allem für den *Miami Herald* schreibt. Er vergleicht die wirtschaftliche Stagnation in Lateinamerika mit dem Aufstieg in Asien und beklagt die zu starke Orientierung an historischen Mythen. "¡Basta de historias!", lautet der Titel seines jüngsten Buches. Oppenheimer (2010) kritisiert die Rolle der neuen Populisten und deren antiimperialistischen Diskurs. Gleichzeitig tritt er in seinen viel gelesenen Kommentaren für die Latinos in den USA ein und für höhere Bildungs- und Forschungsausgaben der lateinamerikanischen Länder.

Die optimistischen Interpretationen beziehen sich vor allem auf den Bereich der Kultur. Der Kolumbianer Oscar Guardiola-Rivera: *What if Latin America ruled the world? How the South will take the North into the 22nd Century* (2010) geht davon aus, dass ab Mitte des 21. Jahrhunderts die Latinos die größte ethnische Gruppe in den USA darstellen werden. In einer etwas überraschenden Interpretation konstruiert er daraus eine Veränderung nicht nur der USA, sondern der Rolle Lateinamerikas überhaupt. Die US-Gesellschaft werde gezielte Förderprogramme für die Lateinamerikaner im Lande auflegen müssen. Darüber hinaus würden Umgangsformen und auch kulturelle Muster der lateinamerikanischen Welt zunehmend Amerika prägen. Spätestens für das 22. Jahrhundert sieht er – wie schon bei Volpi angedeutet – eine gewisse Führungsrolle (Latein-)Amerikas.

In einzelnen Punkten deckt sich seine Analyse mit der von Parag Khanna: *Der Kampf um die Zweite Welt. Imperien und Einfluss in der neuen Weltordnung* (2008). Der junge indische Analytiker geht davon aus, dass wir uns bereits in einer tripolaren Welt befinden (USA, Europa, China) und dass Nordamerika die Welt nicht mehr dominiert. Ob die USA auf Dauer zur Ersten Welt gehören werden, scheint ihm keineswegs sicher: "Die USA sind nicht länger eine Mittelschichtnation, und sie werden stattdessen zu einer Kombination von Extremen, wie sie typisch ist für die Zweite Welt" (Khanna 2008: 482f.). In Wirklichkeit würden die USA keine Strategie haben, um ein Land der Ersten Welt zu bleiben und überließen ihr Schicksal dem Zufall und der Globalisierung (Khanna 2008: 491). Erstmals sei die Welt multipolar und multikulturell, die Staaten der Zweiten Welt müssten in künftige diplomatische Überlegungen miteinbezogen werden.

5. Fazit und Ausblick

200 Jahre nach der formalen Unabhängigkeit von Spanien ist Lateinamerika heute unabhängiger als jemals zuvor in seiner Geschichte. Dies heißt nicht, dass klare Einigungsprojekte der lateinamerikanischen Länder zu erkennen seien oder sich eine lateinamerikanische Führungsmacht – dafür käme momentan nur Brasilien infrage – durchgesetzt hätte. Aber die sich abzeichnende Tendenz zu regionalen Ordnungen auf der Welt, wird auch Lateinamerika mit einschließen. Die USA und Europa machen mittlerweile weniger als 20% der Weltbevölkerung aus.

Bei der Einschätzung des *Bicentenario* besteht bei uns in Deutschland das Problem, dass wir keine vergleichbaren Ereignisse haben, auf die wir zurückgreifen könnten und wollten. Gedenkfeiern geraten aufgrund der deutschen Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eher zu Bedenkfeiern. Sowohl in wissenschaftlicher als auch in museologischer Hinsicht haben wir dadurch Erfahrungen gewonnen, die international – auch im Vergleich mit dem Umgang mit der Vergangenheit etwa in Japan – international hoch geschätzt werden.

Zum Vergleich lassen sich die 200-Jahrfeiern in den USA 1976 und Frankreich 1989 heranziehen. Beide waren politisch nicht kontrovers, zumal sie nahezu uneingeschränkt als Erfolgsgeschichte präsentiert wurden. Beide Länder (und es handelt sich jeweils um ein Land) projizieren ihr Sendungsbewusstsein auch nach außen, die Französische Revolution gilt als universelles Ereignis. Die Feiern zum 4. Juli 1776 in den USA fielen in den Kontext des Vietnamkrieges und dienten damals zur Selbstvergewisserung des Landes.

Hingegen besteht innerhalb einer ohnehin schmalen deutschen Öffentlichkeit nur ein begrenztes Interesse an dem *Bicentenario*. Aus der Erfahrung unserer Geschichte ist der Enthusiasmus für ein 200 Jahre zurückliegendes Ereignis begrenzt. Im Unterschied zu 1992, das im erst kurz zuvor vereinigten Deutschland ein überraschend großes Interesse hervorrief und zum Beispiel in Leipzig zur Gründung der Zeitschrift *Quetzal* führte, fehlt nun das Identifikationsobjekt. Die Entdeckung/Eroberung konnte der Aufarbeitung und Kritik des Eurozentrismus dienen, das Datum stieß bei befreiungstheologisch Interessierten und Dritte-Welt-Gruppen auf rege Anteilnahme. Es trug auch zur Aufwertung der indigenen Geschichte bei. Insofern ging es über den regionalen Bezug hinaus und gewann universelle Aspekte.

Dies fällt bei der Unabhängigkeitswerdung der lateinamerikanischen Nationalstaaten wesentlich schwerer. Mit wem soll man sich hier identifizieren? Mit den kreolischen Trägern der Unabhängigkeitsbewegungen? Mit den Sklaven und indigenen Gruppen, die im Umkreis der Loslösung von Spanien ebenfalls aktiv waren? In jedem Fall ist der Prozess der Nationalstaatsbildung kompliziert, es handelt sich bei genauerem Hinsehen um eine Abfolge von Ereignissen in einzelnen Ländern und er besitzt einen eher akademischen Charakter. Auch das Ergebnis bleibt umstritten. Warum soll ein Datum gefeiert werden, aus dem Staaten hervorgingen, die – so zumindest die Sicht vieler politischer Beobachter in Deutschland – nur in wenigen Fällen erfolgreich waren? Das Interesse an Lateinamerika in der deutschen Öffentlichkeit orientiert sich – mit Ausnahme der Qualitätszeitungen – ja nur in den wenigsten Fällen auf die staatlichen Strukturen, sondern eher auf die Gegenfiguren oder die „Verlierer“ der lateinamerikanischen Geschichte. Die neueren Forschungen zu Lateinamerika an den Universitäten sind interdisziplinär angelegt, sie beziehen sich weniger auf die nationalstaatliche Ebene, sondern auf hybride Formen von Kultur und den transnationalen Vergleich ausgewählter sozialer Bewegungen. Entspricht dem *Fin de siglos* auch ein *Fin de ciclos*? Diese Frage wurde zumindest in Mexiko auf einem Symposium gestellt.⁶ Einfacher als die Beschäftigung mit Schlüsseldaten und Wendepunkten der lateinamerikanischen Geschichte, die für eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem *Bicentenario* erforderlich wäre, scheint Teilen der engagierten Öffentlichkeit der Rekurs auf den *Dependencia*-Ansatz, der eine gewisse Renaissance in der populärwissenschaftlichen Öffent-

6 Anfang 2010, ein kurzer Bericht in *lchan*, Zeitschrift des CIESAS Nr. 238, Juni 2010 und ciesas.wordpress.com.

lichkeit erfahren könnte, zumal es von lateinamerikanischer und internationaler Seite versäumt wurde, anlässlich des 40. Jubiläums des Erscheinens von *Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika* von Cardoso/Faletto (1969) wissenschaftliche Symposien zur Wirkungsgeschichte dieses folgenreichen Textes durchzuführen.

Mittlerweile haben sich in Westeuropa andere Formen und Verständnisse von Souveränität und Unabhängigkeit herausgebildet. Die Initiativen und Erfolge im Prozess europäischer Einigung nach 1945 waren eine Reaktion auf die Katastrophen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Unabhängigkeit wird in postnationalen, westlichen Demokratien vor allem auf den einzelnen Bürger bezogen. Dieses am Individuum orientierte Verständnis von Unabhängigkeit verträgt sich gut mit partieller Souveränitätsabgabe an die europäische Ebene. Dass die Bundesrepublik Deutschland in Sachen Souveränitätsverzicht aus bekannten Gründen ein Vorreiter war, schließt nicht aus, dass auch andere europäische Länder einen ähnlichen Kurs eingeschlagen haben. Dass die Beitrittsländer in Osteuropa (und vor 1989 Spanien und Portugal) dies in der Hoffnung auf eine Verbesserung der Infrastruktur und der Lebenssituation getan haben, steht dazu nicht im Widerspruch. Von dem oben nur kurz skizzierten Verständnis von Souveränität und Unabhängigkeit sind zumindest die Regierungen des neuen Populismus in Lateinamerika weit entfernt. Statt von individueller Freiheit ist von nationaler Befreiung die Rede. Gegenüber den westlichen Industrienationen propagieren sie, teilweise zu Recht, Forderungen nach Marktöffnung und gerechterer Teilhabe, ein politischer Einigungsprozess in Lateinamerika ist entgegen anderweitiger Erklärungen jedoch nicht in Sicht. Dagegen orientieren sich die Bürger (zumindest die aus der Mittelschicht) weitgehend an dem in Europa erfolgreichen Modell von individueller Unabhängigkeit.

Vor diesem Hintergrund plus der bereits erwähnten Querelen unter den lateinamerikanischen Regierungen mit Blick auf die Ereignisse ist die Gestaltung des *Bicentenario* aus deutscher Sicht unter den gegebenen Haushaltsmitteln realistisch eingeschätzt worden: In der Bundesrepublik wird das Interesse geringer sein als 1992, es ist bislang außerhalb der Fachöffentlichkeit kaum ein Thema. Die Regierungen vor Ort werden die Veranstaltungen partiell instrumentalisieren, aus indigener Perspektive handelt es sich bei dem Vorgang eher um einen Rückschritt. Darüber hinaus geht es im Grunde in Lateinamerika um die Frage der nationalen und sozialen Integration bzw. des eigenen Selbstverständnisses.

Aus der deutschen Geschichte der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts lässt sich die Schlussfolgerung ziehen, dass es uns am besten gegangen ist, als wir die Frage der Identität nicht mehr gestellt haben. Unsere "geglückte Demokratie" (Wolfrum 2006) beruht auf Souveränitätsverzicht, Einhaltung getroffener Vereinbarungen und Regelungen sowie dem Vertrauen in den mündigen Bürger. Einen Automatismus hat es in dieser Hinsicht nicht gegeben. Einzelne Gruppen in der alten Bundesrepublik hatten andere Vorstellungen und nicht wenige Bürger in den neuen Ländern stehen diesem "postmodernen" Konzept nach wie vor reserviert gegenüber. Zumindest einer jüngeren Schriftstellergeneration in Lateinamerika (siehe Volpi) bedeuten die Jahrestage wenig, sie sind eher in "persönliche Befreiungskämpfe" verwickelt (Kramer 2009), d.h. sie pflegen eine Ich-Literatur, die wenig mit ihrem Herkunftsland und den dort stattfindenden Diskursen der Politiker zu tun hat. Sie möchten sich darüber hinaus von den Autoren des Booms der la-

teinamerikanischen Literatur emanzipieren und einen Platz in der vor allem von spanischen Editorialen beherrschten Verlagswelt erringen.

Politisch finden die Feierlichkeiten zum *Bicentenario* vor allem in Mexiko in einer schwierigen und widersprüchlichen Lage statt. Dies zeigt sich in den Jahreszahlen 1810-1910-2010. Derzeit befindet sich die Regierung in einem Konflikt mit den *narcos* in Teilen des Landes. Er stellt die mexikanische Demokratie nicht grundsätzlich infrage. Allerdings wirft er einen Schatten auf den mexikanischen *grito libertario* im Jahre 2010.

Literaturverzeichnis

- Alba, Victor (1968): *Nationalists without Nations. The Oligarchy versus the People in Latin America*. New York: Praeger.
- Berg, Walter Bruno (1995): *Lateinamerika: Literatur-Geschichte-Kultur: eine Einführung*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Bernabéu Albert, Salvador (2008): "El desafío de la oportunidad: los centenarios americanos". In: *Revista de Estudios Orteguianos*, 16/17, S. 61-76.
- Blanco Acevedo, Pablo (1922): *Centenario de la independencia. Informe sobre la fecha de celebración*. Montevideo: Gregorio V. Mariño.
- Buve, Raymond Th./Fisher, John R. (1992): "Grundlinien der Geschichte Lateinamerikas 1760-1900". In: Bernecker, Walther L.: *Handbuch der Geschichte Lateinamerikas*, Bd. 2, S. 3-11.
- Buisson Inge (1980): *Die Unabhängigkeitsbewegungen in Lateinamerika, 1788-1826*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Cardoso, Fernando Henrique/Faletto, Enzo (1969): *Dependencia y desarrollo en América Latina. Ensayo de interpretación sociológica*. Mexico, D.F.: Siglo Veintiuno Editores [deutsch (1976): Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika. Frankfurt a. M.: Suhrkamp].
- Centeno, Miguel Angel (2008): "Latin American Independence and the Double Dilemma". In: *Latin American Politics and Society*, Oktober, S. 147-161.
- Chile en 1910*. Edición del centenario de la independencia por Eduardo Poirier, Santiago de Chile: Barcelona 1910.
- Fals Borda, Orlando (1968): *Las revoluciones inconclusas en América Latina 1809-1968*. Bogotá: Siglo Veintiuno Editores.
- Filippi, Alberto (2010): "Bicentenarios: integración plurinacional y crítica del etnocentrismo nacionalista". In: *Cuadernos Americanos*, 24, 132, S. 67-92.
- Galeano, Eduardo (1976): *Die offenen Adern Lateinamerikas. Die Geschichte eines Kontinents*. Wuppertal: Hammer.
- González, Felipe (2009): "Los desafíos de Iberoamérica". In: *El País*, 24.5.
- Gualdoni, Fernando (2009): "El bicentenario de América Latina. Contra un mito de 200 años". In: *El País*, 12.5.
- Guardiola-Rivera, Oscar (2010): *What if Latin America ruled the world? How the South will take the North through the 21st century*. New York: Bloomsbury Press.
- Kersfeld, Daniel (2009): "Entre evocaciones y desmemorias: México ante su propio bicentenario". In: Rajland, Beatriz/Cotarelo, María Celia et al. (Hrsg.): *La revolución en el bicentenario*. Buenos Aires: CLACSO, S. 115-131.
- Khanna, Parag (2008): *Der Kampf um die Zweite Welt: Imperien und Einfluss in der neuen Weltordnung*. Berlin: Berlin-Verlag.
- Knight, Alan (1990): "Interpretaciones recientes de la Revolución mexicana". In: *Memorias del Simposio de Historiografía Mexicanista*. México, D.F.: Comité Mexicano de Ciencias Históricas/Gobierno del Estado de Morelos/Instituto de Investigaciones Históricas/UNAM, S. 193-221.
- König, Hans-Joachim (2006): *Kleine Geschichte Lateinamerikas*. Stuttgart: Reclam.
- Kossok, Manfred (1969): "Der iberische Revolutionszyklus 1789 bis 1830: Bemerkungen zu einem Thema der vergleichenden Revolutionsgeschichte". In: *Jahrbuch für Geschichte Lateinamerikas/Anuario de Historia de América Latina (JbLa)*, 6, S. 211-238.

- Kramer, Brigitte (2009): "Drei Schlachten müssen sie noch gewinnen. 200 Jahre nach der Unabhängigkeit von Spanien löst sich eine neue lateinamerikanische Schriftstellergeneration von den alten Mythen". In: *NZZ*, 30.11.
- La República Argentina en 1910*, Bd. 1. Buenos Aires: Maucci Hermanos, XV.
- Langue, Frédérique (2009): "La Independencia de Venezuela, una historia mitificada y un paradigma heroico". In: *AEA*, 66, 2, S. 245-276.
- Lissidini, Alicia/Welp, Yanina/Zovatto, Daniel (Hrsg.) (2008): *Democracia directa en Latinoamérica*. Buenos Aires: UNSAM/Prometeo Libros.
- Lynch, John (¹¹1989): *Las revoluciones hispanoamericanas 1808-1826*. Barcelona: Ariel.
- Malamud, Carlos (2008): *Los riesgos de España frente a los bicentenarios: populismos, nacionalismos e indigenismos*. Madrid: Real Instituto Elcano.
- Masur, Gerhard (1949): *Simon Bolivar und die Befreiung Südamerikas*. Konstanz: Südverlag.
- Medina, Medófilo (2008): "El Bicentenario: una conmemoración sintomática". In: *Razón Pública*, 23.11.
- Moreno Gutiérrez, Rodrigo (2008): "Perspectivas de la historiografía contemporánea sobre las Independencias". In: *Takwá*, 13, S. 128-138.
- Natanson, José (2008): *La nueva izquierda*. Buenos Aires: Debate.
- Oppenheimer, Andres (2010): *¡Basta de historias!: La obsesión latinoamericana con el pasado y las 12 claves del futuro*. Buenos Aires: Debate.
- Parentini, Luis Carlos (Hrsg.) (2008): *Historiadores chilenos frente al bicentenario*. Santiago: Comisión Bicentenario, Presidencia de la Republica/Universidad Finis Terrae/Universidad Católica Silva Henríquez/Universidad Andrés Bello.
- Palacios, Marco (Hrsg.) (2009): *Las independencias hispanoamericanas. Interpretaciones 200 años después*. Bogotá: Grupo Editorial Norma.
- Pazos Pazos, Maria Luisa Julia/Pérez Santos, Raquel (2006): "El centenario de la Independencia en las revistas de las principales instituciones hispanoamericanistas españolas". In: <<http://halshs.archives-ouvertes.fr/halshs-00139563>> (01.06.2009).
- Pietschmann, Horst (2010): "Paralelismos y percepciones mutuas en el proceso de formación de la representación político-democrática en México y Alemania en el primer tercio del siglo XIX". In: Kohut, Karl (Hrsg.): *Alemania y el México independiente: percepciones mutuas, 1810-1910*. México, D.F.: Herder, S.193-212.
- Plasencia de la Parra, Enrique (2007): "Un recorrido por la historiografía de la revolucion mexicana". In: Mayer, Alicia (Hrsg.): *México en tres momentos: 1810-1910-2010. Hacia la conmemoración del Bicentenario de la Independencia y el centenario de la Revolución Mexicana. Retos y Perspectivas*, Bd. 2. México, D.F.: Universidad Nacional Autónoma de México/Instituto de Investigaciones Históricas, S. 409-419.
- Rangel, Carlos (1976): *Del buen salvaje al buen revolucionario: mitos y realidades de América Latina*. Caracas: Monte Avila Editores.
- Reid, Michael (2007): *Forgotten Continent. The Battle for Latin America's Soul*. New Haven/London: Yale University Press.
- Riekenberg, Michael/Borries, Bodo von (Hrsg.) (1991): *Latinoamérica: Enseñanza de la historia, libros de textos y conciencia histórica*. Buenos Aires: Alianza Editorial/F.L.A.C.S.O./Frankfurt am Main: Georg Eckert Institut.
- Rinke, Stefan/Fischer, Georg/Schulze, Frederik (Hrsg.) (2009): *Geschichte Lateinamerikas vom 19. bis zum 21. Jahrhundert Quellenband*. Stuttgart/Weimar: Metzler.
- Saether, Steinar A. (2009): "Is Chávez Getting what he Wants? Bolívar and Popular Participation in the new Historiography on Latin American Independence". In: *ANALEs*, Nueva Época 12 (School of Global Studies Göteborg), S. 199-222.
- Torres, Ana Teresa (2009): *La herencia de la Tribu. Del mito de la Independencia a la Revolución Bolivariana*. Caracas: Editorial Alfa.
- Venezuela en el centenario de su independencia. 1811-1911*. Publicación hecha de orden del Ciudadano General Juan Vicente Gómez Presidente Constitucional de la República. Caracas: Americana MCM XII.
- Volpi, Jorge (2009): *El insomnio de Bolívar. Cuatro consideraciones intempestivas sobre América Latina en el siglo XXI*. Barcelona: Debate.
- Werz, Nikolaus (1991): *Das neuere politische und sozialwissenschaftliche Denken in Lateinamerika*. Freiburg im Breisgau: Arnold-Bergstraesser-Institut.

- (1995): *Pensamiento sociopolítico moderno en América Latina*. Caracas: Editorial Nueva sociedad.
 - (²2008): *Lateinamerika. Eine Einführung*. Baden-Baden: Nomos.
 - (Hrsg.) (2010): *Populisten, Revolutionäre, Staatsmänner – Politiker in Lateinamerika*. Frankfurt am Main: Vervuert.
- Wolff, Inge (1969): “Desintegration und Staatsbildung in Hispanoamerika 1810-1840”. In: Wehner, Friedrich (Hrsg.): *Idee und Wirklichkeit in Iberoamerika*. Hamburg: Hoffmann u. Campe, S. 41-53.
- Wolfrum, Edgar (2006): *Die geglückte Demokratie, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart*. Stuttgart: Klett-Cotta.

Autoren

Prof. Dr. Walther L. Bernecker wurde am 17. Juli 1947 in Dollnstein (Bayern) geboren und ging in Spanien auf die Schule (San Sebastián/Bilbao). Er studierte Geschichte, Germanistik und Hispanistik an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. 1976 promovierte er mit einer Studie über den Anarchismus im Spanischen Bürgerkrieg. 1986 wurde er in Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Augsburg mit einer Arbeit über die europäisch-mexikanischen Wirtschaftsbeziehungen im 19. Jahrhundert habilitiert. 1988 übernahm er den Lehrstuhl für Neuere Allgemeine Geschichte an der Universität Bern (Schweiz), 1992 den für Auslandswissenschaft Romanischsprachige Kulturen. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in der neueren spanischen und lateinamerikanischen, vor allem mexikanischen Geschichte.

Robert A. Kugler wurde 1975 in Regensburg geboren und ist deutsch-mexikanischer Herkunft. Er studierte Rechtswissenschaften an den Universitäten Würzburg und Wales, Aberystwyth. Während seiner Studienzeit absolvierte er mehrere Praktika in der mexikanischen Sozietät Goodrich, Riquelme y Asociados in Mexiko-Stadt und war für deren Niederlassung in Paris als freier Mitarbeiter tätig. Dort beschäftigte er sich hauptsächlich mit Investitionsberatung für europäische Unternehmen. 2004 wurde er als Rechtsanwalt zugelassen und schloss sich im Juni 2005 als Juniorpartner der Anwaltssozietät Höly, Rauch & Partner in Frankfurt am Main an. Er berät Mandanten in wirtschaftsrechtlichen Angelegenheiten und ist Vertrauensanwalt des Generalkonsulats von Mexiko in Frankfurt am Main sowie Schatzmeister der DMJV.

PD Dr. Matthias Weller, Mag. rer. publ., geboren am 03.03.1971 in Karlsruhe, ist Wissenschaftlicher Assistent am Institut für ausländisches und internationales Privat- und Wirtschaftsrecht der Universität Heidelberg. Er studierte von 1992 bis 1998 Rechtswissenschaften in Heidelberg und am St. John's College, Cambridge. 1998/99 war er Joseph Story Research Fellow of Private International Law an der Harvard Law School. Im Wintersemester 2004/2005 folgte nach dem Referendariat die Promotion an der juristischen Fakultät der Universität Heidelberg. 2006 gründete er zusammen mit RA Dr. Nicolai Kemle das Institut für Kunst und Recht IFKUR e.V. Heidelberg. Seitdem beschäftigt er sich u.a. mit dem internationalen Kunst- und Kulturgüterenschutzrecht. Im WS 2010/2011 folgte die Habilitation an der juristischen Fakultät Heidelberg mit einer rechtsvergleichenden Arbeit zum Leistungsbegriff. Ihm wurde die *venia legendi* verliehen für Bürgerliches Recht einschließlich europäisches Privatrecht, Internationales Privatrecht, Rechtsvergleichung, Zivilprozessrecht und Urheberrecht.

Prof. Dr. Nikolaus Werz wurde am 15.07.1952 in Bonn geboren. Nach dem Abitur in Buenos Aires studierte er an der Albert-Ludwigs Universität in Freiburg Germanistik, Geschichte und Politikwissenschaft. Dort erfolgte 1982 die Promotion zum Dr. phil. mit einer Arbeit über Parteien, Staat und Entwicklung in Venezuela. Seine Habilitationsschrift zum neueren politischen und sozialwissenschaftlichen Denken in Lateinamerika erschien 1991 in deutscher und 1995 in spanischer Sprache. Seit 1994 ist er Inhaber des Lehrstuhls für Vergleichende Regierungslehre am

Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in der Entwicklung der Parteien und der politischen Systeme Lateinamerikas, der Außenpolitik und Wissenschaftsbeziehungen ausgewählter lateinamerikanischer Staaten und den politischen Transformationen in Ostdeutschland und dem Ostseeraum. Von 2005 bis 2007 war er Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft (DGfP).